

NEUE ZEIT

JUNI 1980

26

Abgeschrieben
aus dem Bestand der Bibliothek

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Datum _____ Unterschrift des Leiters



14159=26 123 678 190
BIBLIOTHEK-BEZ
7500=7101
PSF=77

Die Moskauer Olympiade wird technisch aufs modernste ausgerüstet sein, damit alles klappt: die Organisation der Wettkämpfe, die Aufnahme einer maximalen Anzahl von Zuschauern, die zügige und erschöpfende Information, die Arbeit der Schiedsrichter und selbst — der Mediziner.

TV-Journalisten werden zwei Monitoren auf ihrem Arbeitstisch haben und die Wettkämpfe nach Belieben auf jedem Sportplatz verfol-



Die Kopier- und Vervielfältigungsdienste werden operativ Journalisten mit Informationen versorgen

SOWJETUNION
IM BILD



In einem Saal des Automatisierten Steuerungssystems der Olympiade 80

gen können. Die Videofonie wird auch den Mitarbeitern von Funk und Presse zur Verfügung stehen. Das Fernsehen wird sie über das Sportgeschehen in allen fünf Städten der Olympiade auf dem laufenden halten.

Die Live-Sendungen werden gleichzeitig auf 20 Programmen aller Kontinente in Farbe ausgestrahlt (in München waren es 12, in Montreal 8 Kanäle). Es werden 100 Rundfunk- und 200 Kommentatorenkanäle, über 1500 internationale Telefon- und über



Das Magnetgedächtnis des ASS wird mit reichen Informationen dienen

2000 Telegrafkanäle des Telex-Systems in Betrieb sein. So werden die Einwohner aller Länder das internationale Sportfest miterleben können



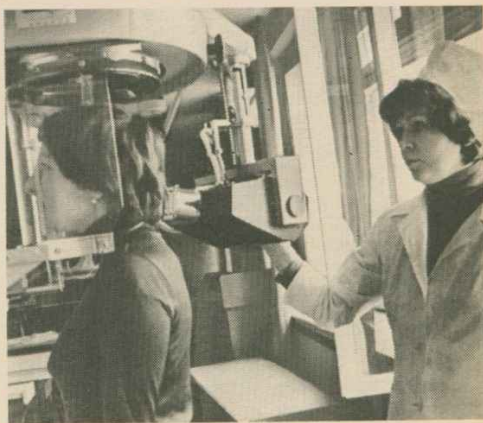
Im Pressezentrum



Das ASS ist startklar

Fotos:
A. Semljantschenko,
A. Motschalin,
W. Paradno

Qualifizierte
Ärzte für
den Fall
der Fälle



DEN FRIEDEN ERHALTEN

In unserer wechselnden Welt gibt es feste Größen, Güter von unvergänglichem Wert. Ein solches allgemeinemenschliches Gut ist das Leben ohne Kriege. Ebenso für alle Völker wertvoll ist eine Politik, die die Erde vor einem thermonuklearen Krieg bewahrt.

Unerschütterliche Friedensliebe ist eine Konstante der Außenpolitik der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und der Sowjetregierung. Davon zeugen erneut und beredt das Plenum des ZK der KPdSU vom 23. Juni, der Bericht Leonid Breschnews, Generalsekretärs des ZK der KPdSU, und der Beschluß „Über die internationale Lage und die Außenpolitik der UdSSR“. Das Plenum beschloß die Einberufung des nächsten, XXVI. Parteitages der KPdSU.

Jedes Forum der sowjetischen Kommunisten eröffnete der Partei und dem Land neue Horizonte beim kommunistischen Aufbau, in der internationalen Politik und im Friedenskampf. Das jüngste Plenum läßt erneut an das auf dem XXIV. und dem XXV. Parteitag der KPdSU formulierte Friedensprogramm denken. Überall auf der Erde wird es als friedliche Offensive der Sowjetunion bewertet. Die strategische Offensive zur Festigung des Weltfriedens konnte nicht von seinen Feinden aufgehalten werden, die sich vorgenommen haben, die Entspannung sowie das Potential und die Entschlossenheit ihrer Verfechter auf die Probe zu stellen. Diese Offensive entwickelt sich in der heutigen komplizierten internationalen Situation, wie auch zu erwarten war, mit zunehmender Kraft, macht die wütenden Gegenangriffe der neuen kalten Krieger zunichte und gibt den Menschen den Glauben an den kommenden Sieg des Weltfriedens. Schon jetzt kann gesagt werden, daß das Friedensprogramm des XXIV. und des XXV. Parteitages der KPdSU auf dem bevorstehenden Forum der sowjetischen Kommunisten weiterentwickelt und um neue Ideen und Initiativen bereichert werden wird.

Leonid Breschnews Bericht auf dem Plenum und dessen Beschluß zu außenpolitischen Fragen enthalten eine gründliche Analyse der ge-

genwärtigen Lage, zeigen die wichtigsten Gesetzmäßigkeiten und führenden Tendenzen in der internationalen Entwicklung und bringen die feste Überzeugung zum Ausdruck, daß Entspannung, Frieden und Sicherheit geschützt und gefestigt werden. So heißt es in dem Beschluß: „Das ZK der KPdSU ist überzeugt, daß es objektive Möglichkeiten und gesellschaftlich-politische Kräfte gibt, die fähig sind, ein Abgleiten zu einem neuen kalten Krieg zu verhindern, eine normale, friedliche Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zu gewährleisten und die Gefahr eines thermonuklearen Weltkonfliktes abzuwenden. Der Weg zur Lösung dieser Aufgabe sind Verhandlungen, die auf strikter Einhaltung des Prinzips der Gleichheit und gleicher Sicherheit basieren. Das gilt in vollem Maße auch für die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen.“

Die erwähnten Realitäten der Welt von heute sind dem Kampf der sozialistischen Ländergemeinschaft für die wirklich friedlichen weltweiten Beziehungen guter Nachbarschaft, der Gleichheit und Gerechtigkeit zu verdanken. Sie ergeben sich aus den Erfolgen der nationalen Befreiungsbewegung. Sie wurden von allen demokratischen Freiheitskräften geschaffen. Diese Realitäten entsprechen der objektiven Erneuerung der Welt und dem Bestreben der Völker, in Eintracht miteinander zu leben. Ebendeshalb sind sie unüberwindlich. Ebendeshalb werden diejenigen, die sich himmelstützende Atlanten wähnen, mit diesen Realitäten rechnen müssen.

Das Kräfteverhältnis in der Welt gestaltet sich heute keineswegs zugunsten der Anhänger der Konfrontation. Wie im Beschluß des ZK-Plenums der KPdSU betont wird, ist das entstandene militärisch-strategische Gleichgewicht zwischen der sozialistischen und der kapitalistischen Welt eine Errungenschaft von prinzipieller, historischer Bedeutung. Dieser Tage schrieb der „Christian Science Monitor“: „Die UdSSR hat die militärische Parität mit den USA erreicht und ist nicht mehr einzuschüchtern.“ Die imperialistischen USA-Kreise wollen dieses Gleichgewicht erschüttern und die ehemalige militärische Überlegenheit zurückerlangen. Hierin liegt die eigentliche Ursache für die heutige Zuspitzung der Weltlage. Doch ist es niemandem gegeben, unumstößliche Fakten zu verändern. Das würde auch nicht zugelassen werden. Vor allem wird es die UdSSR nicht zulassen, die sich auf ihre Macht und die Macht der gesamten sozialistischen Ländergemeinschaft, auf alle Kriegsgegner stützt.

Aus Moskau kommt erneut der Aufruf zum Frieden, der Aufruf dazu, die Entspannung, all das Positive, was uns die 70er Jahre gebracht haben, zu bewahren, die Wende zur Abrüstung herbeizuführen, das Recht der Völker auf eine freie und unabhängige Entwicklung zu unterstützen, den Frieden zu hüten und zu festigen.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 26 JUNI 1980

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Verantw. Sekretär), V. GUSTSCHIN, W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Den Frieden erhalten	1
Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU Leonid Bresniew auf dem ZK-Plenum der KPdSU am 23. Juni 1980	5
Beschluß des ZK-Plenums der KPdSU vom 23. Juni 1980: „Über die internationale Lage und die Außenpolitik der UdSSR“	6
M. Lwow — Das objektive und dringlichste Erfordernis	8
J. Botschkarjow — Äthiopien: Partei im Aufbau	11
B. Ladygin — RGW. Aspekte der Zusammenarbeit	12
N. Lossinski — Japan. Mißerfolg der Opposition	13
W. Kusnezow — Nach der Konferenz in Venedig	14
A. Kapikrajan — Algerien. Zeit der Reife	14
Notizen ♦ Glossen	16
D. Wolski — Naher Osten. Eine Wende möglich — aber wohin!	18
A. Uswatow — Guter Wille und böser Wille	20
J. Coubard — Afghanistan. Ein Franzose sieht Kabul	20
V. Naumow — Moçambique. Die junge Republik heute	22
W. Wessenski — Washingtoner Degenschlucker	24
M. Semenejew — Chinesische „Gewerkschaftsarbeit“	26
Biographisches: Georgios Rallis	27
J. Parnow — Wie die Zukunft aussieht	28
V. Smirnow — Alles bereit für die Olympiade (Interview)	28
S. Irodow — Nicht nur um Medaillen	30
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Die Solidaritätsbewegung der Fortschrittskräfte für den gerechten Kampf der Völker Südafrikas gegen Rassismus und Imperialismus wird immer stärker.

Titelbild: A. Garanin

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Plostschad

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Am 23. Juni trat in Moskau das ZK der KPdSU zu einem Plenum zusammen. Das Plenum nahm den Bericht des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Leonid Bresniew, entgegen und beschloß, den nächsten, XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 einzuberufen. Die Tagesordnung des Parteitages wurde bestätigt. Das Plenum nahm den Bericht Andrej Gromykos, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Außenministers der UdSSR, „Über die internationale Lage und die Außenpolitik der Sowjetunion“ entgegen und faßte den entsprechenden Beschluß.

Am 24. Juni wurde im Großen Kremispalast die dritte Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR (10. Legislaturperiode) eröffnet.

Vom 17. bis 19. Juni fand in Prag die XXXIV. RGW-Tagung statt. Entsprechend dem Abkommen zwischen dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und der Regierung Jugoslawiens nahm eine Delegation der SFRJ an der Tagung teil. Als Beobachter waren Delegationen von Afghanistan, Angola, Äthiopien, Laos, Moçambique und der VDR Jemen zugegen. Gustáv Husák, Generalsekretär des ZK der KPTsch und Präsident der ČSSR, empfing am 18. Juni im Hradschin die Leiter der Delegationen. Dabei waren Alexej Kossygin, die anderen Regierungschefs der RGW-Mitgliedsländer, der Leiter der SFRJ-Delegation und der RGW-Sekretär zugegen. Im Namen aller Delegationen bedankte sich Alexej Kossygin beim ZK der KPTsch und bei der Regierung der ČSSR für den herzlichen Empfang und die günstigen Bedingungen für die Arbeit der XXXIV. RGW-Tagung (siehe S. 12).

Alexej Kossygin und Lubomír Štrougal, Vorsitzender der ČSSR-Regierung, unterzeichneten in Prag ein Programm für die Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der Tschechoslowakei auf dem Gebiet der Atomenergie in der ČSSR bis zum Jahre 1990.

Am 16. Juni trafen Michail Suslow, Boris Ponomarew und Wadim Sagladin, Kandidat des ZK der KPdSU und erster stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, mit dem DKP-Vorsitzenden Herbert Mies, dem stellvertretenden DKP-Vorsitzenden Hermann Gautier und mit Karl Heinz Schröder, Mitglied des Präsidiums und des Sekretariats des DKP-Vorstandes, zusammen. Das Treffen verlief in einer herzlichen, kameradschaftlichen Atmosphäre und bekräftigte die volle Übereinstimmung der Ansichten zu allen erörterten Fragen.



Prag. Auf der XXXIV. RGW-Tagung

Telefoto: ČTK—TASS

Am 18. Juni trafen Andrej Kirilenko, Boris Ponomarew und Karen Brutenz, stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, mit dem Vorsitzenden der Sozialistischen Fortschrittspartei (PSP) Libanons, Walid Joumblatt, und mit Suleiman Frangie, der ihn begleitete, zusammen. Die Vertreter der KPdSU und der PSP bekräftigten das Streben beider Parteien danach, ihre freundschaftlichen Beziehungen weiterzuentwickeln, und sprachen sich für die Festigung der sowjetisch-libanesischen Freundschaft und Zusammenarbeit aus.

Der Staatsrat der VR Bulgariens verlieh dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko den Dimitrow-Preis für seine aktive gesellschaftlich-politische, wissenschaftliche und schöpferische Tätigkeit für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt. Zu den Preisträgern gehören ferner Fidel Castro, Erster Sekretär des ZK der KP Kubas, Vorsitzender des Staatsrates und des Ministerrats der Republik Kuba, José López Portillo, der Präsident Mexikos, und der bekannte englische Schriftsteller, Öffentlichkeitsarbeiter und Wissenschaftler, Charles Snow.

Am 20. Juni wurde in Hanoi im Präsidentenpalast der Internationale Leninpreis an Le Duan, Generalsekretär des ZK der KP Vietnams, vom Vorsitzenden des Komitees für Internationale Leninpreise, Akademiemitglied Nikolai Blochin, feierlich überreicht.

Vom 16. bis 19. Juni kamen in Minsk Parlamentarier der Warschauer Vertragsstaaten anlässlich des 25. Jahrestages des Warschauer Vertrages zusammen. Viele Fragen der Festigung des Friedens und der Sicherheit der Völker wurden erörtert. Die Teilnehmer des Treffens appellierten an alle Parlamente und alle Parlamentarier, einen wirksamen Beitrag zur Normalisierung der Weltlage zu leisten. Der Politik der Konfrontation müßten die vereinten Anstrengungen aller friedliebenden Länder und Völker entgegengesetzt werden.

Am 16. Juni fand der XIII. Kongreß der Partei der Volksavantgarde Kostarikas in San José seinen Abschluß. Als Generalsekretär des ZK der Partei wurde Manuel Mora Valverde bestätigt.

Am 19. Juni ging in Algier der außerordentliche Kongreß der FLN-Partei zu Ende (siehe S. 14).

Am 19. Juni wurde in Addis Abeba der I. Kongreß der Kommission zur Organisation der Partei der Werktätigen Äthiopiens abgeschlossen (siehe S. 11).

In New York fand eine turnusmäßige Plenarsitzung der Gruppe der Nichtpaktgebundenen in der UNO statt. Es wurde beschlossen, anfangs 1981 nach Neu-Delhi eine Konferenz der Nichtpaktgebundenen auf Außenministerebene einzuberufen, um Fragen der internationalen Lage zu erörtern.

Vom 16. bis 18. Juni fand in Paris eine Internationale Konferenz der Solidarität mit dem libanesischen Volk statt, an der mehr als 50 Delegationen aus Ländern Europas, Asiens und Afrikas teilnahmen. Die Einmischung der imperialistischen Kräfte in die Angelegenheiten des souveränen Libanon zu stoppen, die israelische Militärpräsenz im Lande zu beseitigen und dem libanesischen Volk das Recht zu geben, seine Probleme selbst zu lösen — das waren die Hauptforderungen der Konferenzdokumente.

In Heraklion, dem Verwaltungszentrum Kretas, fand eine Internationale Konferenz für die Liquidierung der Militärstützpunkte im Mittelmeerraum statt. Ihre Teilnehmer, Vertreter verschiedener demokratischer Organisationen, von nationalen Befreiungsbewegungen aus 23 Ländern, darunter Vertreter des Sowjetischen Friedenskomitees, beschlossen ein Aktionsprogramm gegen die ausländischen Militärstützpunkte, die eine Bedrohung für Frieden und Sicherheit in diesem Raum darstellen.

Vom 16. bis 20. Juni fand in Moskau die 6. Sitzung der Sowjetisch-Vietnamesischen Regierungskommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit statt.

Vom 17. bis 20. Juni trat in Moskau die Ständige Sowjetisch-Iranische Kommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit zu ihrer 9. Sitzung zusammen.

Vom 19. bis 21. Juni stattete US-Präsident James Carter Italien einen offiziellen Besuch ab. Er führte Gespräche mit Präsident Alessandro Pertini und Regierungschef Francesco Cossiga. Der US-Präsident traf ferner im Vatikan mit Papst Johannes Paul II. zusammen.

Wie das Oberkommando des sowjetischen Militärkontingents in Afghanistan meldete, hat nach Abstimmung mit der afghanischen Regierung der Abzug einiger Truppenteile, deren Anwesenheit in Afghanistan gegenwärtig nicht notwendig ist, auf das Territorium der UdSSR begonnen (siehe S. 20).



Unser Bild: Abzug sowjetischer Truppenteile aus Afghanistan

Foto: G. Nadeshdin (TASS)

Am 22. und 23. Juni fand in Venedig der sechste alljährliche Wirtschaftsgipfel der sieben bedeutendsten kapitalistischen Industrieländer statt. An ihm nahmen die Präsidenten der USA und Frankreichs, der BRD-Bundeskanzler, die Premierminister Großbritanniens, Italiens und Kanadas sowie der japanische Außenminister teil (siehe S. 14).

Nguyen Co Thach, Außenminister der SR Vietnam, stattete Indonesien einen offiziellen Besuch ab. Kurz zuvor hatte er Malaysia und Thailand besucht.

Huang Hua, Außenminister der VR China, schloß eine 11tägige Reise nach Schweden, Norwegen und Dänemark ab. Anschließend besuchte er am 19. und 20. Juni Bonn und am 21. Juni Paris. Huang Hua attackierte wütend die Friedensinitiativen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten. Er sprach sich für eine umfassende Forcierung des Wetrüstens aus.

Am 22. Juni fanden in Japan Parlamentswahlen statt (siehe S. 13).

Am 20. Juni wurden im Irak erstmals in der Geschichte des Landes Wahlen zum Nationalrat (Parlament) abgehalten. Um die 250 Abgeordnetensitze bewarben sich 840 Kandidaten.

Am 21. Juni beteiligten sich in ganz Portugal Hunderttausende Werktätige auf Aufruf des allgemeinen Gewerkschaftsverbandes Intersindical an einem Kampftag. Demonstrationen und Kundgebungen für demokratische Umgestaltungen fanden in 33 Großstädten statt.

Pressemeldungen aus Kairo zufolge

wurde in den Westgebieten Ägyptens der Ausnahmezustand verhängt. Große Truppenkontingente werden an die Grenze zu Libyen verlegt. Das Sekretariat für auswärtige Angelegenheiten Libyens gab eine Erklärung ab, in der es die Verhängung des Ausnahmezustandes durch Sadat in den an Libyen grenzenden Gebieten und die Aktivitäten der ägyptischen Streitkräfte an der libyschen Grenze als Kriegserklärung qualifizierte.

In Kapstadt (Republik Südafrika) kam es am 16. Juni zu Zusammenstößen zwischen der Bevölkerung der Afrikaner- und der Farbigenviertel sowie Rassisten. Bei dem brutalen Vorgehen von Armee, Polizei und „Sicherheitskräften“ wurden 70 Menschen getötet und 250 verletzt. Zusammenstöße ereigneten sich in Soweto und Durban.

Die Patrioten von El Salvador haben eine Reihe erfolgreicher Operationen durchgeführt. Trupps der Revolutionären Volksarmee besetzten die Ortschaft Mexicanos, acht km vor San Salvador. Pressemeldungen zufolge ist San Francisco von den Volksbefreiungskräften „Farabundo Marti“ befreit worden. In der Hauptstadt haben die Patrioten über einige eroberte Rundfunksender einen Aufruf an das Volk gesendet, für den Sturz der reaktionären Junta zu kämpfen.

In St. George's, der Hauptstadt Grenadas, kam es bei einer Massenkundgebung zum Gedenken an die Freiheitskämpfer des Landes unter der Tribüne, auf der sich Premierminister Maurice Bishop und andere führende Politiker befanden, zu einer starken Explosion. Wie Maurice Bishop in einem Appell an das Volk erklärte, wurden bei dem Terroranschlag mehr als 20 Menschen verletzt. Der Premierminister gab den USA die Schuld an dem Anschlag.



In den USA verstärken die Banditen des rassistischen Ku-Klux-Klan ihre Umtriebe. Mit offizieller Duldung rotten sie sich zusammen und propagieren offenen Rassismus und Chauvinismus. Unser Bild: Traditionelle Verbrennung eines Kreuzes bei der Gründung einer weiteren Ku-Klux-Klan-Gruppe im Bundesstaat Kalifornien

Foto: UPI-TASS

Als ich auf dem Umschlag von Heft 19 Ihrer Zeitschrift ein Foto des Memorials auf dem Mamajew-Hügel sah, erinnerte ich mich an Wolgograd, das ich im Herbst 1977 besuchte. Dieses Memorial, das vom höchsten Ideal der Menschheit — dem Streben nach Frieden — kündet, hat nur ein Volk errichten können, das schwere Leiden durchgemacht und größte Opfer gebracht hat.

Allan YOUNG
Burnaby, Kanada

Ich stimme dem Leser Mkrtyshew aus Aserbaidshan (NZ 13 80) voll und ganz zu, der vorschlägt, das UNO-Hauptquartier aus den USA in ein anderes Land zu verlegen. Auch der Rassismus in den USA macht das erforderlich. Die Delegierten afro-asiatischer und lateinamerikanischer Staaten sind in New York ständig der Gefahr ausgesetzt, auf der Straße, in der Öffentlichkeit gedemütigt zu werden. Und da die USA die Moskauer Olympiade boykottieren, wäre es nur logisch, wenn das IOC seinen Beschluß rückgängig machen würde, die Olympiade 1984 in Los Angeles abzuhalten, und sie in ein anderes Land verlegen würde. Ich habe bereits für die Moskauer Olympiade gebucht, da ich davon überzeugt bin, daß sie ein großartiges, unvergeßliches Ereignis wird — ob nun mit oder ohne Amerikaner.

Jacques CARTON
Marseille, Frankreich

Schon einige Jahre lese ich Ihre Zeitschrift. Sie ist in dieser Zeit besser geworden. Die „Wochenschau“ wurde ausführlicher. Sie bringen mehr Illustrationen. Doch trotzdem gibt es noch einige Unzulänglichkeiten. So werden in der Rubrik „Biographisches“ nicht alle neuernannten Staatsoberhäupter, Regierungschefs und Außenminister berücksichtigt.

A. LJOCHIN
Gebiet Karaganda, Kasachische SSR

REDE DES GENERALSEKRETÄRS DES ZK DER KPdSU

LEONID BRESHNEW

auf dem ZK-Plenum der KPdSU am 23. Juni 1980

Genossen!

Entsprechend dem Statut unserer Partei ist im nächsten Jahr der Termin für einen ordentlichen Parteitag. Das Politbüro des ZK der KPdSU schlägt vor, den XXVI. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion zum 23. Februar 1981 einzuberufen.

Jeder Parteitag hat unserer Partei und unserem Land neue Horizonte eröffnet. Ich bin davon überzeugt, daß das auch bei dem bevorstehenden Parteitag, der die Strategie und Taktik des Kampfes in der kommenden Etappe des kommunistischen Aufbaus festlegen soll, so sein wird.

Mit der Entwicklung des Landes nehmen auch die Kompliziertheit und die Dimensionen der Aufgaben in der Innenpolitik zu. Jeder Schritt vorwärts zur Gesundung der internationalen Lage kostet große Anstrengungen. Die aggressiven imperialistischen Kreise versuchen, auf die Sowjetunion, auf die Position des Sozialismus insgesamt Druck auszuüben. Sie streben danach, die Sowjetunion regelrecht zu isolieren. Aber ihre darauf gerichteten Aktionen gerieten von Anfang an ins Stocken.

In entscheidendem Maße hängt das damit zusammen, daß das Wirtschaftspotential und die Verteidigungskraft des Sowjetlandes unermesslich gewachsen, daß die sozialpolitische und ideologische Einheit unserer Gesellschaft noch fester geworden sind. Eine große Rolle hat auch gespielt, daß wir Ausdauer und Konsequenz gezeigt und keine Abweichung von dem Kurs zugelassen haben, der auf dem XXIV. und XXV. Parteitag der KPdSU festgelegt worden ist.

Unser Kurs hat sich weiter ausgeprägt, und die Praxis hat seine Richtigkeit bestätigt. Er hat positive Ergebnisse sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik gebracht. Gleichzeitig stellt uns das Leben neue Aufgaben, deren Lösungswege wir auch auf dem Parteitag festlegen müssen.

Entsprechend den Traditionen wird folgende Tagesordnung des Parteitags vorgeschlagen:

1. Bericht des Zentralkomitees der KPdSU und die nächsten Aufgaben der Partei auf dem Gebiet der Innen- und Außenpolitik. Als Berichterstatter empfiehlt das Politbüro des ZK der KPdSU den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breshnew, zu bestätigen.

2. Bericht der Zentralen Revisionskommission der KPdSU. Referent: der Vorsitzende der Zentralen Revisionskommission der KPdSU, Sisow.

3. Hauptrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR in den Jahren 1981—1985. Berichterstatter: der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, Kossygin.

4. Die Wahl der zentralen Parteiorgane.

Als Schlüssel für die Wahl der Delegierten wird empfohlen, für den XXVI. Parteitag einen Delegierten auf je 3350 Parteimitglieder zu wählen. Somit wird jeder Delegierte eine etwas größere Anzahl von Kommunisten vertreten, als es auf dem XXV. Parteitag der Fall war. Das hängt mit dem zahlenmäßigen Wachstum unserer Partei zusammen. Am 1. April hatte sie 17 193 376 Mitglieder.

Laut Statut werden die Delegierten zum XXVI. Parteitag in geheimer Abstimmung auf Gebiets- und Regionsparteikonferenzen sowie auf Parteitagen der Kom-

munistischen Parteien der Unionsrepubliken gewählt.

Das Politbüro des ZK der KPdSU hält es für zweckmäßig, die Delegierten der Kommunistischen Parteien der Ukraine, Belorusslands, Usbekistans und Kasachstans, das heißt der Organisationen mit einer hohen Mitgliederzahl, auf Gebietsparteikonferenzen zu wählen. Kurzum, es besteht keine Notwendigkeit, den bestehenden Modus der Wahl der Delegierten zum Parteitag abzuändern.

Nun zu den Terminen der Berichtswahlkampagne. Das Politbüro des ZK der KPdSU würde es für möglich halten, die Versammlungen in den Grundorganisationen der Partei im September/November dieses Jahres, die Parteikonferenzen der Rayons, Städte und Kreise im November/Dezember dieses Jahres, die Gebiets- und die Regionsparteikonferenzen im Dezember 1980/Januar 1981 und die Parteitage der Unionsrepubliken im Januar/Anfang Februar 1981 durchzuführen.

Die Berichtswahlkampagne vor dem Parteitag ist eine besondere Zeit im Leben der Partei, eine im höchsten Maße verantwortungsvolle Periode.

Wir haben in den vergangenen Jahren beim kommunistischen Aufbau wertvolle Erfahrungen gesammelt. Wir müssen mit all dem Positiven in unserer Arbeit, sei es in der Stadt oder auf dem Lande, sehr sorgfältig umgehen.

Zugleich müssen Versäumnisse und Mängel, die es leider sowohl in der Praxis der Wirtschaftsführung als auch in der Parteiarbeit gibt, kritisch unter die Lupe genommen werden. Wir haben darüber in Plenartagungen des Zentralkomitees gesprochen. Aber eine Berichtswahlkampagne verpflichtet uns, die Arbeit der Parteiorganisationen bei der Erfüllung der Beschlüsse des XXV. Parteitages immer wieder allseitig zu analysieren. Vorbereitungen auf einen neuen Parteitag sind ein starker Hebel, um die Aktivität sowohl der Kommunisten als auch der Parteilos im politischen Leben und in der Arbeit zu erhöhen.

Ich denke, daß auf Parteiversammlungen und -konferenzen allen Seiten der Parteiarbeit — der politischen, der organisatorischen und der ideologischen — die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt werden wird.

Ein Höchstmaß an Energie — das ist besonders zu betonen — muß aufgebracht werden, um den Plan des letzten Jahres des zehnten Fünfjahrplanes erfolgreich zu erfüllen und zu überbieten, die Schwerpunktoobjekte termingerecht in Betrieb zu nehmen und eine stabile Arbeit der Volkswirtschaft im Jahre 1981, dem ersten Jahr des elften Fünfjahrplanes, zu sichern. Hierbei muß natürlich der sozialistische Wettbewerb zu Ehren des Parteitags eine besondere Rolle spielen.

In meinen Berichten an das ZK — die Teilnehmer des Plenums kennen sie — habe ich einige Schlüsselfragen der Entwicklung unserer Wirtschaft behandelt. Die Aufmerksamkeit wurde insbesondere auf das Brennstoff- und Energieproblem, das Transportproblem, auf die Nutzung der Landtechnik und den Import von Ausrüstungen gelenkt. Ich weiß, daß in diesem Zusammenhang Beachtliches geleistet wird. Aber es gilt, noch mehr zu tun.

Wir haben uns eine so große Aufgabe gestellt wie die Steigerung der Effektivität der Produktion und die

Verbesserung der Qualität der Arbeit. Wir müssen sie ständig vor Augen haben. Wir müssen auch weiter überlegen, wie der wissenschaftlich-technische Fortschritt zu beschleunigen, die Arbeits- und Staatsdisziplin zu festigen und ein stabiles Wachstum der Arbeitsproduktivität zu gewährleisten sind.

Zweifelloos wird bei der Berichtswahlkampagne auch die internationale Tätigkeit der Partei erörtert werden. Das Sowjetvolk billigt voll und ganz den prinzipiellen friedliebenden Kurs der KPdSU und des Sowjetstaates sowie die Maßnahmen zum Schutz und zur Gewährleistung der Sicherheit unserer Heimat. Wir werden auch in Zukunft keine Mühen scheuen, um die Entspannung und all das Gute zu erhalten, was uns die 70er Jahre gebracht haben, um eine Wende zur Abrüstung zu erreichen, um das Recht der Völker auf eine freie und unabhängige Entwicklung zu verteidigen und um den Frieden zu bewahren und zu festigen.

Es wird nicht einfach sein, diese Aufgaben zu lösen. Der Imperialismus hat sich offenbar das Ziel gesetzt, den Friedenswillen der Völker, unseren guten Willen und unsere Entschlossenheit auf die Probe zu stellen, den Weg der Entspannung und der guten Nachbarschaft zu gehen.

Es vergeht kein Tag, da Washington nicht versuchte, den Geist des kalten Krieges wieder aufleben zu lassen und militaristische Ambitionen anzukurbeln. Dazu ist ihm jeder beliebige Vorwand recht.

Ein Beispiel dafür ist Afghanistan. Die herrschenden Kreise der USA, aber auch China schrecken vor nichts zurück, auch nicht vor einer bewaffneten Aggression, um die Afghanen zu hindern, ein neues Leben entsprechend den Idealen der Befreiungsrevolution vom April 1978 aufzubauen. Aber als wir unserem Nachbarn Afghanistan auf Bitten seiner Regierung halfen, der Aggression eine Abfuhr zu erteilen und die An-

griffe von Banden zurückzuschlagen, die vor allem vom Territorium Pakistans aus operierten, erhoben Washington und Peking ein Geschrei wie nie zuvor. Was wurde der Sowjetunion nicht alles vorgeworfen: das Bestreben, zu warmen Meeren vorzudringen, die Absicht, sich fremden Erdöls zu bemächtigen, usw. und alles deshalb, weil die Pläne, Afghanistan in den Orbit der imperialistischen Politik hineinzuziehen und eine Bedrohung unseres Landes vom Süden her zu schaffen, gescheitert waren.

In der sowjetischen Hilfsaktion für Afghanistan ist kein Körnchen Gewinnsucht. Wir hatten keine andere Wahl, als Truppen zu entsenden. Und die Ereignisse haben bestätigt, daß dies die einzig richtige Entscheidung war.

Heute beginnt sich das Leben in Afghanistan zu normalisieren. Große konterrevolutionäre Banden wurden zerschlagen, die Interventen haben eine ernste Niederlage erlitten. Unter diesen Bedingungen haben wir den Beschluß gefaßt, einen Teil unseres Truppenkontingents in Afghanistan abzuziehen. Wir tun dies in Abstimmung mit der afghanischen Regierung und ihrem Führer, Genossen Babrak Karmal. Selbstverständlich werden wir auch in Zukunft Afghanistan helfen, ein neues Leben aufzubauen und die Errungenschaften der Aprilrevolution zu bewahren.

Genossen!

Der Frieden ist ein unermeßlicher Schatz für die Menschheit. Lenin hat das Banner des Friedens und der Zusammenarbeit zwischen den Völkern erhoben. Diesem Banner werden wir treu bleiben.

Zum Abschluß möchte ich die feste Überzeugung ausdrücken, daß die Vorbereitung auf den XXVI. Parteitag der KPdSU erneut die Geschlossenheit der Reihen der Partei und die unerschütterliche Einheit von Partei und Volk im Kampf für den Sieg des Kommunismus demonstrieren wird.

Beschluß des ZK-Plenums der KPdSU vom 23. Juni 1980 „ÜBER DIE INTERNATIONALE LAGE UND DIE AUSSENPOLITIK DER UdSSR“

Auf der Grundlage des Referats des Mitglieds des Politbüros und Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Genossen Andrej Gromyko, „Über die internationale Lage und Außenpolitik der UdSSR“, hat sich das Plenum des Zentralkomitees der KPdSU mit der internationalen Lage und der Außenpolitik der Sowjetunion befaßt und billigt vollumfänglich die Tätigkeit des Politbüros des ZK der KPdSU und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Genossen L. I. Breschnew, bei der Verwirklichung des Leninschen außenpolitischen Kurses des XXIV. und des XXV. Parteitages.

Das Plenum hebt hervor, daß vor allem durch die vielseitige und aktive Tätigkeit der Sowjetunion und der sozialistischen Gemeinschaft, die sich auf die wachsende Wirtschafts- und Verteidigungskraft der Länder des Sozialismus stützt, in den 70er Jahren eine Gesundung der Weltlage erreicht worden ist. Im Entspannungsprozeß hat sich die friedliche Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen gefestigt, und sie hat begonnen, einen konkreten ökonomischen und politischen Inhalt anzunehmen. Es zeigte sich ein deutliches Abflauen des „kalten Krieges“, und günstige objektive Voraussetzungen für die Lösung von Streitfragen und internationalen Konflikten auf rechtem und friedlichem Wege sind geschaffen worden.

In der letzten Zeit haben diesem positiven Prozeß jedoch die aggressiven imperialistischen Kräfte eine Politik entgegengesetzt, die vom Unwillen diktiert ist, sich mit den Realitäten der Welt von heute — mit der Festigung der Positionen des Sozialismus, den Erfolgen der nationalen Befreiungsbewegung, dem Erstarken der freiheitsliebenden demokratischen Kräfte insgesamt — abzufinden. Der Imperialismus würde gern den objektiven Prozeß der Erneuerung der Welt bremsen. Die führenden Vertreter des Militärblocks der NATO, vor allem die USA, haben Kurs darauf genommen, das in der Welt entstandene militärische Gleichgewicht zu ihren Gunsten und zum Nachteil der Sowjetunion, der sozialistischen Länder, zum Nachteil für die Entspannung und die Sicherheit der Völker zu stören.

Daher der Kurs des Imperialismus auf Verstärkung des Wettrüstens, auf das Entfesseln von Provokationen gegen die sozialistischen und anderen unabhängigen Staaten, daher die militaristischen Aktivitäten der NATO und die Erweiterung ihrer Funktion als Instrument imperialistischen Diktats. Die herrschenden Kreise der USA, die den anderen Staaten ihren Willen aufzuzwingen versuchen, haben den Weg wirtschaftlicher „Sanktionen“ und des Abbaus der wissenschaftlich-technischen, der kulturellen und sportlichen Beziehungen eingeschlagen, halten sich nicht an die übernommenen Verpflichtungen und sabotieren die von ihnen

unterzeichneten Abkommen und Vereinbarungen. Der Antisowjetismus und Antikommunismus sind zum Instrument der Forcierung des Wettrüstens, zur Waffe im Kampf nicht nur gegen die UdSSR und die anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft, nicht nur gegen die Kommunisten, sondern auch gegen alle Kriegsgegner und Friedenskräfte geworden, zu einem Mittel, um die Entspannung zu untergraben.

Auf antisowjetischer, der Sache des Friedens feindlicher Grundlage erfolgt eine Annäherung der aggressiven Kreise des Westens, vor allem der Vereinigten Staaten, an die chinesische Führung. Die Partnerschaft des Imperialismus und des Pekinger Hegemonismus stellt eine neue gefährliche Erscheinung in der Weltpolitik dar, gefährlich für die ganze Menschheit, auch für das amerikanische und das chinesische Volk.

In dieser komplizierten internationalen Situation zeigen das Zentralkomitee der KPdSU und der sowjetische Staat wahrhaft Leninsche Ausdauer, Standhaftigkeit und Prinzipientreue, da sie ihren Kurs auf Erhaltung des Friedens und auf Gewährleistung der Sicherheit des sowjetischen Volkes sowie der internationalen Sicherheit insgesamt verteidigen und verwirklichen, sich nicht provozieren lassen und gleichzeitig den imperialistischen Ansprüchen eine Abfuhr erteilen.

Das ZK der KPdSU ist überzeugt, daß es objektive Möglichkeiten und gesellschaftlich-politische Kräfte gibt, die fähig sind, ein Abgleiten zu einem neuen kalten Krieg zu verhindern, eine normale, friedliche Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zu gewährleisten und die Gefahr eines thermonuklearen Weltkonflikts abzuwenden. Der Weg zur Lösung dieser Aufgabe ist ein Weg von Verhandlungen, die auf strikter Einhaltung des Prinzips der Gleichheit und der gleichen Sicherheit basieren. Das gilt in vollem Umfang auch für die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen.

Dieser Standpunkt findet Anhänger unter den Staatsmännern sowohl in den westlichen Ländern als auch unter den Teilnehmerstaaten der Bewegung der Nichtpaktgebundenen. Die Entspannung hat im internationalen Leben von heute tiefe Wurzeln geschlagen, und es bestehen reale Voraussetzungen dafür, sie als dominierende Tendenz der Weltpolitik zu erhalten.

Die Entspannung ist ein gesetzmäßiges Ergebnis des in den letzten zehn Jahren entstandenen Kräfteverhältnisses in der Welt. Das erreichte militärstrategische Gleichgewicht zwischen der Welt des Sozialismus und der Welt des Kapitalismus ist eine Errungenschaft von prinzipieller und historischer Bedeutung. Es ist ein Faktor, der den aggressiven Gelüsten des Imperialismus Schranken setzt. Das entspricht den Grundinteressen aller Völker. Alle Pläne, dieses Gleichgewicht zu erschüttern, sind zum Scheitern verurteilt.

Das Plenum beauftragt das Politbüro des ZK auch in der gegenwärtigen Situation, da das abenteuerliche Vorgehen der USA und ihrer Handlanger die Kriegsgefahr verstärkt hat, den Kurs des XXIV. und des XXV. Parteitages auf allseitige Festigung des Bruderbundes der sozialistischen Staaten, auf Unterstützung des gerechten Kampfes der Völker um Freiheit und Unabhängigkeit, auf friedliche Koexistenz, auf Eindämmung des Wettrüstens, auf Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der internationalen Entspannung, auf gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur unbeirrt fortzusetzen.

Gleichzeitig ist das Plenum der Ansicht, daß die Umtriebe des Imperialismus und der anderen Feinde des Friedens ständige Wachsamkeit und eine größtmögliche Stärkung der Verteidigungsbereitschaft unseres Staates erfordern, um die Pläne des Imperialismus zur Erreichung der militärischen Überlegenheit und zur

Verwirklichung der Weltherrschaft zu vereiteln.

Ein außerordentlich wichtiges Ereignis war die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages im Mai dieses Jahres in Warschau. Diese Tagung hat erneut die positive Rolle des Sozialismus im internationalen Leben, seinen konsequenten Internationalismus und die unerschütterliche Friedensliebe demonstriert und noch einmal mit aller Kraft die Bedeutung der brüderlichen Solidarität und der Koordinierung der Aktionen der sozialistischen Länder zur Erhaltung des weltweiten Friedens und zur Gewährleistung der internationalen Sicherheit hervorgehoben. In der auf der Tagung angenommenen Deklaration und in der Erklärung über die Einberufung einer Beratung von Staaten auf höchster Ebene wurde eine marxistisch-leninistische Analyse der gegenwärtigen Lage gegeben, die ein konkretes und konstruktives Programm von Maßnahmen für die Beseitigung der Spannungsherde und der für alle Völker gefährlichen Tendenzen in der internationalen Entwicklung enthält. Die weitere Vertiefung der Zusammenarbeit der sozialistischen Länder auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet, bei der Verteidigung sowie in anderen Bereichen, das konstruktive Wirken ihrer gemeinsamen Organisationen — des Warschauer Vertrages und des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe — dienen zuverlässig dem Frieden und dem Fortschritt.

Das Plenum des ZK billigt voll und ganz die Maßnahmen zur allseitigen Hilfe für Afghanistan bei der Abwehr bewaffneter Überfälle und der Einmischung von außen, deren Ziel es ist, die afghanische Revolution abzuwürgen und an den Südgrenzen der UdSSR ein proimperialistisches Aufmarschgebiet für eine militärische Aggression zu schaffen. Das Plenum spricht sich für eine politische Regelung der Lage aus, die um Afghanistan entstanden ist, das eine Politik der Nichtpaktgebundenheit verfolgt. Dazu sind, wie die Regierung der Demokratischen Republik Afghanistan erklärt hat, die vollständige Einstellung der Aggression gegen dieses Land und sichere Garantien gegen subversive Handlungen aus dem Ausland erforderlich.

Das Plenum bekräftigt die große Bedeutung, die unter den gegenwärtigen Bedingungen der Geschlossenheit und dem aktiven Handeln der internationalen kommunistischen Bewegung, der Zusammenarbeit der Bruderparteien auf bilateraler und multilateraler, auf regionaler und weltweiter Grundlage im Kampf für Frieden und sozialen Fortschritt, gegen den Imperialismus und seine aggressiven volksfeindlichen Pläne zukommen. Das Plenum betrachtet die Durchführung des Pariser Treffens der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas als bedeutsames Ereignis im Leben der kommunistischen Bewegung, als wichtigen Faktor zur Aktivierung der Antikriegskräfte und aller Menschen guten Willens bei der Verteidigung des Friedens und der internationalen Sicherheit.

Das Plenum des Zentralkomitees der KPdSU stellt fest, daß in der gegenwärtigen internationalen Lage eine noch festere Geschlossenheit der Arbeiterklasse, der Kolchosbauern und der Intelligenz aller Nationen und Völkerschaften der Sowjetunion um die Kommunistische Partei zu verzeichnen ist. Voll und ganz unterstützen sie die Innen- und Außenpolitik der KPdSU und des Sowjetstaates.

Das Plenum des ZK verleiht seiner festen Überzeugung Ausdruck, daß die Partei und das Sowjetvolk alle Kräfte einsetzen werden, um durch die erfolgreiche Erfüllung des zehnten Fünfjahresplanes unsere sozialistische Heimat noch mehr zu stärken. Das ist die Grundlage für eine effektive Verwirklichung des Leninschen Friedenskurses unserer Partei und des Sowjetstaates.

DAS OBJEKTIVE UND DRINGLICHSTE ERFORDERNIS

Michail LWOV

Wie die Entwicklung in Europa und der Welt auch verlaufen und sich verändern mag, die Hauptaufgabe aller Friedenskräfte besteht immer darin, den europäischen und allgemeinen Frieden zu erhalten und zu festigen. Aber in jeder weltpolitischen Situation tritt eine spezifische, vom konkreten Geschehen bedingte Aufgabe in den Vordergrund.

In Europa war es zu Beginn der 70er Jahre die Normalisierung der bilateralen Beziehungen zwischen den Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, wobei die Basis dafür die Anerkennung der territorialen und politischen Ergebnisse des zweiten Weltkriegs und der Nachkriegszeit sowie des Prinzips der Unantastbarkeit der Grenzen war. Der Kampf für die Lösung dieser Aufgabe war kompliziert, führte jedoch zu einem Erfolg. Die neuen, ihrem Wesen nach friedlichen zwischenstaatlichen Beziehungen in Europa wurden in vielen bilateralen Verträgen und Abkommen von Anfang der 70er Jahre verbrieft.

Die zentrale Aufgabe Mitte der 70er Jahre war es, ein langfristiges gesamteuropäisches Programm von Frieden und Zusammenarbeit zwischen den Staaten kollektiv zu formulieren und gemeinsam die Hauptkomponenten der politischen Entspannung festzulegen. Auch diese Aufgabe wurde bewältigt: Die KSZE-Schlussakte, das politisch-rechtliche Fundament der Entspannung für ganz Europa, wurde dieses allgemein anerkannte Programm für Jahre und Jahrzehnte.

In der zweiten Hälfte der 70er Jahre ging es darum, die KSZE-Ergebnisse, die Prinzipien und Festlegungen der Schlussakte in die Tat umzusetzen, d. h. die Entspannung zu vertiefen und zu erweitern. Es wurden damals gewisse Fortschritte erzielt.

Aber schon Ende der 70er Jahre zeigte sich: Dem Ausbau der Entspannung in Europa und erst recht ihrer Ausdehnung auf die anderen Weltteile setzten die reaktionärsten imperialistischen

Kreise den Kurs darauf entgegen, das Wettrüsten vehement zu forcieren, neue internationale Krisen und Konfliktsituationen auszulösen. Es war ferner klar, daß trotz der merklichen Fortschritte der 70er Jahre beim Ausbau der friedlichen Beziehungen zwischen den Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung die neue Verstärkung des Wettrüstens, besonders des nuklearen, eine solche Struktur unvermeidlich schwächen, in den zwischenstaatlichen Beziehungen das Vertrauen untergraben, das Mißtrauen vertiefen und eine Atmosphäre der Konfrontation schaffen mußte.

Schon in der Moskauer Deklaration vom 23. November 1978 verwiesen die Warschauer Vertragsstaaten darauf, daß sich die Kräfte von Imperialismus und Reaktion erneut aktivierten und die Entspannung bedrohten.

Besonders gefährlich waren die Beschlüsse der Washingtoner NATO-Rats-tagung (Mai 1978), die Militärausgaben über die ohnehin aufgebauchten Militärbudgets hinaus um Dutzende Milliarden Dollars zu erhöhen, neue, für Jahrzehnte berechnete Programme zur Entfaltung der eigenen Streitkräfte und zu ihrer Ausrüstung mit Massenvernichtungswaffen von immer größerer Zerstörungskraft auszuarbeiten. Ein weiterer höchst gefährlicher Schritt war der Beschluß der Brüsseler NATO-Rats-tagung (Dezember 1979), neue USA-Raketenkernwaffen zu produzieren und in westeuropäischen Ländern zu stationieren.

Unter all den Problemen, von denen heute die Erhaltung und Konsolidierung des Friedens in Europa abhängt, rückte deshalb das **Problem der militärischen Entspannung in Europa** in den Vordergrund. In der Warschauer Deklaration der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vom 15. Mai 1980 heißt es: „Fortschritte in der militärischen Entspannung in Europa zu erreichen — das ist das objektive und dringlichste Erfordernis.“ Lakonisch, aber sehr genau wird darin das Wesen der Sache dar-

gelegt: „Von erstrangiger Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die Festigung und Erweiterung vertrauensbildender Maßnahmen, die Nichtanwendung und Nichtandrohung von Gewalt, die Beschränkung der Streitkräfte und Rüstungen jedes einzelnen Staates oder von Staatengruppen ausschließlich auf die Erfordernisse der Verteidigung, der beiderseitige Verzicht auf Versuche zur Erlangung der militärischen Überlegenheit.“

Dieser Passus der Warschauer Deklaration ist grundsätzlich wichtig. Wir wollen auf das Wesen jener Komponenten der militärischen Entspannung eingehen, die die Warschauer Vertragsstaaten als vorrangig betrachten und zu denen sie konkrete Vorschläge unterbreiten.

* * *

An erster Stelle werden in der Deklaration **vertrauensbildende Maßnahmen** genannt. Es handelt sich um zu vereinbarende Schritte der Staaten zu dem Zweck, ihr gegenseitiges Mißtrauen und ihren Argwohn gegen die übliche militärische Tätigkeit zu überwinden.

Heute haben viele Staaten große Streitkräfte und modernste Rüstungen. Schon die Konzentration von Truppen in einem Gebiet etwa zur Durchführung von Manövern kann bei anderen Staaten Besorgnis und Unsicherheit hervorrufen, wenn sie nicht vorher wissen, daß eine Übung und nicht die Mobilisierung für einen militärischen Überfall vorbereitet bzw. schon durchgeführt wird. Um solche gegenseitigen Befürchtungen zu beseitigen, wenn dafür keine Gründe vorliegen, wurde schon auf der Helsinki-Konferenz 1975 beschlossen: Die KSZE-Staaten werden einander frühzeitig (drei Wochen vorher) militärische Manöver von Landstreitkräften in einer Gesamtstärke von mehr als 25 000 Mann in jedem Gebiet Europas ankündigen (für die UdSSR wurde das ankündigende Gebiet innerhalb von 250 km von ihrer Grenze zu einem europäischen Staat festgelegt).

Damals wurde ebenfalls beschlossen, daß die KSZE-Staaten freiwillig und auf bilateraler Grundlage, im Geiste der Gegenseitigkeit und des guten Willens Beobachter zu militärischen Manövern einladen sowie den Austausch militärischen Personals, einschließlich von Militärdelegationen, fördern werden.

Solche vertrauensbildenden Maßnahmen üben seit fünf Jahren eine ausgleichende Wirkung auf die Lage in Europa aus. Die fünfjährigen Erfahrungen zeigen, daß es zweckmäßig ist, in dieser Richtung weiterzugehen. Die Warschauer Vertragsstaaten brachten schon Ende v. J. viele neue Vorschläge ein, die dem Vertrauensklima auf dem europäischen Kontinent nur förderlich sein können. In der Warschauer Deklaration werden diese Vorschläge bekräftigt. Die Rede ist von folgendem:

— Größere militärische Manöver der Landstreitkräfte in dem von der Helsinki-Schlußakte festgelegten Raum angefangen mit einer Gesamtstärke nicht von 25 000, sondern von 20 000 Mann und nicht drei Wochen, sondern einen Monat vorher anzukündigen;

— Bewegungen der Landstreitkräfte im gleichen Raum in einer Größenordnung ab 20 000 Mann anzukündigen;

— größere Manöver der Luftstreitkräfte im selben Raum anzukündigen;

— größere Manöver der Seestreitkräfte in der Nähe der Hoheitsgewässer der anderen KSZE-Staaten anzukündigen;

— die Stärke bei den militärischen Manövern auf 40 000—50 000 Mann zu beschränken.

Die Einbeziehung dieser Maßnahmen in die Praxis der zwischenstaatlichen Beziehungen in Europa würde die gegenseitigen Befürchtungen der Staaten über die übliche (und nicht aggressive) militärische Tätigkeit der anderen zerstreuen und das Vertrauen auf dem europäischen Kontinent wesentlich erhöhen. Denselben Zweck verfolgt der Vorschlag der Warschauer Vertragsstaaten als gemeinsamer Akt guten Willens zu vereinbaren, daß von einem bestimmten zu vereinbarenden Zeitpunkt ab kein Staat und keine Staatengruppe in dem von der Schlußakte festgelegten Gebiet die zahlenmäßige Stärke ihrer Streitkräfte erhöht.

* * *

Die nächste Komponente der militärischen Entspannung, wie die Warschauer „NEUE ZEIT“ 26.80

Deklaration sie in den Vordergrund rückt, ist der **Verzicht auf die Anwendung und Androhung von Gewalt**.

Diese Fragestellung ist im Grunde nicht neu: Das Prinzip der Nichtanwendung von Gewalt ist in der UNO-Satzung enthalten und in der Helsinki-Schlußakte ausführlich dargelegt; auch viele zweiseitige zwischenstaatliche Dokumente sehen die gegenseitige Verpflichtung vor, das Prinzip der Nichtanwendung von Gewalt zu befolgen. Nichtsdestoweniger wird Gewaltanwendung bzw. -androhung von den imperialistischen Mächten noch immer praktiziert. Deshalb können die alten Spannungsherde nicht beseitigt werden, mehr noch, es entstehen neue, bald in dem einen, bald in dem anderen Raum.

Kann man unter diesen Bedingungen mit einer Stärkung des Prinzips der Nichtanwendung von Gewalt rechnen? Die sozialistischen Staaten antworten auf diese Frage positiv — natürlich nicht in dem Sinne, daß irgendein wunderwirkender Akt die Sicherheit absolut garantieren könnte. In der Welt von heute, in der die imperialistischen Kräfte die Politik noch vieler, darunter mehrerer großer Staaten bestimmen, ist eine solche absolute Garantie nicht zu erreichen. Zu erreichen ist dagegen, daß die Entscheidung über die Gewaltanwendung jedem potentiellen Aggressor politisch erschwert wird. Dafür bedarf es vertraglicher Verpflichtungen.

Das meinen die sozialistischen Staaten, wenn sie vorschlagen, daß alle KSZE-Staaten einen Vertrag darüber schließen, nicht als erste gegeneinander nukleare und konventionelle Waffen einzusetzen. Hier geht es um die Nichtanwendung der Waffen zum Erstschatz: Wenn kein Staat sie als erster einsetzt, entfällt die Frage eines Antwortschlages.

In der Warschauer Deklaration wird dieser Vorschlag erneut als wichtig und aktuell bekräftigt. Sie enthält einen weiteren Vorschlag zum selben Zweck: Maßnahmen auszuarbeiten, die vorsehen, daß die Nuklearmächte niemals Kernwaffen gegen die europäischen Staaten (ganz gleich, ob sie Militärbündnissen angehören oder nicht) anwenden, die solche Waffen nicht besitzen und nicht ausländische Kernwaffen auf ihrem Territorium haben.

Ferner wird in der Deklaration betont: Die Warschauer Vertragsstaaten

sind für die Annahme und Verwirklichung aller Maßnahmen und Vereinbarungen die darauf gerichtet sind, das politische und rechtliche Fundament des Prinzips der Nichtanwendung und Nichtandrohung von Gewalt in Europa zu stärken. Das ist ein großzügiger Standpunkt, er beinhaltet die Bereitschaft, beliebige positive Vorschläge anderer Staaten zum gleichen Zweck zu prüfen.

Die Realisierung der von den sozialistischen Staaten vorgeschlagenen politischen und rechtlichen Maßnahmen, die den Verzicht der Staaten auf Gewaltanwendung bzw. -androhung zur Folge hätten, würde zweifellos die Gewißheit der Staaten und Völker festigen, daß auf europäischem Boden nie mehr ein Krieg ausbricht.

* * *

Die nächste wesentliche Komponente der militärischen Entspannung, die die Warschauer Deklaration nennt, besteht darin, **die Streitkräfte und Rüstungen jedes einzelnen Staates bzw. von Staatengruppen ausschließlich auf die Verteidigungserfordernisse zu beschränken**. Diese Frage wird hier eher in militärisch-politischer als in militärisch-technischer Hinsicht behandelt. Es geht natürlich nicht darum, daß ein Staat, der seine Streitkräfte nur auf die Verteidigung ausgerichtet hat, keine Panzer oder Bomber, dafür aber Panzerabwehrwaffen und Jagdflugzeuge braucht. Eine solche Vorstellung wäre naiv. Heute muß selbst ein Staat, der nur an seine Sicherheit denkt und niemanden anzugreifen beabsichtigt, über eine ausreichende Menge von Rüstungen verfügen, stark genug, damit beim potentiellen Aggressor nicht einmal der Gedanke an einen Überfall aufkommt. Sonst könnte er sich bei einem militärischen Konflikt nicht in der Verteidigung befinden, sondern wehrlos dastehen.

Deshalb geht es nicht um das Verhältnis der einen oder anderen Waffen bei einem Staat, wenn auch dieses von Bedeutung ist, sondern um die strategische Doktrin des Staates, d. h. um die Grundkonzeption für den Einsatz von Streitkräften und Rüstungen. Aus dieser Grundkonzeption ergeben sich alle anderen Entscheidungen: über die zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte, ihre Struktur, Gefechtsausbildung, über Rüstungstypen und -mengen.

Eine andere strategische Doktrin als

die Verteidigungsdoktrin, heißt es in der Warschauer Deklaration, haben die Warschauer Vertragsstaaten nicht, hatten sie nicht und werden sie nicht haben. Diese Worte werden durch den ganzen Aufbau und die Gefechtsausbildung der Streitkräfte dieser Staaten bestätigt. Beobachter aus verschiedenen Staaten, die in den letzten Jahren zu großen Militärübungen ihrer Streitkräfte eingeladen wurden, konnten sich davon überzeugen, daß diese Streitkräfte dazu bestimmt und vorbereitet sind, die Länder des Warschauer Vertrages zu verteidigen und ihre Sicherheit zu schützen. Wie es in der Warschauer Deklaration heißt, „werden die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, solange der NATO-Block besteht und in dem Bestreben, militärische Überlegenheit zu erlangen, sein Militärpotential weiter vergrößert, alle notwendigen Maßnahmen treffen, um ihre Verteidigungskraft auf dem erforderlichen Stand zu halten. Stets werden sie Sorge für den zuverlässigen Schutz ihrer Völker tragen.“

Anders die NATO. Die jährlichen gigantischen Manöver der Streitkräfte dieses Blocks, die an der riesigen „Front“ von Norwegen bis Italien durchgeführt werden, tragen ausgeprägt aggressiven Charakter. Das ist Ausdruck der strategischen NATO-Doktrin, die keineswegs defensiv ist. Nicht von ungefähr wird sie eine Doktrin des „flexiblen Reagierens“ oder der „dosierten Eindämmung“ genannt. Sie läuft darauf hinaus, bei einer Zuspitzung der politischen Situation in Europa die materielle (militärtechnische) Möglichkeit zu haben, einen Erschlag von Ausmaßen und Stärke zu führen, wie die NATO-Strategen ihn als zweckmäßig erachten.

Ist überhaupt eine Verständigung zwischen Staaten denkbar, dank der jede Seite mehr Sicherheit darüber hätte, daß die andere Seite ihre Streitkräfte und Rüstungen ausschließlich auf die Verteidigungserfordernisse beschränkt? Das Problem ist kompliziert, aber im Prinzip lösbar.

Hier geht es wiederum nicht um einen einfachen Vergleich der Anzahl von Panzern oder Geschützen auf jeder Seite. Es kommt nicht auf diese an sich wichtigen Zahlen, sondern auf die Bereitschaft jeder Seite an, das Niveau der militärischen Konfrontation zu verringern. Nur eine solche Bereitschaft kann

zuverlässig bezeugen, daß die eine oder die andere Seite defensive Absichten hat: Wer einen militärischen Überfall beabsichtigt oder zumindest eine solche Möglichkeit in Zukunft nicht ausschließt, wird nie einer Senkung des Niveaus der militärischen Konfrontation zustimmen.

Kennzeichnend ist der Verlauf der Wiener Truppenabbaugespräche. Zweifellos sind diese Verhandlungen, die seit mehr als 6 Jahren laufen, wichtig: Würde eine Vereinbarung dabei erreicht, so wäre das eine wesentliche Minderung der militärischen Spannungen in Mitteleuropa, wo gewaltige Truppenmassen und modernste Rüstungen konzentriert sind. Doch gibt es hier einen weiteren Aspekt: Die Positionen der Seiten bei den Wiener Gesprächen zeigen unabhängig von ihrem Wunsch das wahre Wesen ihrer strategischen Doktrinen und ihrer militärpolitischen Pläne in Europa.

Die sozialistischen Länder bringen bei den Wiener Verhandlungen immer wieder Vorschläge ein, die das Niveau der militärischen Konfrontation senken sollen. Sie konkretisieren und modifizieren ihre Vorschläge, damit die Positionen einander angenähert werden können. Die NATO-Länder handeln diametral entgegengesetzt. Mit all ihren bisherigen Vorschlägen in Wien bezweckten sie offensichtlich einseitige militärische Vorteile — wohl in der Hoffnung, günstigere Bedingungen für die Anwendung der offensiven strategischen NATO-Doktrin zu schaffen. Im Dezember 1979 warfen die NATO-Länder, die an den Wiener Verhandlungen teilnehmen, diese beinahe auf den Nullpunkt zurück, als sie sich weigerten, eine Reduzierung der Rüstungen auch nur zu erörtern.

Doch ein solches Vorgehen der imperialistischen Kreise hebt die Notwendigkeit, die Streitkräfte und Rüstungen jedes Staates bzw. jeder Staatengruppe in Europa ausschließlich auf die Verteidigungserfordernisse zu beschränken, nicht auf, vielmehr macht es die Lösung dieser Aufgabe nur noch dringlicher.

* * *

Damit eng verbunden ist eine weitere Komponente der militärischen Entspannung. Die Warschauer Deklaration rechnet sie ebenfalls zu den erstrangigen Aufgaben und formuliert sie als **beiderseitigen Verzicht auf Versuche, die**

militärische Überlegenheit zu erlangen.

In der Welt von heute hat die Frage des militärischen Gleichgewichts (bzw. des annähernden Gleichgewichts) und der Versuche, es zu stören, damit die eine Seite die Voraussetzungen für eine militärische Überlegenheit erlangt, zwei Hauptaspekte, ganz gleich, ob es sich um Europa oder die ganze Welt handelt: den nuklearen und den nicht-nuklearen. Auch sie hängen miteinander zusammen. Deshalb können wir in dieser Betrachtung auf eine Trennung des einen vom anderen verzichten.

Hier gilt dasselbe wie in der Frage der Beschränkung der Streitkräfte und Rüstungen auf die Verteidigungserfordernisse: Das bloße Rechnen hat noch nichts zu sagen. Ein Staat mit einer Zahl a von Panzern braucht nicht stärker zu sein als ein Staat, dessen Panzerzahl weniger als a ist. Ein Staat, dessen Streitkräfte x Divisionen zählen, braucht nicht schwächer zu sein als ein Staat, bei dem die Zahl der Divisionen etwa $x+2$ beträgt. Die Gleichungen der militärischen Parität sind viel komplizierter. Sie umfassen zahlreiche Elemente, sowohl was die einzelnen Waffenarten und ihre Gesamtheit als auch was ihre Qualität, die zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte, ihren Ausbildungsstand, ihre Gefechtsbereitschaft usw. betrifft.

Es ist Tatsache (und wurde erst vor kurzem auch von den NATO-Staaten zugegeben), daß sich in Europa eine annähernde Parität der beiden wichtigsten militärpolitischen Staatengruppen herausgebildet hat. Wenn dem aber so ist, können die in den letzten 1,5—2 Jahren gefaßten NATO-Beschlüsse über die Aufstockung ihrer Streitkräfte und Rüstungen kein anderes Ziel verfolgen, als dieses Gleichgewicht zu stören und dem NATO-Block die militärische Überlegenheit gegenüber den sozialistischen Ländern Europas zu geben. Diese Linie ist nicht nur in Europa, sondern auch in den anderen Regionen der Welt festzustellen. Die Handlungen der USA — Entwicklung und Stationierung neuer strategischer Kernwaffen, Aufstellung der Eingreiftruppe, Konzentrierung gewaltiger Angriffsverbände der Seestreitkräfte im Indischen Ozean (erstmalig in der Geschichte), merkliche Militarisierung der Karibik — haben die Erlangung der militärischen Überlegenheit zum Ziel.

Folgende Frage ist wichtig: Wenn das

Streben des Imperialismus nach der militärischen Überlegenheit im Bereich der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen objektiv Sinn hat — trifft das auch für das Streben nach einer Überlegenheit im Bereich der Kernwaffen zu? Deren Einsatz würde ja zur völligen Verheerung ganzer Länder und Kontinente, darunter — als Ergebnis des Antwortschlages — des Landes führen, das als erstes den Einsatz gewagt hätte. Da die Staaten also bei einem Kernkrieg einander nicht wiedergutzumachenden Schaden zufügen würden, bedeutet das nicht einen genügenden Grad der strategischen Stabilität? Heißt das nicht, daß der Drang nach nuklearer Überlegenheit objektiv sinnlos ist?

Diese Frage muß negativ beantwortet werden. Die harte Realität ist, daß die Entwicklung der Kernwaffensysteme und die dadurch bedingten Veränderungen in den strategischen Möglichkeiten eine Situation herbeiführen, in der das Streben nach nuklearer Überlegenheit sehr wohl Sinn hat, und zwar einen höchst gefährlichen. Ausgehend gerade von der Entwicklung der Kernwaffensysteme erarbeiteten die führenden USA-Kreise seinerzeit die Doktrin des nuklearen Erstschlages (first strike). In ihrer Keimform wurde sie 1961 vom damaligen Verteidigungsminister McNamara vorgeschlagen: Die USA-Kernwaffen waren so zu entwickeln, daß mit ihnen Schläge nicht nur gegen die Städte und Lebenszentren, sondern auch gegen die Kernwaffensysteme der anderen Seite geführt werden könnten. Im weiteren wurde diese Konzeption konkretisiert, und gegenwärtig nimmt die first-strike-Doktrin einen bedeutenden Raum in der strategischen USA-Planung ein.

Hier das Wesen der Doktrin: Falls der Angreifer Kernwaffensysteme entwickelt, die die Kernwaffensysteme der anderen Seite zerstören, niederhalten und vernichten könnten, wäre die Chance gegeben, gleich mit dem ersten Schlag die andere Seite zu entwarnen und ihr den Antwortschlag unmöglich zu machen. Dazu müssen die strategischen Kernwaffen des Angreifers eine hinreichende Schlagkraft, eine hohe Zielgenauigkeit besitzen und in entsprechenden Mengen stationiert sein.

Das strategische Denken der UdSSR lehnt die Erstschlagsdoktrin ab. Schon 1977 nannte Leonid Breschnew die Behauptungen, die Sowjetunion strebe die nukleare Überlegenheit an, um den „ersten Schlag“ zu führen, „unsinnig und völlig unbegründet“. Er betonte: „Haben doch unsere Anstrengungen gerade zum Ziel, es weder zum ersten noch zum zweiten Schlag kommen zu lassen, überhaupt zu keinem Kernwaffenkrieg.“ In seinen späteren Äußerungen ging Leonid Breschnew wiederholt auf den Gedanken zurück, daß die UdSSR nicht auf eine militärische Überlegenheit über den Westen bedacht ist, sie nicht anstrebt und auch nicht braucht. In ihrer

Warschauer Deklaration erklären nun die sozialistischen Länder: „... die Absicht, eine nukleare Erstschlagskapazität zu schaffen, haben sie nicht, hatten sie nicht und werden sie nicht haben“.

Der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern ist also die Erstschlagsdoktrin grundsätzlich fremd. Zweifellos würde jedoch der Imperialismus, wenn er eine nukleare Überlegenheit über den Sozialismus erlangen könnte, sich versucht fühlen, eine solche Überlegenheit politisch, vielleicht aber auch militärisch zu realisieren. Eben dazu rufen die reaktionärsten, militaristischen USA-Kreise auf.

So dürfte klar sein: Wenn die europäischen und die anderen Völker in Frieden leben wollen, müssen alle Staaten entschieden, ehrlich, offen und endgültig alle Versuche aufgeben, eine nukleare Überlegenheit — wie übrigens auch die Überlegenheit in den Streitkräften und konventionellen Rüstungen — zu erlangen. Sehr wichtig wäre, wenn die USA den Kurs auf Ratifizierung und Inkrafttreten von SALT II wiederaufnehmen und wenn später über eine weitere Begrenzung und Reduzierung der strategischen Rüstungen verhandelt werden könnte. Nicht minder wichtig ist, die Aufhebung des NATO-Beschlusses über die Produktion und die Stationierung neuer USA-Raketenkernwaffen in Westeuropa durchzusetzen oder zumindest seine Verwirklichung zu stoppen. Dann wären ernste Verhandlungen auch über diese Frage möglich und würden sich Aussichten auf die Einstellung des nuklearen Wettrennens in Europa bieten.

* * *

Selbst eine kurze Analyse der vorrangigen Komponenten der militärischen Entspannung, wie sie in der Warschauer Deklaration dargelegt sind, zeigt: Zwar bedeutet keine davon weitgehende Abrüstungsmaßnahmen oder einen radikalen Abbau der Streitkräfte und Rüstungen, aber ihre Verwirklichung würde in Europa eine völlig neue, weit stabilere und ruhigere militärpolitische Situation schaffen. Das wäre ein bedeutender Schritt vorwärts bei der Festigung des europäischen Friedens und gäbe reale Voraussetzungen dafür, auf dem Kontinent bedeutende Abrüstungsmaßnahmen zu vereinbaren und durchzuführen.

Die sozialistischen Staaten, die anderen friedliebenden Länder und gesellschaftlichen Kräfte führen einen umfassenden, beharrlichen Kampf für die militärische Entspannung in Europa. Seine nächste Etappe ist die Einberufung einer Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa.

Das ist ein schwieriger Kampf, und mit einem raschen Erfolg darf man nicht rechnen. Aber bei all der Veränderlichkeit der Weltlage und all den Komplikationen der letzten Zeit hat dieser Kampf Erfolgsaussichten.

NZ

KOMMENTAR

ÄTHIOPIEN:

PARTEI IM AUFBAU

In Addis Abeba schloß am 19. Juni der 1. Kongreß der Kommission zur Organisierung der Partei der Werktätigen Äthiopiens (COPWE). Die 1500 Delegierten vertraten alle 14 Provinzen des Landes. Dem Kongreß ging große organisatorische Arbeit bei der Aufstellung regionaler Abteilungen und von Grundorganisationen der COPWE voraus. Auf dem Kongreß wurden das Zentralkomitee und andere führende Organe gewählt. Bis zur Gründung der Partei der Werktätigen wird die COPWE laut Kongreßbeschuß den Kampf der Massen für den Aufbau der neuen Gesellschaft leiten.

In den 6 Jahren seit der Revolution wurden in Äthiopien einschneidende sozialökonomische Umgestaltungen vorgenommen. Der Feudalismus wird an der Wurzel gekappt, dem Volk, das die Macht ausübt, bietet sich die lichte Perspektive der Vorwärtsbewegung auf dem Wege sozialistischer Orientierung. Dazu benötigen die werktätigen Massen aber die Leitung seitens einer Avantgarde, die die gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze kennt. Wie die Erfahrungen auch schon mehrerer Entwicklungsländer zeigen, kann eine solche Avantgarde nur eine Partei sein, die sich vom Marxismus-Leninismus leiten läßt.

Nach Ansicht der äthiopischen Führer, darunter des Vorsitzenden des Provisorischen Militärverwaltungsrates (PMAC) Mengistu Haile Mariam, reifen im Lande die Bedingungen für die Gründung einer solchen Partei heran, das wird ein Gebot der fortschreitenden Revolution. Unter der Führung einer Partei, die auf das engste mit den Volksmassen verbunden ist, können die Erbauer der neuen Gesellschaft die Schwierigkeiten, die ihnen im Wege stehen, überwinden.

Solche Schwierigkeiten sind zahlreich, und die PMAC-Führung warnt das Volk davor, sie zu unterschätzen. Noch immer bedrohen der Imperialismus, die innere Reaktion, die ihre Agenten in die COPWE einzuschleusen versucht, und diverse Pseudorevolutionäre die Errungenschaften der Revolution.

Der erfolgreiche Abschluß des 1. COPWE-Kongresses wird die revolutionären Kräfte zweifellos konsolidieren. Laut Meldungen aus Äthiopien empfinden die werktätigen Massen große Freude und Genugtuung über die Kongreßbeschlüsse, weil sie darin ein Unterpfand für den Sieg der revolutionären Ideale sehen.

J. BOTSCHKARJOW

ASPEKTE DER ZUSAMMENARBEIT

Alljährlich tritt der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, das oberste Organ der ersten und größten internationalen Organisation der sozialistischen Staaten, zu seiner Tagung zusammen. Wie jede Tagung hatte auch die XXXIV. Tagung in Prag ihre spezifischen Aufgaben. Sie fand in einer für die sozialistische Gemeinschaft verantwortungreichen Zeit statt. In einigen RGW-Ländern (Rumänien, Polen, Ungarn) wurden vor kurzem die Kongresse der kommunistischen und Arbeiterparteien abgehalten, in den übrigen Ländern, auch in der UdSSR, beginnt die Vorbereitung auf die nächsten Parteitage. Die Erfüllung der Fünfjahrpläne zur Entwicklung der Volkswirtschaft und die Vorbereitung neuer Fünfjahrpläne auf koordinierter Grundlage wird abgeschlossen. Deshalb war die Hauptfrage der XXXIV. Tagung die Entwicklung differenzierter Formen von Spezialisierung und Kooperation der Produktion zwischen den Bruderländern in den 80er Jahren.

Der RGW hat keine übernationalen Funktionen, er beabsichtigt auch nicht, sich solche anzumaßen und souveränen Staaten Formen der Zusammenarbeit oder Richtungen der inneren wirtschaftlichen Entwicklung vorzuschreiben. Aber die demokratischen und gleichberechtigten Beziehungen der Teilnehmer an der sozialistischen ökonomischen Integration setzen voraus, daß die gemeinsamen Probleme offen erörtert und daß Maßnahmen vereinbart werden. Der konstruktive Charakter der Integration der RGW-Länder und ihre Übereinstimmung mit den nationalen und gemeinsamen Interessen werden nicht nur vom Statut des Rates garantiert, sondern vor allem durch die sozialistische Gesellschaftsordnung in den Bruderländern und durch den proletarischen, sozialistischen Internationalismus, der ihren Beziehungen zugrunde liegt. Eine Bekräftigung dieses Prinzips lieferten die Beschlüsse der gegenwärtigen Tagung.

Ihre Teilnehmer analysierten objektiv und tiefgründig, wie es den Leninisten eigen ist, die Situation in der sozialistischen Weltwirtschaft, stellten die Erfolge fest, verwiesen auf noch unge löste Aufgaben und gaben neue Impulse für die weitere Vertiefung der Zusammenarbeit.

Der gegenwärtige Fünfjahrzyklus in der volkswirtschaftlichen Entwicklung der Bruderländer (er geht in diesem Jahr zu Ende) zeichnet sich wie immer durch den sicheren Vormarsch der sozialistischen Planwirtschaft aus. Das Nationaleinkommen (zusammenfassende

Kennziffer der sozialökonomischen Entwicklung) stieg in den ersten 4 Jahren des laufenden Planjahrfünfts um 19%, die Industrieproduktion um 23% und der jahresdurchschnittliche Ausstoß an Agrarerzeugnissen um 9% gegenüber dem vorausgegangenen Planjahrfünft.

Im Vergleich mit der Weltwirtschaft sehen diese Kennziffern überzeugend aus und demonstrieren erneut die grundlegenden Vorzüge des sozialistischen Wirtschaftssystems, das gegen Krisenerschütterungen, die für die gegenwärtige Wirtschaft des Westens so charakteristisch sind, gefeit ist.

Aber die Volkswirtschaft der RGW-Länder hat bestimmte Wachstumsschwierigkeiten, die in den objektiven Entwicklungswidersprüchen der modernen Produktivkräfte wurzeln. Wir meinen z. B. den Widerspruch zwischen dem rasch wachsenden Bedarf an Treib- und Rohstoffen und den begrenzten Möglichkeiten, diese Nachfrage auf traditionelle Weise (durch extensive Steigerung der Produktion mineralischer Treibstoffe, vor allem des Erdöls) zu decken.

Insgesamt war diese Situation für die RGW-Länder keine Überraschung. Noch Mitte der 70er Jahre trafen sie konkrete Maßnahmen, um im RGW-Rahmen die Folgen der weltweiten Energiekrise zu mildern. Es wurde u. a. ein günstiges Preisbildungssystem bei Erdöl eingeführt, das auch heute gilt. Nirgends in der Welt gibt es günstigere Bedingungen für einen garantierten Ölimport als auf dem Markt der RGW-Länder. Bei der Abfassung langfristiger Zielprogramme werden kollektiv Varianten der Zusammenarbeit formuliert, die mit der Stabilisierung des Ölverbrauchs bei gleichzeitiger Erhöhung des Ölverarbeitungsgrades, mit der Erweiterung der Kohleförderung auf neuer technischer Grundlage, mit der Atomenergie usw. verbunden sind.

Zur Selbstversorgung mit Energieträgern und Rohstoffen wurde im RGW schon sehr viel getan. Dieses Problem erfordert aber immer neue gemeinsame Maßnahmen. Deshalb bildet dieses wichtige, globale Problem den Schwerpunkt auch in der Zusammenarbeit zwischen den RGW-Ländern.

Der Akzent liegt auf sparsamer Nutzung der Primärquellen. Unter den heutigen Bedingungen erfordert die Senkung von Energie- und Rohstoffaufwand je Einheit der Endproduktion in der Regel geringere Investitionen und laufende Ausgaben als die Vergrößerung der Förderung primärer Rohstoffe und Energieträger. Der Effekt der Ein-

spaarung materieller Ressourcen nimmt auch infolge des weit größeren Verbrauchs zu. Gegenwärtig beträgt 1 Prozent der Einsparung der Energieressourcen im RGW insgesamt ca. 24 Mio t Einheitskohle, über 2 Mio t Stahl usw. Deshalb kritisieren die Teilnehmer der Tagung in Prag die Tendenz, immer neue Rohstoff- und Energieressourcen in den Umlauf einzubeziehen. Der sowjetische Delegationsleiter Alexej Kossygin sagte auf der Tagung: „Die jetzige sowie die in den 80er Jahren zu erwartende Situation erfordert eine allseitige Intensivierung. Es ist notwendig, die Produktion bei Reduzierung der Fonds-, Material- und Energieintensität der Erzeugnisse zu erhöhen. Nur auf diesem Wege können die wichtigsten ökonomischen und sozialen Aufgaben leichter gelöst werden.“

Alle Teilnehmer der Integration im RGW-Rahmen wissen, daß eine solche Umstellung nicht leicht und nicht rasch sein und die höchste Mobilisierung der Ressourcen der einzelnen Länder sowie der ganzen Gemeinschaft erfordert wird. Deshalb behandelten die Tagungsteilnehmer besonders ausführlich die Vertiefung von Spezialisierung und Kooperation im Maschinenbau. Es ist nur natürlich, daß der Weg zur Lösung des Energie- und Rohstoffproblems über gemeinsame Bemühungen um die Entwicklung und Produktion von Maschinen führt. Heute können alle Volkswirtschaftszweige nur auf der Grundlage der Maschinenteknik fortschreiten. Deshalb erfordert es die Aufgabe, Energie und Materialien einzusparen, die Entwicklung qualitativ neuer Maschinensysteme (Kernenergie-, Bergbau- und Bohrausrüstungen zur wirksamen Ausbeutung „armer“ Vorkommen, Maschinen für tiefe Erdölverarbeitung usw.). Aber der Fortschritt des Maschinenbaus erfordert eine entsprechende qualitative Veränderung in Hüttenwesen, Chemie und Radioelektronik. Am wirksamsten läßt sich dieser Komplex durch eine enge Zusammenarbeit in der Produktion entwickeln. Mit Genugtuung konstatierte die Tagung, daß im RGW über 120 multi- und über 660 bilaterale Abkommen über Spezialisierung und Kooperation der Produktion laufen. Der Anteil des Exports spezieller Maschinenbauerzeugnisse an den gegenseitigen Lieferungen steigt etwa doppelt so rasch wie der allgemeine Export von Maschinen und Ausrüstungen.

Da die Aufgaben kompliziert sind, merkte die Tagung Maßnahmen vor, um die Produktionskooperation auf ein höheres Niveau zu heben und mit der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, deren Beitrag zur Integration der RGW-Länder vergrößert wird, zu verbinden.

Die Materialien für den Tagungsbericht und die Diskussionsbeiträge be stätigten das Vorhandensein kolossaler

Reserven für die allen Bruderländern nützliche Kooperation volkswirtschaftlicher Komplexe und die Bereitschaft, sich in den 80er Jahren gemeinsam um die Lösung der schwierigen Probleme der Wirtschaftsentwicklung zu bemühen. In seiner Rede bei einem Empfang anlässlich der XXXIV. RGW-Tagung brachte Gustáv Husák die allgemeine Überzeugung zum Ausdruck, daß die Geschlossenheit und wirksame Zusammenarbeit der RGW-Länder es ihnen erlauben wird, den Anforderungen der 80er Jahre besser zu entsprechen und schneller voranzukommen.

Die RGW-Organisation ist vorläufig das einzige Beispiel für eine gleichberechtigte Gemeinschaft industrieller und wirtschaftlich weniger entwickelter Staaten. Das heutzutage akute Problem der Unterentwicklung wird im RGW erfolgreich gelöst. Zu Lebzeiten einer einzigen Generation sind die früher vorwiegend agrarischen Länder Bulgarien, Polen, Rumänien und Ungarn industriell entwickelte Staaten geworden. Heute werden die Mongolei und Kuba zügig industrialisiert. Vietnam, das die Folgen der überaus schweren Kriege behebt, gewinnt an Stärke. In Prag demonstrierten die europäischen RGW-Länder erneut ihr Streben, ihren weniger entwickelten nichteuropäischen Partnern zu helfen.

Es wurde ferner festgestellt, daß die RGW-Länder 90 Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Beistand leisten. Im vorigen Jahr schlossen sie über 100 langfristige Abkommen über die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit mit 39 Entwicklungsstaaten. Anders kann es gar nicht sein, weil die Interessen der sozialistischen Länder und der Entwicklungsstaaten im Kampf für Frieden und Fortschritt übereinstimmen.

Die RGW-Länder lehnen eine Zusammenarbeit mit kapitalistischen Industrieländern, falls sie allen Partnern Nutzen bringt, keineswegs ab. Sollte die USA-Regierung erneut, wie in den 40er bis 50er Jahren, zur wirtschaftlichen Diskriminierung greifen, so wird das den Geschäftskreisen und natürlich den Werktätigen der USA schaden. Die imperialistischen Kräfte sind schon lange nicht mehr imstande, den Vormarsch der sozialistischen Wirtschaft zu stören. Die Ergebnisse der XXXIV. Tagung werden somit eine weitere ernüchternde Mahnung an diejenigen sein, die die sozialistische Gemeinschaft unter Druck setzen möchten.

Das politische Ergebnis der Wirtschaftskonferenz in Prag reicht natürlich über diesen Fragenkreis hinaus. Die Tagung war ein neuer Beitrag zur Schaffung der Voraussetzungen für einen weiteren sozialökonomischen Fortschritt der Brudervölker, zur Entwicklung der Integration der RGW-Länder.

B. LADYGIN

MISSERFOLG DER OPPOSITION

Am 22. Juni fanden in Japan allgemeine Wahlen statt. Erstmals in der Geschichte des Landes wurden gleichzeitig Abgeordnete für beide Kammern des Parlaments gewählt. Das im Mai aufgelöste Unterhaus, um dessen 511 Sitze sich 835 Kandidaten bewarben, stand vollständig zur Neuwahl, und die Hälfte des Oberhauses, wo es 285 Bewerber um 126 Sitze gab, wurde gewählt.

Noch nie in der Nachkriegszeit war es so fraglich gewesen, ob sich die Liberal-Demokratische Partei (LDP), die jetzt bereits ein Vierteljahrhundert allein die Regierung bildet, an der Macht würde halten können. Symptome möglicher Veränderungen waren bereits im Herbst v. J. deutlich geworden, als die LDP bei den Unterhauswahlen vom Oktober fast durchgefallen wäre. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der volksfeindlichen Regierungspolitik, mit ihrer Unfähigkeit, die sozialen und wirtschaftlichen Probleme zu lösen, wurde noch größer durch die Empörung über die Korruption und Käuflichkeit der konservativen Politikaster.

In dieser Lage beschloß die LDP-Führung, das Unterhaus aufzulösen und Neuwahlen anzusetzen, und zwar am gleichen Tag wie die Oberhauswahlen. Sie entschloß sich für diesen extremen Schritt, um die für die Liberaldemokraten ungünstige Entwicklung der Dinge zu bremsen und nach Möglichkeit rückgängig zu machen. Die Strategen der Konservativen rechneten damit, die Opposition werde nur schwer zwei Wahlkämpfe gleichzeitig führen können. Sie selbst bauten auf die großzügige Hilfe der Monopole und auf die Unterstützung eines mächtigen Propagandaapparats. Und die Rechnung ging auf.

Die Regierungspartei hielt nicht nur ihre Mandate im Unterhaus, sondern konnte sogar neue hinzugewinnen — jetzt hat sie 284 von 511 Sitzen. Die Konservativen haben auch im Oberhaus ihre Positionen ausgebaut. Die Sozialistische Partei Japans (SPJ) hielt ihre Stellungen, die anderen Oppositionsparteien aber, einschließlich der Kommunisten, mußten viele Mandate abgeben.

Die Wahlen bestätigten, daß das Monopolkapital nach wie vor auf die LDP setzt. Die Geldsacke machten von einem erprobten Mittel Gebrauch. Die Liberaldemokraten erhielten wieder einmal riesige Spenden. Während die Geschäftswelt der LDP

gewöhnlich 10 Md. Yen für den Wahlkampf zur Verfügung stellt, waren diesmal, wie die „Sankei Shimbun“ konstatierte, die Spenden erheblich größer.

Ein riesiger Propagandaapparat wurde in den Dienst der Regierungspartei gestellt. Die Massenmedien suchten den Spießbürger mit der „kommunistischen Gefahr“ bei einem Mißerfolg der LDP einzuschüchtern. Die Führung der Konservativen suchte selbst aus dem plötzlichen Tod von Ex-Ministerpräsident Ohira Kapital zu schlagen, indem sie in ihrer Presse den Slogan propagierten ließ: „Der Wahlsieg soll der Dank an den Vorsitzenden (Ohira) sein.“

Die Wahlen zeigten, daß die Opposition zersplittert und nicht bereit war, gegen die Regierungspartei tatkräftig vorzugehen. Die Appelle der Kommunisten nach Aktionseinheit blieben unbeantwortet. Überdies führten einzelne Oppositionsparteien und deren Führer den Wahlkampf gegen die Kommunisten mit größerem Eifer als gegen die LDP. Ergebnis blieb der überstürzte Versuch, einen rechtszentristischen Block aus der Partei des demokratischen Sozialismus, der buddhistischen Komeito-Partei und der SPJ zusammenzuzimmern. Seine Initiatoren hatten den Wählern kein attraktives Programm zu bieten. Auch in taktischen Fragen waren die Oppositionsparteien nicht einig. So wurde nur in vier Wahlkreisen eine Zusammenarbeit zwischen SPJ und Komeito-Partei vereinbart. Die bürgerliche Presse griff gern jegliche Meldungen über Differenzen in den Reihen der Opposition auf und bauchte diese auf, wobei sie den Wählern zu suggerieren suchte, die Opposition sei „nicht reif“ für die Regierungsgeschäfte, könne „Japan nicht effektiv regieren“. All das spielte der Regierungspartei in die Hand und beeinflusste letztlich die Wahlen.

Das Parlament in seiner neuen Zusammensetzung soll auf seiner ersten Tagung Mitte Juli den Regierungschef wählen. Einstweilen haben namhafte Politiker der LDP — Nakasone, Ex-Leiter des nationalen Verteidigungsamtes, Komoto, ehemaliger Außenhandels- und Industrieminister, und Exaußenminister Miyazawa — Ansprüche angemeldet, doch vielleicht werden noch andere Kandidaten auftauchen. Offenbar steht in der LDP traditionsgemäß ein erbitterter Machtkampf bevor.

N. LOSSINSKI

NACH DER KONFERENZ IN VENEDIG

Wladlen KUSNEZOW

Auf ihrer 6. Beratung, diesmal in Venedig, hatten die Staats- und Regierungschefs der USA, der BRD, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Kanadas und Japans keine besonderen Fortschritte vorzuweisen. Die Wirtschaftskrise, die 1973 einsetzte, hält sie nach wie vor in ihrem Griff. Die Führer dieser wichtigsten kapitalistischen Staaten hatten bei ihren früheren Treffen fast alle Antikrisen-Mittel und die ganze Prophylaxe durchprobiert, doch konnten sie den Griff nicht einmal lockern.

Nach Meinung des Sprachrohrs der britischen Geschäftskreise „Financial Times“ hatte der USA-Präsident, „die Bürde der amerikanischen Wirtschaftsprobleme nach Europa mitgenommen“. Diese Bürde versuchen die USA nicht nur auf die amerikanischen Werktätigen, sondern auch auf die anderen kapitalistischen Länder abzuwälzen.

Was brachte nun der Führer der größten kapitalistischen Macht nach

Venedig? Eine beispiellose Arbeitslosigkeit: Allein im April und Mai stieg sie in den USA um 1,7 Millionen und auf 8,5 Millionen Personen; einen tiefen Rückgang der Geschäftsaktivität, der die Gefahr einer allgemeinen Rezession real macht; eine hemmungslose Inflation; einen vom USA-Kongreß abgelehnten Gesetzentwurf über höhere Besteuerung des importierten Erdöls, einen Entwurf, mit dessen Hilfe Washington seine Bündnispartner beruhigen wollte, die seit langem fordern, daß die USA ihren Ölverbrauch einschränken. Eine Beunruhigung kam nicht zustande, zumal die USA-Regierung kurz vor der Beratung in Venedig die Anlegung strategischer Ölvorräte im Lande beschlossen hatte.

Erdöl und energetische Probleme sind überhaupt der wunde Punkt bei den Beratungen der Sieben. Keine einzige geht ohne heftige Auseinandersetzungen wegen dieser Probleme ab. Venedig bildete keine Aus-

nahme. Zur Situation in der Ölversorgung und zur eigennützigen USA-Position sagte der schwedische Außenminister Ullsten: „Wenn die USA, in den nächsten Jahren anstatt 60 Milliarden Dollar für neue Raketenysteme bereitzustellen, diese Mittel zur Verminderung des Ölimports verwenden würden, so wäre das viel günstiger für den Weltfrieden und die eigene Sicherheit der USA.“

Aber Washington denkt nicht daran, seine Spekulationen auf die höhere Abhängigkeit Westeuropas und Japans vom Erdöl aus dem Nahen Osten oder seine Versuche aufzugeben, sie zur Erhöhung der Militärausgaben zu zwingen. Auf diese Weise hofft Washington, seine wichtigsten wirtschaftlichen Konkurrenten zu schwächen.

Washington legte die Ratifizierung von SALT II zur Seite, bremst die Wiener Verhandlungen, hat die Erörterung anderer Aspekte der Rüstungsbegrenzung unterbrochen und Kurs auf eine präzedenzlose materielle Kriegsvorbereitung genommen. Er wird auch den NATO-Partnern aufgezwungen. Doch wo Militarisation ist, ist auch Inflation. Wer die Rettung in der Rüstungsproduktion sucht, wird sie nicht finden. Selbst das reiche Amerika kann es sich nicht leisten, daß die militaristischen Präntentionen höher sind als die wirt-

ALGERIEN

ZEIT DER REIFE

Fast 4000 Delegierte — Vertreter der Arbeiter, Bauern, Staatsangestellten, der Gewerkschaften, der Jugend- und anderer Massenorganisationen sowie der Armee — waren zum außerordentlichen Parteitag der Nationalen Befreiungsfront (FLN) gekommen, der vom 15. bis 19. Juni in Algier stattfand. Sie erörterten die wichtigsten Wirtschaftsprobleme und Fragen des Parteiaufbaus.

Wie der FLN-Generalsekretär Chadli Bendjedid, Präsident der Demokratischen Volksrepublik Algerien sagte, seien im Entwurf der Direktive für den Fünfjahrplan der sozialökonomischen Entwicklung der Republik 1980—1984, der den Delegierten vorgelegt wurde, die zurückliegenden fünf Jahre kritisch ausgewertet worden. Der neue Plan ermöglichte es, ein Programm der wirtschaftlichen und sozialkulturellen Entwicklung auszuarbeiten, die jetzt im Vordergrund stehe. Durch die Lösung der sozialen Aufgaben sollen die Be-

dürfnisse der Werktätigen befriedigt und der Vormarsch der algerischen Gesellschaft auf dem von der Nationalcharta vorgemerkten sozialistischen Weg gefördert werden.

Das war das Leitmotiv des Parteitag, der unter dem Motto „Für ein besseres Leben“ verlief. Die Delegierten sprachen vor allem über eine weitere Vertiefung der progressiven Umgestaltungen im Lande, über die Behebung von Mängeln und Mißverhältnissen in der Wirtschaft, die Verankerung des sozialistischen Kurses des Landes sowie über die Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes.

Viele Delegierte betonten die Notwendigkeit, der Übermacht multinationaler Konzerne ein Ende zu setzen und die Verbindungen zur sozialistischen Gemeinschaft zu festigen. Ein Vertreter des Algerischen Jugendverbandes sagte auf dem Parteitag, der Ausbau der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen



zu den sozialistischen Ländern entsprechen den Aufgaben des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts, während der Imperialismus, wie das letzte Jahrzehnt zeigte, das algerische Volk von seine Bekenntnis zur sozialistischen Orientierung abbringen wolle.

In der allgemeinpolitischen Resolution wird die Politik der imperialistischen Mächte scharf kritisiert. Es heißt darin: Die Einmischung in die interne Angelegenheiten, die Versuche, die Lage zu destabilisieren, die wirtschaftliche Erpressung zeugen davon, daß der Imperialismus den Entwicklungsländern gegenüber eine Politik der Unter-

schaftlichen Möglichkeiten. So schreibt die „Christian Science Monitor“ warnend: „Amerika macht erste Wirtschaftsschwierigkeiten durch und ist kaum noch fähig, die heutigen Verteidigungsausgaben zu tragen, und falls diese Ausgaben wesentlich erhöht werden, droht ihm eine Katastrophe.“

Gewiß geben die Teilnehmer an den jährlichen Gipfeln äußerst ungern zu, daß der Wirkungsgrad ihrer Arbeit bescheiden ist und daß zwischen ihnen kaum zu überbrückende Widersprüche bestehen.

Vor seiner Abreise nach Venedig charakterisierte der USA-Präsident in einem Interview für die italienische Presse die NATO wie folgt: „Heute ist das Bündnis meines Erachtens stärker als seit Jahren, möglicherweise stärker als bei seiner Gründung.“ Die Streitigkeiten in der NATO bezeichnete Carter lieber als „offene Erörterung von Problemen“, die nur „den Eindruck von Differenzen“ erwecke. Die italienischen Korrespondenten müssen ganz schön gestaunt haben.

Es fiel denn auch die Frage: „Nur den Eindruck, Herr Präsident?“ Antwort: „Im Ernst, einfach den Eindruck.“

Die Bündnispartner sind so gefügig und nett, ihren Seniorpartner, der sich die Wahrung der atlanti-

schen Solidarität zur Pflicht gemacht hat, nicht zu belästigen. Er ist ja so empfindsam und kann nicht ruhig bleiben, wenn ihm widersprochen wird. Er kocht, denn mal muß er Paris Vorhaltungen wegen des französisch-sowjetischen Gipfels in Warschau machen, bald einen Brief nach Bonn schreiben, um vor „Eigenwilligkeit“ bei den Moskauer Verhandlungen zu warnen, oder schließlich die EG-Länder zurechtweisen, die so frei waren, ihre Meinung über die Nahostregelung zu äußern. All das sind nur Bagatellen, nur „der Eindruck von Differenzen“.

Auch in Venedig mußten nicht nur Wirtschaftsprobleme erörtert, sondern auch die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen geklärt werden. Kennzeichnend für Venedig war, daß dieses Treffen zu einem Zeitpunkt stattfand, da sich die Differenzen in der westlichen Allianz beiseite geschoben und verschärft haben, während die führende Rolle Washingtons immer offener und lauter in Zweifel gezogen wird. Man nehme eine beliebige amerikanische oder westeuropäische Zeitung. „New York Times“: „In letzter Zeit haben die USA eine ganz andere Meinung als ihre Bündnispartner zu einer Reihe von Problemen, angefangen mit der Reaktion auf Afghanistan bis zur Verhandlungsstrategie

im Nahen Osten.“ „Guardian“ (London): „Die amerikanische Führung in der nichtkommunistischen Welt steht heute in Frage wie noch nie seit 30 Jahren.“

Laut „New York Daily News“ meinen die meisten Bündnispartner, Carter habe auf die Ereignisse in Afghanistan zu scharf reagiert und mit seinem Aufruf zu Handelsanktionen und zum Boykott der Olympiade in Moskau der Entspannung Schaden zugefügt.

Im Grunde ist keine einzige Stellungnahme Washingtons zu den kardinalen internationalen Fragen für seine Bündnispartner unumstritten. Bestritten wird auch sein Anspruch darauf, im Namen der ganzen westlichen Welt zu sprechen, ganz allein darüber zu entscheiden, „was man mit Iran macht“ (J. Carter), aber auch mit Afghanistan, dem Nahen Osten usw. Wie soll man mit der Entspannung, mit den Ost-West-Beziehungen verfahren? Mit Recht bemerkte der ehemalige britische Außenminister Owen: „Die USA gehen ihrer Führungsrolle verlustig, wie dies einst mit Großbritannien geschah. Es fällt ihnen recht schwer, sich in die neue Rolle einzufinden.“ Im Weißen Haus betrachtete man die Gipfeltreffen mit den Bündnispartnern stets als eine Gelegenheit, Kasernenzucht einzuführen. In der einen oder anderen Frage, z. B. in punkto „afghanisches Problem“ in Venedig, kann sich Washington durchsetzen, aber die widerspenstigen Partnern auf ihren Platz zu verweisen, vermochte Washington nicht mehr. Ebenso wenig konnte das Weiße Haus ihnen einreden, in seinen neuen harten Kurs auf Konfrontation mit der UdSSR einzuwilligen. Das ist mit das wichtigste Ergebnis der Beratung, wenn es auch nicht im Kommuniqué fixiert ist (darin werden im Grunde die wirtschaftlichen Empfehlungen der Konferenzen aus den letzten 5 Jahren wiederholt).

In Venedig wurde viel davon geredet, wie wichtig die Politik der Stabilisierung für den Westen sei. Aber eine wahre wirtschaftliche Stabilität läßt sich nur bei internationaler politischer Stabilität, unter den Bedingungen der Sicherheit erreichen. Ebenso klar ist, daß globale Wirtschaftsprobleme, die auch auf der Tagesordnung in Venedig standen, nur unter den Verhältnissen der Entspannung, bei einer breiten internationalen Zusammenarbeit gelöst werden können. Wer die politische Stabilität in der Welt untergräbt, wer sich an der Entspannung vergreift, der handelt gegen die internationale Gemeinschaft, die sich nach Frieden und Sicherheit, nach wirtschaftlicher und sozialer Beständigkeit sehnt.

drückung und des Raubbaus an ihren Naturreichtümern zu treiben sucht. Der Parteitag bekundete seine Unterstützung für die Völker, die im Kampf für nationale Unabhängigkeit, für das Recht auf Freiheit und sozialen Fortschritt stehen.

Auf dem Parteitag wurde die Direktive zum Fünfjahrplan gebilligt. Am Parteistatut wurden Veränderungen, betreffend den Organisationsaufbau und die Tätigkeit der Exekutivorgane, vorgenommen. In den Parteitagebeschlüssen heißt es, daß die FLN die Avantgardepartei des algerischen Volkes, die einzige Partei des Landes sei und sich das Ziel setze, in Algerien „im Rahmen des Islams und der nationalen Werte“ den Sozialismus aufzubauen.

Chadli Bendjedid sagte: „Wir haben noch einen langen Weg zu gehen, aber mit rationeller Organisation, Parteidisziplin, ständiger Bereitschaft und wachsendem Bewußtsein werden wir alle Hindernisse überwinden.“

Der Parteitag demonstrierte erneut die Reife der algerischen Revolution, die Entschlossenheit der FLN, auf dem

Wege der sozialistischen Entwicklung weiterzugehen. Algerien steht nicht allein da. Seine Freunde und Bündnispartner wissen seinen Beitrag zum Frieden und sozialen Fortschritt, seine Solidarität mit den arabischen, afrikanischen und anderen um ihre Freiheit und Unabhängigkeit ringenden Völkern zu schätzen.

In einem Grußschreiben des ZK der KPdSU an den FLN-Parteitag heißt es: „Die KPdSU bemüht sich ständig um den Ausbau der allseitigen freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Algerien, zwischen dem sowjetischen und dem algerischen Volk, um die Erweiterung der Kontakte zur Partei FLN.“

In dem Schreiben wünscht das ZK der KPdSU der FLN und dem Volk Algeriens neue Erfolge bei der Festigung der nationalen Unabhängigkeit und bei der fortschrittlichen sozialen Entwicklung.

A. KAPIKRAJAN
Eigenbericht

Algier, im Juni

...UND NATIONALHELD

Über einen Monat dauert in China die Kampagne der postumen Lobhudelei auf den Ex-Vorsitzenden der VR China, Liu Shaoqi, an. Er war in der „Kulturrevolution“ Repressalien ausgesetzt gewesen und starb vor fast 11 Jahren im Gefängnis. Der offiziellen Version zufolge erklärt sich die Tragödie Liu Shaoqis keineswegs durch das Streben Mao Zedongs, seine politischen Rivalen zu beseitigen, sondern nur durch eine „fehlerhafte Einschätzung“ der Lage im Lande und in der Partei. Warum nun wurde die Rehabilitierung von jemandem nötig, der viele Jahre lang nicht anders denn als „Verräter, Provokateur und Streikbrecher“ tituliert wurde? Offenbar wollen Politiker, die in der Vergangenheit eng mit Liu Shaoqi liiert, dafür Repressalien ausgesetzt waren und die jetzt führende Positionen einnehmen, fragwürdige Punkte in ihrer Biographie loswerden und mit ihm ihre eigenen Positionen festigen.

Die chinesische Presse bringt jetzt viele Erinnerungen an Liu Shaoqi — von hohen Partei- und Staatsfunktionären sowie Militärs. Dabei schwelgt man in Superlativen.

Unter jenen, die es jetzt so eilig haben, Krokodilstränen über Liu Shaoqis Tod zu vergießen, sind nicht wenige, die seinerzeit bei der Treibjagd auf ihn mitmachten. Und noch mehr Personen, die bis vor kurzem noch den „bürgerlichen Stab Liu Shaoqis“ attackierten. Hua Guofeng, Vorsitzender des ZK der KPCh, bezeichnete z. B. auf dem XI. Parteitag (1977) wiederholt Liu Shaoqi als „unverbesserlichen Anhänger des kapitalistischen Weges“; er rief dazu auf, „den Anhängern des kapitalistischen Weges à la Liu Shaoqi, die nichts bereut haben, einen gezielten Schlag beizubringen“. Ye

Jianying, ein Stellvertreter Hua Guofengs, begrüßte auf dem gleichen Parteitag die „Zerschlagung des bürgerlichen Stabes“ von Liu Shaoqi in der „Kulturrevolution“. In den Reden vieler anderer Parteitagsteilnehmer wurde wiederholt Mao Zedongs Anweisung zitiert, „Betrügern vom Schlag Liu Shaoqis entgegenzuwirken“.

Innerhalb wie außerhalb Chinas verstehen viele sehr wohl, warum Mao Zedong Liu Shaoqi so gehaßt hat. Der „große Steuermann“ sah in ihm nicht nur einen Rivalen im Machtkampf, sondern vor allem den angesehensten Vertreter der anti-

maoistischen Kräfte in Partei und Staat. Etwas anderes erstaunt: Die Bereitschaft, mit der Leute, die noch vor kurzem die „Betrüger vom Schlag Liu Shaoqis“ anprangerten, jetzt behaupten, Liu Shaoqi sei „ein großer Marxist, ein proletarischer Revolutionär“ und sogar ... ein „Propagandist der Ideen Mao Zedongs“ gewesen.

Kein Wunder — gestehen ja die Peking Führer selbst, wie z. B. besagter Hua Guofeng, in Minuten der Offenheit ein, daß „in unserer Partei ... Schönfärberei, prinzipienloses Laviere und politische Spekulationen ... Verbreitung gefunden haben“.

W. NIKITSKI

BEKANNTE HANDSCHRIFT

Watergate nahm seinen Anfang am 17. Juni 1972, als republikanische „Wasserleitungsarbeiter“ versuchten, Wanzen im Hauptquartier der Demokraten zu installieren. In den vergangenen acht Jahren hat sich vieles geändert. Von den letzten Ereignissen, die so oder anders mit Watergate in Verbindung gebracht werden, blieben drei nicht unbeachtet. Richard Nixon verfaßte ein Buch, in dem er warnte, der dritte Weltkrieg habe bereits begonnen und die Sowjetunion sei „kurz davor, die entscheidende Überlegenheit über den Westen zu erreichen“. Ein weiteres Buch wurde von Gordon Liddy geschrieben, einem der „Wasserleitungsarbeiter“. Es nennt sich „Wille“ und geht auf die Vorgänge vor acht Jahren ein. Und schließlich konnten die Amerikaner sich erstmals Tonbänder mit den Gesprächen Nixons, die er mit anderen Watergate-Figuren führte, anhören.

Das war im April und Mai. Im Juni geschah etwas anderes. Am 22. Juni teilte die Co-Vorsitzende des Nationalen Ausschusses der Republikanischen Partei, Mrs. Crisp, Journalisten mit, im Büro habe man „verdächtige Leitungen und Magnetfelder entdeckt“, die sich durch einen elektronischen Lauschangriff „erklären“ könnten. Die dubiosen Leitungen wurden später gefunden. Um die Öffentlichkeit erst einmal zu besänftigen, beschlossen die Republikaner eine eingehende Untersuchung. Zugleich begannen sie eine „elektronische Inspektion“ ihres Hauptquartiers.

Der Öffentlichkeit wurde zu verstehen gegeben, daß die US-Demokratie mit ihrem Zweiparteiensystem wohl wieder einmal gestolpert ist — offenbar erneut über die Strippe einer Abhöranlage.

W. IWANOW

MIT UND

Jetzt sondern sehen Mail! Schrei Brille „seite der Konturen Umgebung

Das W natürlich heimnis Vorbereit Kriegfüh jahr verl Harold K Kongreß Vorbereit Krieger ten zur

Bei sei örterte E minister gemeinscher W kommanderal B derzeitigt Nordatl bensnot

Die C testet w terson v die kan Stinktie rapide v fen verr



Das Pentagon modernisiert in aller Eile seinen Militärsstützpunkt auf Diego Garcia, der zum Ausgangspunkt für eine Aggression werden soll.

Zeichnung: W. Tschakiridis

MINUS MAL MINUS=„PLUS

Das Nachrichtenmagazin „Plus“ (Schweiz- BRD) brachte kürzlich einen Artikel über olympische Objekte in Moskau mit einem Foto des Hotels „Kosmos“. Der Autor des Beitrages, Martin Emch, äußert sich lobend über die neuen Objekte.

Doch ohne Minus ging es im „Plus“ nicht. Bei dem Foto findet sich folgender Begleittext:

„Das Luxushotel „Kos-

mos' n Betten nisch n Moskau erwart Tourist Hotels 27 000 Dem 9 das Be stattet. Emch führlich wo“ (10 lut“ (2 über „L

E ASKE

nt nur Katzen,
der Dunkelheit
us „Globe and
gt den letzten
Pentagon. Diese
auf die Innen-
die leuchtenden
nstände in der

ip der Brille ist
gehütetes Ge-
ie die Pentagon-
die chemische
in diesem Früh-
digungsminister
einmal, der US-
rogramm für die
„chemischen
neue Kapazitäts-
ktion“, billigen.
hen im Juni er-
n mit Premier-
t Thatcher die
klung chemi-
er NATO-Ober-
Europa, US-Ge-
rs, erklärte, die
n seien für die
meinschaft le-

en irgendwo ge-
da rät M. J. Pe-
ard-Universität,
mee sollte die
in Kanada ganz
en, mit Giftstof-



So würden also zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden. Erstens könnte man die Nachsichtbrille bei der Vernichtung der Stinktierre bei Nachtmanövern erproben, da sich die Skunks erst nach Sonnenuntergang regen. Zweitens würden so Methoden der chemischen Kriegsführung erarbeitet. All das werde es, wie der Oberkommandierende des Nordbezirks erklärte, ermöglichen, die Erdöl- und Erdgasvorkommen in Nordkanada besser zu schützen und die Kampfbereitschaft der eigenen Truppen zu verstärken.

Gegen wen schützen? Keineswegs gegen die US-Monopole, die rund um die Uhr die kanadische Wirtschaft ausbeuten, nein, natürlich gegen die „sowjetische Bedrohung“, die man in den USA und in Kanada zu jeder Tages- und Nachtzeit zu sehen meint.

G. VIKTOROW

hauptet, diese seien nicht nur für Sowjetbürger, sondern auch für Touristen aus sozialistischen Ländern verboten. Diese Hotelbauten wären „fast ausschließlich für die Unterbringung von Westtouristen gedacht.“

Ich zog Erkundigungen ein. „Salut“ hatte im zweiten Quartal 1980 (nach Angaben vom 11. Juni) 50 000 Touristen aufgenommen, darunter nur 99 Ausländer — drei Gruppen mit je 33 Touristen. In „Is-

mailowo“ sind bislang noch nicht alle Trakte in Betrieb, doch am 11. Juni hatte das Hotel über 1700 Betten, die alle von Sowjetbürgern belegt waren.

Und im „Kosmos“? Ich rufe Maria Sitkina an, Leiterin der Intourist-Informationsabteilung.

„Alle Hotels von Intourist nehmen, wenn freie Plätze vorhanden sind, Sowjetbürger auf“, sagte sie. „Und das „Kosmos“ ist da keine Ausnahme.“

Der Direktor des „Kos-

DIE GLEICHEN ALPTRÄUME

Den raffinierten Verfassern antisowjetischer Bestseller, die die japanischen Buchgeschäfte füllen, werden von Alpträumen geplagt. Beliebtes Thema ist dabei eine „Invasion der Russen auf die japanischen Inseln“. Doch nicht seltener leiden Leute, die militärische Befehle aller Genres der Literatur vorziehen, unter Alpträumen.

Daß die Leiter der Verteidigungsämter Japans und der USA der „Asahi“ zufolge Pläne für gemeinsame Operationen der Streitkräfte beider Länder ausarbeiten mit fiktiven Szenarios, wonach die Sowjetarmee Japan angreift, läßt sich nur durch Alpträume erklären.

In die Pläne des japanischen Verteidigungsamtes und des Pentagon wurden Kampfhandlungen gegen die UdSSR sowie gemeinsame Operationen bei „außerordentlichen Umständen“ auf der Halbinsel Korea einbezogen (um mit amerikanischen und japanischen Bajonetten das Marionettenregime in Seoul um

jeden Preis an der Macht zu halten).

Das japanische Verteidigungsamt erachtete es nicht für nötig, diese Pläne dem Kabinett vorzulegen und hielt sich so nicht an die übliche zivile Kontrolle über die Streitkräfte. Eine solche „Selbständigkeit“ — was die Generale schon seit langem wollen — kann diese auch zu entschiedenerem Auftreten veranlassen. Zudem verliert Japan durch seine Unterordnung unter die US-Globalstrategie die Unabhängigkeit seiner Außenpolitik. Eine solche unbegründete Politik der Feindseligkeit gegenüber der UdSSR führt dazu, daß die japanische Diplomatie scheitert, konstatiert die „Asahi“.

„Wohin geht die Reise?“ fragt die „Mainichi“, besorgt in einer Artikelreihe über den zunehmenden Militarismus in Japan, über die Zunahme des militanten Antisowjetismus, wodurch die Generalsambitionen angeheizt werden.

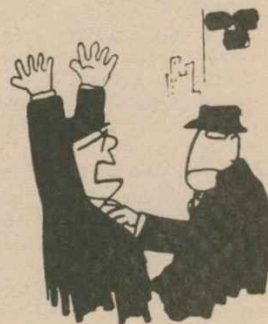
L. MLETSCHIN

BÜRGSCHAFT FÜR CHRYSLER

Ca. 1,5 Md. Dollar Steuergelder — das ist der Preis dafür, daß Chrysler, einer der drei größten Autokonzerne der USA, „gerettet“ wird.

Die Bundesbehörden gaben Chrysler eine Bürgschaft mit dem Hinweis darauf, sein Bankrott werde ein weiteres

starkes Ansteigen der Arbeitslosigkeit bewirken. Doch das erste, was die Chrysler-Bosse



„Sie verlieren nur Zeit. Ich arbeite bei Chrysler.“

Aus „Globe and Mail“ (Kanada)

nach Erhalt des Regierungskredits taten, war die Schließung einiger Montagewerke. Die Zahl der Beschäftigten bei Chrysler ist gegenüber 1979 um ein Drittel zurückgegangen.

P. ANDREJEW

Eine Wende möglich – aber wohin?

Dmitri WOLSKI

Wie in allen anderen Lebensbereichen, so schlagen auch in der Politik quantitative Veränderungen in einem bestimmten Augenblick unweigerlich in eine neue Qualität um. So ein Augenblick scheint im Nahen Osten nicht mehr fern zu sein.

Eine heiße Kartoffel

Die Okkupation arabischer Gebiete durch Israel vor 13 Jahren wächst sich zu immer heftigeren Konflikten aus. Inzwischen sind die dortigen Kinder aufgewachsen, aber keins konnte an die fremden Herren gewöhnt werden. Im Gegenteil, je länger die Unfreiheit dauert, desto stärker wird der Drang nach Freiheit. Die Terrorakte gegen die Bürgermeister zweier arabischer Städte haben am Westufer des Jordans fast zu einem allgemeinen Aufstand geführt.

Auch die aus ihrer Heimat vertriebenen Palästinenser wollen sich immer weniger mit ihrem Los abfinden. Es ist buchstäblich eine Tagesforderung, daß ihre nationalen Rechte garantiert werden sollen, darunter auch das Recht, einen eigenen Staat zu gründen. Es ist doch symbolisch, daß dieses Jahr Yasser Arafat, der Führer der PLO, Vorsitzender der Arabischen Liga werden soll.

Tel Aviv will das alles nicht wahr haben. Als Muskie, der neue US-Staatssekretär, am 9. Juni im Washingtoner Presseklub Israel anriet, in den besetzten Gebieten keine Wehrdörfer mehr zu bauen, versetzte Begin brüsk: „Den schlechten Rat hätte er sich schenken können.“

Washington erteilt aber nicht aus Lust und Laune derartige Ratschläge. Begins harte Politik läßt die ägyptisch-israelischen Verhandlungen über die sogenannte palästinensische Autonomie scheitern. Wie allgemein angenommen wird, kann Sadat nicht noch mehr nachgeben, wenn er sein Regime nicht irreparabel schädigen will. Dadurch gerät der ganze Prozeß von Camp David ins Wanken und wird folglich auch das Wichtigste, was die Beteiligten erreicht haben, in Frage gestellt: die Trennung Ägyptens von den arabischen Staaten, die gegen die Expansion Israels auftreten.

Es ist bezeichnend, daß sich Washington nicht ohne Bangen darauf orientiert, Ägypten zu militärischen Zwecken zu benutzen. „U.S. News &

World Report“ schrieb im Juni: „Amerikanische Beamte sagen, sie werden den ägyptischen Präsidenten selbst schützen müssen, denn wenn sie diesen Vorschlag annehmen, entstünde die Gefahr einer Bewegung gegen Sadat in Ägypten und in der arabischen Welt überhaupt.“

Man tut, als hätte das Pentagon nicht seit Jahren davon geträumt, sich Ägypten unter den Nagel zu reißen. Das Ziel scheint schon zu winken, die Beute entpuppt sich aber als Zeitbombe. Zeugt das etwa nicht davon, daß die ganze imperialistische Nahostpolitik grundfalsch ist? Die infolge dieser grundfalschen Politik entstandene dortige Lage ist nicht mehr zu halten, der Sprung in eine neue Qualität unausbleiblich. Es fragt sich nur, in welcher Richtung er gehen wird.

Kein ganz undenkbares Szenarium

Kommen wir auf die erwähnte Rede des US-Staatssekretärs zurück. Neben der Aufforderung, keine Wehrdörfer mehr zu bauen, enthielt diese programmatische Äußerung auch ganz anderes. Erstens eine Zustimmung zu Israels Behauptung, daß „Jerusalem ungeteilt bleiben muß“. Zweitens eine Weigerung Washingtons, unter den jetzigen Umständen die PLO anzuerkennen und mit ihr zu verhandeln. Drittens die Feststellung, daß die USA sich jedem Versuch widersetzen werden, „das Fundament für einen unabhängigen palästinensischen Staat zu legen“.

Solche Äußerungen können in Tel Aviv durchaus als Blankovollmacht zu einer weiteren Expansion aufgefaßt werden. Die Pläne zu einer solchen sind schwer geheimzuhalten, weil sie keine Pläne mehr sind, z. B. im Südlibanon, den die israelischen Militaristen teilweise in ihren Bereitstellungsraum umgewandelt haben und aus dessen anderen Gebieten sie die Bewohner durch unaufhörliche Beschließung und Bombardierung der Städte und Dörfer zu vertreiben bemüht sind.

Es ist nur rechtmäßig, daß die Mitte Juni in Paris abgehaltene internationale Konferenz der Solidarität mit dem Volk des Libanons die breiteste Öffentlichkeit auf diese Tragödie aufmerksam gemacht hat.

Nun sollen aber nicht nur die Stammbewohner des Südlibanons

vertrieben werden. General Yariv, früher Informationsminister und Spionagechef Israels, hat unlängst von dem Plan berichtet, „die gespannte Lage zu benutzen und aus den besetzten Gebieten 700 000 bis 800 000 Palästinenser auszuweisen“. Selbst er hat diesen Plan unvernünftig genannt.

Jetzt ist so eine Unvernunft besonders gefährlich, weil die aggressiven US-Kreise die Truppen Israels nicht bloß als ihre Hauptreserve im Nahen Osten, sondern als ihren Vorratstrupp ansehen, der „im Notfall“ so etwas wie ein Stoßtrupp werden könne.

Man kann sich vorstellen, was für „Notfälle“ gemeint sind. Die US-Presse schreibt ja allen Ernstes von der Absicht der USA, die arabischen Ölfelder an sich zu reißen. Was darüber in den Stäben Washingtons gesagt wird, kann man nur vermuten. Tatsache aber ist, daß das Pentagon unter dem Vorwand, die Geiseln im Iran freibekommen zu wollen, seit Monaten im Nahen und Mittleren Osten, im Indik und im Mittelmeer unaufhörlich Militärstützpunkte, Flugplätze und Waffendepots anlegt, von denen aus US-Truppen schnell verlegt werden können. Es erübrigt sich zu sagen, daß ihnen die Armee Israels mit ihren hochmodernen Waffen und ihrer Ortskenntnis ein unersetzlicher Helfer ist. Es kann aber auch umgekehrt kommen, d. h. bei Unruhen in den besetzten Gebieten oder bei einer Eskalation der Kampfhandlungen im Libanon kann Washington durchaus in den bewaffneten Konflikt mit der arabischen Welt verwickelt werden.

Die Araber haben schon eine Antwort auf die Bedrohung bereit. In einem Interview für den „Spiegel“ sagte der syrische Außenminister Khaddam: „Das erste aber, was in einem solchen Krieg geschehen würde, wäre die völlige Zerstörung der Ölanlagen – und das wäre der Zusammenbruch der westlichen Welt. Das scheint der amerikanischen Regierung noch nicht aufgegangen zu sein, die alles nur unter dem Gesichtspunkt der militärischen Arroganz und der militärischen Stärke der USA betrachtet.“

Dafür erkennen Washingtons Bündnispartner, vor allem die Länder Westeuropas und Japan (die mehr als die USA vom nahöstlichen Öl abhängen), diese Gefahr in ihrer ganzen Größe. Anfang Juni schrieb „U.S. News & World Report“ über diese Bündnispartner in Europa: „Sie sagen, um ein Abgleiten in eine neue Nahostkrise zu verhüten, die die Ölversorgung gefährden könnte, müsse man einen für die Araber akzeptablen neuen Schritt unternehmen.“

Und der Berg gebar eine Maus

Daher die im voraus mit viel Tamtam angekündigte „europäische Initiative“ im Nahen Osten, die von den Spitzenpolitikern der EG-Länder auf ihrer Tagung im Juni in Venedig aufs Tapet gebracht worden ist. Man erkennt unschwer zwei Aspekte: Auf der einen Seite beinhaltet die Erklärung der EG-Staaten, daß den Palästinensern ihre Rechte eingeräumt werden sollen und daß man die PLO mit den Verhandlungen über eine Nahostregelung „assoziiieren“ soll. Andererseits hat sich unverkennbar der Druck Washingtons auf seine westeuropäischen Partner ausgewirkt. Die absichtlich verschwommenen Formulierungen, die Weigerung, die PLO offiziell anzuerkennen, und manches andere läßt darauf schließen, daß der Berg eine Maus geboren hat. Die „europäische Initiative“ ist eher ein Versuch, die Vereinbarungen von Camp David aufrechtzuerhalten, als etwas anderes an ihre Stelle zu setzen, wenigstens bis zu den Präsidentschaftswahlen in den USA, nach denen Washington, wie die Spitzenpolitiker Westeuropas hoffen, in nahöstlichen Angelegenheiten mehr Handlungsfreiheit haben wird.

Charakteristisch ist, daß Äußerungen in den USA an die Initiative der EG-Länder anklingen. Auch in Israel erklärten Ende Mai 250 bekannte bürgerliche Politiker — Parlamentarier und Exminister — sowie fünf Generale, die jetzige Politik Israels weise „Anzeichen von Chauvinismus“ auf; sie nahmen für einen „territorialen Kompromiß“ mit den Arabern Stellung.

Konservative Araberkreise spielen letztlich ebenfalls darauf an, daß man sich mit Tel Aviv einigen könne, wenn nicht gemeinsam mit Sadat, so parallel mit ihm. Doch hier keine Andeutung mehr, sondern

eine ausdrückliche Aufforderung zur „natürlichen“ Partnerschaft mit Israel zur Eindämmung des sowjetischen Einflusses — eine Partnerschaft, die nach einer „Bereinigung des Palästina-Problems“ möglich sein werde. So drückte sich in einem Interview für die Wiener „Presse“ der Außenminister des Sultanats Oman aus. Vielleicht sagte er es nicht nur von sich aus. Die „Eindämmung des sowjetischen Einflusses“ ist ja ein Propagandaslogan der ganzen nahöstlichen Reaktion. Gemeint sind die Versuche, die antiimperialistische Bewegung im Nahen Osten zu blockieren, die zur Front der Standhaftigkeit und des Widerstandes gehörenden Länder zu isolieren und zu entzweien und die fortschrittlichen arabischen Regimes sowie die sowjetisch-arabische Freundschaft zu torpedieren.

Die Zielscheibe solcher Angriffe ist in letzter Zeit Syrien, und begreiflich, warum. Seine Bedeutung in der arabischen Welt, die Konsequenz, mit der es die gesamtarabischen Interessen wahr, und schließlich seine geographische Lage haben den Imperialismus und seine Handlanger veranlaßt, sich besonders auf eine Destabilisierung des syrischen Regimes zu konzentrieren. Dank ihrem Rückhalt bei den Massen konnte die syrische Führung die Angriffe abschlagen und den Staat konsolidieren. „Gegen die Stellungen der Reaktion ist ein heftiger Schlag geführt worden“, erklärte der syrische Präsident Assad am 10. Juni mit gutem Grund. Das muß allen eine Lehre sein, die das Nahostproblem auf Kosten der Fortschrittskräfte dieser Region lösen möchten.

Wohin kann so ein Kurs führen? Nicht zu einer Abnahme, sondern zu einer Zunahme der Spannungen, zu Konflikten unter den Arabern, die ganz und gar nicht dazu angetan wären, stockungslose Öllieferungen an den Westen zu gewährleisten.

Eine neue Erinnerung daran ist die Zusammenziehung ägyptischer Truppen an der Grenze Libyens, eines führenden Öllandes.

Das müssen die Länder Westeuropas natürlich beim Festlegen ihrer Nahostpolitik berücksichtigen, das mit der Erklärung von Venedig kaum zu Ende geführt worden ist. Sie sollten sich folgende Worte Arafats durch den Kopf gehen lassen: „Europa muß seine Wahl treffen, sonst werden sich die arabischen Länder gezwungen sehen, von der

Erdöl-Waffe Gebrauch zu machen.“

Keine Alternative zu kollektiven Bemühungen

Das Ölproblem ist übrigens wegen der Ansprüche des Imperialismus auf fremde Bodenschätze, wegen seines Bestrebens so akut, über die Ressourcen und das Schicksal der Nahostvölker zu bestimmen. Neben der israelischen Expansion hat gerade das die heutige explosive Situation herbeigeführt. Deshalb ist es im Interesse der internationalen Sicherheit und aller, die keine neuen Eruptionen wollen, dringend notwendig, im Nahen Osten eine andere, wirklich positive Wendung zu bewirken. Am 27. Mai erklärte Leonid Breschnew:

„Ist es nicht schon Zeit, das langwierige Treiben mit der antiarabischen Politik der Separatabmachungen einzustellen? Ist es nicht schon Zeit, die Nahostregelung in das rechte Gleis zurückzubringen: auf den Weg gemeinsamer Bemühungen aller interessierten Seiten, natürlich einschließlich der Befreiungsorganisation Palästinas?“

Eine vernünftige Alternative dazu gibt es nicht, und die Zeit drängt. Deshalb haben die Warschauer Vertragsstaaten in ihrer Erklärung vom Mai unter den Schritten zur gerechten Behebung von Konfliktsituationen als erstes eine „umfassende politische Regelung im Nahen Osten“ genannt. In der Erklärung heißt es:

„Diese Regelung erfordert den Abzug der israelischen Truppen von allen 1967 okkupierten arabischen Gebieten, die Wiederherstellung des Rechtes für das arabische Volk von Palästina auf Selbstbestimmung, einschließlich der Schaffung eines eigenen unabhängigen Staates, und die Gewährleistung der Souveränität und Sicherheit aller Staaten dieses Raumes.“ Und weiter: „Eine politische Regelung im Nahen Osten erfordert ebenfalls, daß keine Handlungen unternommen werden, die die Erreichung dieser Ziele erschweren, daß sich kein Staat in die inneren Angelegenheiten der Länder und Völker dieser Region einmischt, versucht, ihnen vorzuschreiben, welche soziale und politische Ordnung sie bei sich zu errichten haben, und daß kein Staat Ansprüche auf ihre natürlichen Ressourcen erhebt und Versuche unternimmt, sich dieser zu bemächtigen.“

Das ist kein Leichtes, aber war es z. B. etwa leicht, den Gegnern der Freiheit Simbabwe klarzumachen, daß die Zeiten heute anders sind? Auch im Nahen Osten sind die alten Zeiten unwiderruflich vorbei. Das müssen endlich alle einsehen.

Eine israelische Militärestreife in der besetzten Stadt El Khalil am westlichen Jordanufer

Foto TASS



GUTER WILLE UND BÖSER WILLE

Die internationale Öffentlichkeit sieht in dem Ende Juni erfolgten Abzug sowjetischer Truppenteile aus Afghanistan einen Akt guten Willens. Laut UNI wurde in den Regierungskreisen Indiens erklärt, daß dies ein positiver und begrüßenswerter Schritt sei. Nach Ansicht der „Al-Shaab“ (Beirut) wurde dieser Schritt dadurch möglich, daß große bewaffnete Verbände der afghanischen Konterrevolution zerschlagen, im Lande eine gewisse Stabilisierung erreicht worden sei und die legitime Regierung Karmal eine breite Unterstützung des Volkes genieße.

Die Pläne, Afghanistan in die imperialistische Politik einzubeziehen und eine Gefahr für die UdSSR vom Süden her zu schaffen, sind gescheitert.

Es ist offensichtlich, daß die UdSSR mit ihrer Aktion die Spannungen um Afghanistan entladen helfen will, die der Imperialismus und die internationale Reaktion schufen, indem sie Einfälle von Söldnerbanden in dieses Land, vor allem vom pakistanischen Territorium, organisierten. Wollen Washington, Peking oder Islamabad wirklich die Situation mit politischen Mitteln regeln, so haben sie jede Möglichkeit dafür. Eine gute Grundlage ist das konstruktive Programm, das die Regierung der Demokratischen Republik Afghanistan im Mai unterbreitete und das von der UdSSR unterstützt wird. Der neueste Schritt Moskaus, der mit Kabul vereinbart wurde, trägt ebenfalls dazu bei, eine dafür günstige Atmosphäre herbeizuführen.

Aber die Drahtzieher der antiafghanischen Kampagne stellen ihre provokatorischen Umriffe nicht ein. Sie unterstützen die afghanischen Konterrevolutionäre noch mehr als bisher und denken nachgerade daran, aus ihnen eine „Exilregierung“ zusammenzustoppeln. Um die vorgeschlagene politische Regelung zu vereiteln, bringt die imperialistische Propaganda eine Lüge nach der anderen über die Lage in Afghanistan in Umlauf.

Äußerungen objektiver Zeugen (wie z. B. der hier abgedruckte Bericht eines „Humanité“-Korrespondenten) lassen keinen Stein auf dem anderen von den Erfindungen nichtexistenter „Reisender“ und mysteriöser „westlicher Quellen“.

Auf den guten Willen, den Kabul und Moskau bekunden, darf nicht mit bösem Willen geantwortet werden. Wer dies tut, kann nur seine expansionistischen Vorhaben und seine Feindseligkeit gegenüber dem Frieden endgültig bloßstellen.

A. USWATOW

EIN FRANZOSE SIEHT KABUL

Jacques COUBARD

Im Morgengrauen ging ich durch Kabul — und entdeckte keine belagerte, vom Terror beherrschte Stadt, dem Untergang nahe — wie das im Westen behauptet wird. Die Falschmeldungen sind noch gröber und grotesker als man ahnen könnte.

Kabul wacht auf bei Sonnenaufgang, wenn der Muezzin zum Morgengebet ruft. Sein Ruf kommt als Echo von den Bergen um Kabul zurück. Dort ist an manchen Stellen der Schnee noch nicht geschmolzen. Doch der Fluß, der durch Kabul fließt, ist schon fast ausgetrocknet. In der Mittagszeit strömen Scharen von Schülern nach Hause.

Auf dem Basar

Auf dem Zentralen Basar drängen sich die Menschen. Hausgerät und Kleidung, importierte Waren aus Europa und Getreide werden feilgeboten. Der Weizen wird gleich gemahlen. An Reis, dem wichtigsten Nahrungsmittel der Afghanen, mangelt es nicht. Das Kilogramm kostet 28 Afghani (2,80 Franc).

Die Lasträger verdienen 100 Afghani pro Tag. Die Geschäfte florieren besser, sagt ein Händler, doch die Preise sind seit Jahresanfang gestiegen. Um uns herum herrscht ein unaufhörliches Getöse. Transistorradios sind eingeschaltet, aus den Lautsprechern plärren Lieder, laut schreien die Wasserträger, die Hasareh, die Vertreter der ärmsten Völkerschaft Afghanistans.

Afghanische Soldaten und Angehörige der Miliz der Demokratischen Volkspartei Afghanistans bewachen die öffentlichen Gebäude. Von Zeit zu Zeit fliegen Hubschrauber lärmend über uns hinweg. Sowjetische Soldaten sind auf den Straßen so gut wie nicht zu sehen. Die sowjetischen Truppen sind am Stadtrand kaserniert.

Kabul ist weder von der Sowjetarmee noch von Rebellen belagert. Ich habe nichts gesehen, was darauf deuten würde, daß sich die Stadt im Belagerungszustand befindet. Das heißt natürlich nicht, die Aktivitäten reaktionärer Banden würden

„L'Humanité“, die Zeitung der französischen Kommunisten, berichtet systematisch über die Lage in Afghanistan. Wir übernehmen (gekürzt) Reportagen ihres Sonderkorrespondenten in Kabul vom 18. und 19. Juni.

keinerlei Probleme schaffen und alles wäre hier geradezu ideal.

Doch was die bürgerliche französische Presse über Afghanistan schreibt, ist Lichtjahre von der Wahrheit entfernt.

Die Hasareh

Abdul Majid Sarboland, Minister für Information und Kultur der DR Afghanistan, dem ich einige Beispiele aus Afghanistan-Artikeln der französischen Presse anführte, sagte mir, er wisse eigentlich gar nicht, was er darauf antworten solle. Ich fragte ihn nach dem „Genozid an den Hasareh“, worüber sich Mike Barry in „Nouvelles Littéraires“ und Thierry Desjardins im „Figaro“ ausgelassen hatten. Die Hasareh, so der Minister, machen ein Drittel der Einwohner von Kabul aus. Sie führen hier ein ruhiges Leben, ebenso wie in ihrem Hauptsiedlungsgebiet — in den Bergen Zentralafghanistans.

„Hasaradshat ist eine der fruchtbarsten Regionen des Landes, wo alle Wasserläufe ihren Anfang nehmen“, sagt mir der Informationsminister. „Diese Region gibt uns 80% der Fleischwaren und der anderen Nahrungsmittel.“

Kürzlich kamen Abgesandte der Hasareh nach Kabul, um mit Präsident Babrak Karmal zu sprechen. Sie bekundeten ihm ihre Unterstützung für die Aprilrevolution. Alle jungen Hasareh dienen normalerweise in der Armee. So sieht die Wahrheit aus.“

Napalm!

Haben afghanische oder sowjetische Truppen Napalm eingesetzt? „Das ist eine glatte Lüge“, antwortet mir A. M. Sarboland. „Das ist eine Kampagne, mit der der Einsatz chemischer Waffen gerechtfertigt werden soll. Mit diesen Waffen sind Truppen ausgerüstet worden, die uns von außen angreifen. Vor einem Monat habe ich darüber vor in Kabul akkreditierten Diplomaten gesprochen. Der Imperialismus lügt. Er möchte seine eigenen Verbrechen der afghanischen Armee und den sowjetischen Einheiten unterstellen.“

Der Minister dementierte ferner Meldungen, denen zufolge alle Dörfer im Kunar-Tal unweit der pakistanischen Grenze systematisch vernichtet worden sein sollen. „Natür-

lich haben wir nie verhehlt, daß wir Probleme in Ortschaften nahe der Grenze zu Pakistan und China haben. Banditen dringen von dort auf unser Territorium ein, verüben Überfälle und ziehen sich dann wieder zurück. Unter Hafisullah Amin war es in 21 der 27 Provinzen unruhig. Gegenwärtig kommt es nur in fünf Provinzen zu Überfällen. Die Banditen zünden dort Schulen und Moscheen an, terrorisieren die Bevölkerung. Sie haben keine Achtung vor der Religion, obgleich sie sich als Verteidiger des Islam aufspielen. Kürzlich drangen sie nach Kabul ein und setzten Giftgas aus Spezialbehältern, das die Atmung schwer behindert, gegen Schüler ein. Die gesamte Propaganda der Imperialisten sucht mit allen Mitteln die Verbrennen zu tarnen, die von ihren Verbündeten und Söldnern begangen werden."

Gespräche

Viele Minister und führende Parteifunktionäre besuchen gegenwärtig die Provinzen, und zahllose Delegationen aus den Provinzen kommen nach Kabul.

"Diese Treffen resultieren aus den Beschlüssen des letzten Plenums des ZK der Demokratischen Volkspartei", sagt mir A. M. Sarboland. "Zwei wichtige Fragen werden erörtert. Erstens die 'Hauptprinzipien der DR Afghanistan', d. h. die neue Verfassung, die der Revolutionsrat bestätigt hat, die die demokratischen Rechte und Freiheiten der Bürger garantiert und ihnen zugleich Pflichten gegenüber dem Staat auferlegt.

Zweitens — das betrifft natürlich nur die Parteimitglieder — wird über das neue Statut der Demokratischen Volkspartei Afghanistans diskutiert, das die Einheit der Partei auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus festigen soll. Nach den schweren Fehlern, die unter Amin begangen wurden, wirkte sich die Desorganisation störend auf weitere Fortschritte der Revolution aus. Sicher wird es uns gelingen, alle Hindernisse zu überwinden. Die vielseitige Hilfe der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder ist für unsere Revolution von sehr großer Bedeutung, damit das afghanische Volk eine glückliche Zukunft hat. Wenn die imperialistischen Umtriebe gegen Afghanistan beendet werden, wird die Sowjetarmee keine fünf Minuten länger bleiben."

Giftgasverbrechen

"Ich traue nur meinen eigenen Augen. Ich habe Kabul nicht verlassen und kann daher nicht sagen, was anderswo geschieht. Doch hier ist alles ruhig", sagt mir Pater Serge de Borqueuil im französischen Gymnasium. Der Pater ist Pädagoge und

Arzt, ja „Mädchen für alles“, wie er von sich selbst sagt.

Er berichtet mir, daß die Einwohner Kabuls bereits die Furcht überwunden haben, die ihnen die vorherige Regierung Amin eingeflößt hatte: „Sie haben jetzt keine Angst mehr, zu jeder Tages- oder Nachtstunde verhaftet zu werden.“

Das meint auch Frau Hamida, Direktorin des Malalai-Lyzeums im Stadtzentrum, einer traditionsreichen Bildungsstätte, die bis heute vor allem von Kindern aus wohlhabenden Familien besucht wird. Frau Hamida sagt mir: „Jene, die im Mai zu den Demonstrationen aufhetzten, wollten Unruhe in das Lyzeum tragen, um so die Regierung zu zwingen, Gewalt anzuwenden. All das geschah zu einem Augenblick, da die Islamische Konferenz in der pakistanischen Hauptstadt Islamabad tagte und gewisse Elemente offenbar Handlangerdienste für die Länder leisten wollten, die die Rebellen von außen unterstützen...“

Die westliche Presse war auch diesmal bemüht, alles zu verzerren. So hat Radio Kabul nie gemeldet, bei den Zwischenfällen vom Mai seien 140 Personen umgekommen. Das ist nichts als Erfindung. In Wirklichkeit sind dadurch, daß bewaffnete Elemente das Feuer auf einen Demonstrationszug eröffneten, vier Mädchen und sechs Aktivisten der Demokratischen Volkspartei umgekommen.

Zu neuen Provokationen kam es vor einer Woche in Grundschulen und Gymnasien. Gase, deren Zusammensetzung noch nicht bekannt ist, wurden in Klassenräumen des Malalai-Lyzeums versprüht. An die 20 Mädchen hatten plötzlich Brechreiz und Atembeschwerden, sagt Frau Hamida. 10 Schülerinnen ihres Lyzeums wurden ins Krankenhaus eingeliefert. Im benachbarten Gymnasium wiesen viel mehr Schüler Vergiftungssymptome auf.

„Als die Familien von dem Geschehenen benachrichtigt wurden, stürmten sie ins Lyzeum und verlangten, ihnen die Schuldigen zu übergeben“, sagt die Direktorin.

Die Demokratische Volkspartei meint, daß die Drahtzieher dieser Provokationen gefunden werden müssen, jene, die Afghanistan in die für immer überwundene Vergangenheit zurückwerfen wollen, jene, die die Regierung lähmen wollen, die fest entschlossen ist. Afghanistan der

Armut und dem Analphabetentum (können ja neun Zehntel der afghanischen Bevölkerung nicht lesen und schreiben) zu entreißen, eine Regierung, die fest entschlossen ist, die ganze Bevölkerung für diese Aufgaben, die viel Zeit und Geduld verlangen, zu mobilisieren.

Pater de Borqueuil erzählt mir, wie sich die Kinder ernähren: „Sie leiden an Kalzium- und Vitamin-



In einer Bibliothek von Kabul, die nach der April-Revolution eröffnet wurde

Foto: TASS

B-Mangel. Die Kinder bekommen nur selten Milch, da sie zu teuer ist, und wenig Obst, obgleich viel angeboten wird. Eier bekommen sie sogar wie nie — die sind sündhaft teuer. Fleisch gibt es einmal die Woche, und auch das nicht immer."

Ärzte und Lehrer konferieren

Babarak Karmal erinnerte auf der kürzlichen Konferenz des medizinischen Personals daran, daß in Afghanistan eins von fünf Kindern stirbt und noch sehr große Anstrengungen unternommen werden müssen, um überall die erforderliche medizinische Versorgung zu gewährleisten.

Es war eine fürwahr historische Konferenz, die erste der Ärzte in der Geschichte Afghanistans.

Zuvor hatte in Kabul eine andere erste Konferenz stattgefunden, die Lehrerkonferenz. In nächster Zukunft werden die Lehrer ihre erste Gewerkschaft bilden. Die Demokratie in Afghanistan tut also ihre ersten Schritte.

„Da ich die Not, Rückständigkeit und Unterentwicklung meines Landes hasse, stehe ich aufseiten jener, die zum Fortschritt streben“, sagt mir Frau Hamida.

Der Krieg an den Grenzen Afghanistans soll das Land ins Mittelalter zurückwerfen, damit es wieder von einigen wenigen Privilegierten und deren imperialistischen Beschützern beherrscht wird.

Kabul

DIE JUNGE REPUBLIK HEUTE

Jedesmal, wenn ich nach Moçambique komme, gehe ich möglichst ins Revolutionsmuseum. Die Epoche der portugiesischen Kolonialherrschaft, die fast 500 Jahre dauerte, ist nicht allzu reich vertreten. Als die Portugiesen ihre ehemalige Kolonie vor fünf Jahren verließen, haben sie die Spuren ihrer Barbarei weitgehend ausgelöscht. Aber selbst die wenigen Zahlen und Fakten, die man im Museum erfährt, geben einen Begriff vom Umfang des Sklavenhandels und von der Ausrottung ganzer Völkerschaften des riesigen Gebiets, das sich vom Ruvuma-Fluß im Norden bis nach Maputo im Süden erstreckt.

Reichhaltiger ist der Saal, der über den nationalen Befreiungskampf Aufschluß gibt. Auf einer großen Landkarte sind mit Fähnchen die ersten Partisanenstützpunkte und mit Sternchen die Gebiete kenntlich gemacht, wo die FRELIMO (die Befreiungsfront von Moçambique) ihre erfolgreichsten Operationen durchführte.

„Wir bekommen immer neue Museumsstücke herein“, erzählt mir ein Funktionär des ZK der FRELIMO, Julio Langa. „Leute aus verschiedenen Landesgebieten schicken wertvolle Dinge ein, Zeugen des unter der FRELIMO durchgeführten bewaffneten Aufstands mit deren Begründer und erstem Vorsitzenden, Eduardo Mondlane, an der Spitze, Zeugen der Jahre bewaffneten Unabhängigkeitskampfes.“

Im Museum liegen auch Dinge aus, die aus der Zeit seit dem 25. Juni 1975 stammen, als die VR Moçambique ausgerufen wurde. Langa sagt: „Auch in der Unabhängigkeit geht die Revolution weiter, nur in neuen Formen und mit friedlichen Aufgaben.“

Er führt mich an den Stand, an dem die Beschlüsse des III. Parteitags der FRELIMO zu sehen sind, und sagt:

„Er tagte im Februar 1977 und hat den Beschluß gefaßt, die FRELIMO aus einer Bewegung, die sie bis dahin war, in eine Avantgardepartei umzuwandeln, die die klassenbewußtesten und aktivsten Arbeiter, Bauern und Intellektuellen erfaßt.“

Im Parteiprogramm, das man mir im Museum gab, heißt es: „Die Partei wird das Volk Moçambiques bei den weiteren revolutionär-demokratischen Umgestaltungen, bei der endgültigen Ausmerzung der Ausbeu-

tung eines Menschen durch den anderen und bei der Schaffung der Voraussetzungen dafür leiten, daß in der VR Moçambique politisch, materiell und ideologisch das Fundament für den Sozialismus gelegt werden kann.“ Dabei werde sich die Partei vom wissenschaftlichen Sozialismus leiten lassen und sich auf die „Verbindungen mit der weltumspannenden revolutionären Bewegung, insbesondere mit den marxistisch-leninistischen Parteien der sozialistischen Länder“, orientieren, „die die engsten Verbündeten der FRELIMO sind“.

In Maputo war ich bei der Stadtparteileitung und unterhielt mich mit Mitgliedern des Parteibüros. Sie



Die Lenin-Straße in Maputo

sprachen offen über ihre Probleme. Name Lithur, ein Büromitglied, sagte:

„Eine unserer wichtigen Aufgaben besteht darin, die Stammesvorurteile und den Rassismus aller Art, auch gegen die Weißen und die Mulatten, auszumerzen. Unsere Provinz ist etwas Besonderes. Hier lebt der Teil der Bevölkerung, der die meiste Bildung hat. Es sind Leute verschiedener Rassen. Wir müssen sehr behutsam und flexibel sein, um keinen Vorwand zu Konflikten zwischen verschiedenen Völkerschaften zu geben, die sich unsere Feinde zunutze machen könnten, um die Lage in Maputo und im Land überhaupt zu destabilisieren.“

So wichtig das auch ist, gilt das Hauptaugenmerk meiner Gesprächspartner aber doch den wirtschaftlichen und sozialen Prozessen im unabhängigen Moçambique.

In den fünf Jahren ist der alte Staatsapparat völlig erneuert, der Grund und Boden sowie das Ge-

sundheits- und das Bildungswesen und auch der Außenhandel unter staatliche Kontrolle gestellt worden. Durch die Bildung von wählbaren Organen der Volksmacht und von Massenorganisationen wird viel dafür getan, die noch unlängst unwissenden, ja analphabetischen Volksmassen zu aktiver politischer Betätigung heranzuziehen.

Von diesen Wandlungen ausgehend, hat der III. FRELIMO-Parteitag dem Volk die Aufgabe gestellt, bis 1980 den Produktionsstand von 1973 zu erreichen. Warum 1973? Weil der Krieg der portugiesischen Kolonialisten gegen das die Unabhängigkeit fordernde Volk Moçambiques und die Ausreise der portugiesischen Fachkräfte, die die Fabriken absichtlich betriebsunfähig machten, die Wirtschaft schwer geschädigt hatten. Sie muß jetzt also eher wiederhergestellt als fortentwickelt werden. Das ist jedoch auf ernste Schwierigkeiten gestoßen.

Diese haben größtenteils objektive

Ursachen. Hierher gehören die ungleichmäßige Standortverteilung der wichtigsten Wirtschaftsbranchen und die einseitige Entwicklung der Verkehrs- und der Energie-Infrastruktur, die die Volksrepublik vom Kolonialismus ererbt hat; das Überwiegen von Wirtschaftsformen, die nicht für den Markt produzieren; die fortdauernde wirtschaftliche Abhängigkeit von kapitalistischen Ländern, insbesondere von der benachbarten

RSA, der Mangel an geschulten Kräften; das Fehlen von Wirtschaftserfahrungen bei den leitenden Funktionären; die Abnahme der Deviseneinkünfte.

Die konterrevolutionären Kräfte haben die Waffen nicht gestreckt, sie suchen die junge Republik an der Ausführung ihrer Wirtschaftspläne zu behindern. Mit Sabotageakten setzen sie für die Wirtschaft wichtige Fabriken und Verkehrsmittel, sei es auch nur vorübergehend, außer Betrieb, verüben Gewaltakte gegen aktive Mitglieder der FRELIMO und stiften unter der Zivilbevölkerung Unsicherheit und Panik.

Die Streitkräfte der VRM gehen in den Provinzen Sofala, Manica und Tete erfolgreich gegen Banden vor. Die Werktätigen helfen der Armee. Viele melden sich freiwillig zur Volksmiliz und zu den Wachsamkeitsgruppen. Solche Schützer der Revolution gibt es schon über 150 000.

Das Jahr 1979 wurde zu einem Jahr der Konsolidierung der revolu-

tionären Errungenschaften erklärt. Maßnahmen wurden getroffen, damit die FRELIMO sozial und politisch eine größere Rolle spielt. Ebenso organisatorische Maßnahmen in der Wirtschaft. Im Juni 1979 nahmen das 5. Plenum des ZK der FRELIMO-Partei und die vierte Volksversammlung einen zweijährigen Wirtschaftsplan an, der u. a. die Anwendung der wissenschaftlichen sozialistischen Planung, eine Konsolidierung des staatlichen Sektors und eine Erhöhung der Effektivität vorsieht.

Um die Produktion derjenigen Branchen von Industrie und Landwirtschaft besser kontrollieren zu können, die bis zu 80% der Deviseneinkünfte erbringen, hat der Präsident der Republik die Bildung spezieller Kommissionen für Baumwolle, Cashewnüsse und Fischerei dekretiert. Im weiteren sollen solche Kommissionen auch in anderen Branchen gebildet werden.

Die Sanierungsmaßnahmen in der Wirtschaft haben schon gewisse Resultate gezeigt. Der statistischen Nationalverwaltung zufolge hat die Erzeugung von Zement, Erdölprodukten, Strom sowie der Ausstoß der metallverarbeitenden Industrie und der Ertrag an Tee, Baumwolle und Zitrusfrüchten zugenommen.

Die Republik hat aber noch immer Schwierigkeiten mit der Ernährung und mit Massenbedarfsartikeln sowie in der Industrie mit Rohstoffen. Voriges Jahr wurden 340 000 t Getreide importiert, und dieses Jahr müssen etwa 325 000 t Weizen, Reis und Mais eingeführt werden.

Am 18. März d. J. hielt Präsident Machel, der Vorsitzende der FRELIMO-Partei, auf einer Massenkundgebung in Maputo eine große Rede, in der er das Fazit aus dem ersten Stadium der „politischen und organisatorischen Offensive“ zog und ein Aktionsprogramm für die nächste Zeit umriß. Er gab zu, daß bei der Wirtschaftsleitung ultralinke Abweichungen vorgekommen sind. Sie kamen u. a. in einer verfrühten Verstaatlichung kleiner Privatunternehmen zum Ausdruck. Er rief dazu auf, die Einstellung zum Privatkapital zu ändern und die begangenen Fehler wiedergutzumachen. Um die Bevölkerung stockungslos mit Nahrungsmitteln und Massenbedarfsartikeln versorgen zu können, werden Marken auf beides eingeführt. Die sogenannten Volksläden, die sich nicht bewährt haben, gehen an Genossenschaften und an den Privatsektor über. Das alles ist als neue ökonomische Politik anzusprechen.

Die westliche Propaganda und die Presse der RSA wollen darin eine Abkehr vom revolutionären Kurs und von der sozialistischen Orientie-

rung erblicken. Machel hat auf einer Pressekonferenz erklärt, daß nicht der Entwicklungsweg geändert, sondern daß die Aufhebung des vom Kolonialismus ererbten Systems beschleunigt, eine Offensive gegen Bürokratie, Mißwirtschaft und Unfähigkeit durchgeführt und die innere Reaktion ausgeschaltet werden soll, die in den Staatsapparat eingedrungen



Im Hüftenwerk SIFEL

Fotos des Verfassers

gen ist. Weiter wies Machel die Behauptung zurück, daß es einen afrikanischen, asiatischen oder latein-amerikanischen Sozialismus gebe, und betonte, daß es nur die marxistisch-leninistische revolutionäre Theorie gibt, an deren wichtigste Prinzipien sich die FRELIMO-Partei auch weiter halten wird.

In den fünf Jahren ihres Bestehens hat die VRM innerhalb und außerhalb Afrikas Ansehen gewonnen. Die Schwerpunkte ihrer Außenpolitik sind der Kampf für Frieden, gegen Imperialismus und Rassismus, die Annäherung an die sozialistische Ländergemeinschaft und eine rege Betätigung in der OAU, der UNO und der Bewegung der Nichtpaktgebundenen. In Maputo hat deren Koordinationsausschuß getagt, mehrmals haben Gipfelkonferenzen der „Frontstaaten“ stattgefunden, die dem Volk Simbabwe im

Unabhängigkeitskampf greifbare Hilfe geleistet haben. Die Führung der FRELIMO hat die chinesische Aggression gegen Vietnam verurteilt.

Von der Regierung der VRM wurde der SALT-II-Vertrag begrüßt. Sie setzt sich für eine Weltabrüstungskonferenz ein, verurteilt die USA dafür, daß sie in der Indik-Zone die Spannung aufheizen, und protestiert dagegen, daß dort fremde Militärstützpunkte angelegt werden.

Die VRM gestaltet ihre Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Welt des Sozialismus enger, sie hat Abkommen mit der DDR, mit Kuba und anderen sozialistischen Ländern geschlossen. Zügig entwickeln sich auch die Beziehungen zwischen der UdSSR und Moçambique. Ihre zuverlässige politische und rechtliche Grundlage ist der Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit vom März 1977. Die UdSSR hilft der VRM mit der Ausbildung von Fachkräften sowie im Gesundheits- und Bildungswesen. Einem Abkommen zufolge bekommt Moçambique LKWs, PKWs, Traktoren, Landmaschinen usw.

Auch die Verbindungen zwischen der KPdSU und der FRELIMO dehnen sich aus. Viel helfen der FRELIMO bei ihrer Propagandaarbeit 10 Propagandawagen, die ihr das ZK der KPdSU geschenkt hat. In der Parteischule werden größtenteils Schriften und Lehrbücher über den wissenschaftlichen Sozialismus, über politische Ökonomie, über die internationale revolutionäre Bewegung und zu anderen Fächern benutzt, die in der UdSSR portugiesisch erschienen sind.

Die fünf Jahre unabhängiger Entwicklung der VRM haben wichtige fortschrittliche Umgestaltungen gebracht. Diese bilden die Grundlage für die Schaffung einer Gesellschaft nach den Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit. Die VRM überwindet ihre Schwierigkeiten und baut zu- kunftsgewiß das neue Leben auf.

V. NAUMOW

KONFERENZ IN WARSCHAU

In Warschau fand die 18. Koordinationskonferenz der nationalen UNESCO-Ausschüsse der sozialistischen Länder statt, an der Delegationen der Belorussischen SSR, der VR Bulgarien, der Ungarischen VR, der SR Vietnam, der DDR, der Koreanischen VDR, der Republik Kuba, der Mongolischen VR, der VR Polen, der UdSSR, der Ukrainischen SSR und der CSSR sowie Vertreter Afghanistans, Moçambiques und Rumäniens als Beobachter teilnahmen.

Die Hauptaufmerksamkeit galt der Vorbereitung auf die 21. UNESCO-Generalkonferenz (im September und Oktober 1980 in Belgrad) sowie dem Entwurf für Programm und Haushalt der UNESCO (1981—1983).

Die Konferenzteilnehmer bekundeten ihre große Sorge über die Aktivitäten imperialistischer Kreise zur Drosselung der kulturellen, wissenschaftlichen und sportlichen Kontakte zwischen den Völkern.

Washingtoner Degenschlucker

Wladimir WESSENSKI

Durch den gescheiterten Versuch, die „kubanischen Flüchtlinge“ für eine Kampagne gegen Kuba auszunutzen, ist Washington in eine — gelinde gesagt — peinliche Lage geraten. Manche Kommentatoren vergleichen es ziemlich treffend mit einem Degenschlucker, der plötzlich gezwungen ist, den Degen mitsamt dem Knauf zu verschlucken. In Wirklichkeit täuschen die Degenschlucker ja nur vor, daß sie den Degen schlucken, um sich den Nervenkitzel, den sie dem Publikum verschafft haben, gut bezahlen zu lassen. So eine Vorstellung hatte offenbar das Weiße Haus geben wollen. Als Beifall hätten ihm Lobeshymnen der Presse auf die Wahrung der Menschenrechte (natürlich in Kuba) durch die USA genügt und als Bezahlung die von Washington inspirierte antikubanische Einstellung und (was auch nicht unwichtig ist) der Gewinn kubanischer Facharbeiter, die man nicht erst heranzuschulen braucht. Entgegen allen Erwartungen kamen aber nicht solche „Flüchtlinge“ nach den USA, sondern größtenteils deklassierte Elemente und Kriminelle.

Der schon Wochen dauernde provokatorische Rummel wegen der kubanischen Emigranten ist natürlich nur ein Teil der Politik Washingtons zur wirtschaftlichen und politischen Destabilisierung der Länder in der Karibik, vor allem Kubas. Es sei z. B. daran erinnert, daß der vorjährige Propagandalärm wegen der angeblichen Präsenz einer sowjetischen Brigade auf Kuba zu dem Zweck angestimmt wurde, die US-Streitkräfte in diesem Raum zu verstärken. In Key West (Florida) wurde der Stab des „Karibischen Operationsverbandes“ gebildet, wieder kreisten Spionagerflugzeuge über Kuba, und ausgesprochen provokatorische Militärübungen wurden abgehalten, bei denen über 2000 Marineinfanteristen beim Marinestützpunkt Guantánamo auf Kuba landeten, den die USA widerrechtlich besetzt halten. Zugleich fanden an der Küste anderer Karibikstaaten Marinemanöver statt.

Anfang dieses Jahres veranstalteten die USA an der Küste Panamas die „Black-fury-3“-Manöver, bei Puerto Rico die „Readiness Exercises 1800“, und schließlich leitete das Pentagon am 8. Mai ebenfalls in der Karibik die Manöver unter der Codebezeichnung „Solid Shield 80“ ein,

an denen 20 000 Soldaten und Offiziere, 42 Kriegsschiffe und 350 Kampfflugzeuge teilnahmen.

Die böse Absicht dabei ist nicht zu verkennen. Es wurden Truppenlandungen auf „von Kommunisten besetzten“ Inseln durchgespielt.

Es ist kein Zufall, daß die letzten Manöver im Mai zeitlich mit der provokatorischen Kampagne der USA wegen der kubanischen Emigranten zusammenfielen.

Als Anfang dieser von Washington inszenierten Farce bezeichnet die westliche Presse den Zwischenfall in der peruanischen Botschaft auf Kuba von diesem Frühjahr. Diese Zeitangabe ermöglicht es, die Geschehnisse falsch darzustellen und dabei den Schein der Objektivität zu wahren. In Wirklichkeit reicht die Vorgeschichte dieser Provokation gegen Kuba ebenso wie vieler anderer von Washington geplanter ins Jahr 1959 zurück.

Schon damals, gleich nach dem Sieg der Revolution auf Kuba, zogen die Massenmedien der USA eine Einschüchterungskampagne auf und begannen, die Ärzte, Ingenieure und anderen Fachkräfte zur massenhaften Abwanderung aus Kuba aufzuhetzen. Wer ausreisen wollte, dem machte die Regierung Kubas keine Schwierigkeiten. In mehreren Jahren bildete sich in den USA eine große kubanische Kolonie. Sie bestand größtenteils aus Kleinbürgern und Intellektuellen. In den USA frohlockte man: Kuba habe keine Fachkräfte mehr. Auch konnte man unter diesen Kubanern, unter denen ehemalige Satrapen Batistas den Ton gaben, leicht Provokateure und Meuchelmörder werben, die zur Teilnahme an jedem Abenteuer gegen das im sozialistischen Aufbau stehende Land bereit waren.

Dank den wirtschaftlichen Fortschritten, die Kuba trotz der von den USA verhängten Blockade gemacht hat, und dank der Lösung schwierigster sozialer Probleme ist das Ansehen der kubanischen Revolution, besonders in der dritten Welt, gestiegen. Nicht von ungefähr hat Kuba jetzt in den leitenden Organen der Bewegung der Nichtpaktgebundenen den Vorsitz inne. Das mußte auf die Mentalität der früher emigrierten Kubaner wirken. Bei vielen von ihnen gewann der Stolz auf ihr Heimatland die Oberhand über den künstlich ausgelöst Haß gegen die Kommunisten.

Besonders stark ist der Patriotismus unter den jungen Exilkubanern. Ich war Zeuge erster Begegnungen solcher in den USA aufgewachsener Kubaner mit dem sozialistischen Kuba. Mitglieder einer nach dem kubanischen Nationalhelden Antonio Maceo benannten Brigade — so nennt sich die Bewegung der Solidarität mit der kubanischen Revolution bei den in den USA lebenden Exilkubanern — waren von dem Gesehenen zufriedengestellt: keine Rassendiskriminierung, keine Hungern, keine Analphabeten, eine vorzügliche soziale Betreuung usw.

Die jungen Menschen waren nicht nur aus Neugierde nach Kuba gekommen. Sie hatten sich freiwillig gemeldet, um beim Aufbau der neuen Gesellschaft zu helfen. Die Brigade arbeitete ungefähr einen Monat auf Kuba. Es wurde beschossen, auch weiter solche Brigaden hinschicken. Diese und andere Kontakte haben die Einstellung vieler, wenn nicht sogar der meisten Emigranten zu Kuba allmählich anders werden lassen. Sie lehnten es ab, an den Abenteuern teilzunehmen, die von der CIA und den ultrarechten Emigrantengruppen aufgezogen werden. Kubaner in den USA haben eine „Gruppe der 75“ gebildet. Zu ihr gehören namhafte Anwälte, Geschäftsleute und Journalisten. Sie hat sich für einen Dialog zwischen der Regierung Kubas und den Emigranten eingesetzt. Deren Vertreter erörterten 1978 in Havanna mit Regierungsvertretern u. a. die Ausreise von Personen, die seinerzeit für Sabotageakte und andere konterrevolutionäre Umtriebe verurteilt wurden und ihre Strafe verbüßt haben, aus Kuba nach den USA. Auch ersuchten sie um Freilassung noch in Haft befindlicher Konterrevolutionäre und um Ausreisepaß für Personen, die in den USA nahe Verwandte haben. Da das Weiße Haus erklärt hatte, es werde Terror- und andere subversive Akte gegen Kuba nicht länger finanzieren, gewährte ihnen die Regierung Kubas ihre Bitten. Es war beabsichtigt, Konterrevolutionäre, die noch ihre Strafe verbüßen oder sie schon verbüßt haben, mit ihren Familien ausreisen zu lassen, sobald sie in einem anderen Land Aufenthaltserlaubnis bekämen.

Ferner wurde vereinbart, daß Emigranten, die auf Kuba Verwandte haben, sie besuchen dürfen, und daß man Gesuche um Familienzusammenführung erwägen werde. Die Regierung Kubas hat in allen Punkten Wort gehalten. In den seit damals verflossenen anderthalb Jahren haben über 100 000 Kubaner aus den USA Kuba besucht. Sie kamen mit ihren Verwandten zusammen,

berestien das Land und lernten seine Leistungen und auch seine Probleme kennen. Einige Tausend ehemalige Häftlinge und noch in Haft befindliche Konterrevolutionäre bekamen die Ausreiseerlaubnis. Die Schuld daran, daß es auf Kuba einige Tausend waren, traf nicht die kubanische Regierung, sondern am ehesten diejenigen, die sie zu Pro-

Sofort wurde auf Kuba bekanntgegeben, daß es sich bei den in der peruanischen Botschaft als politische Flüchtlinge aufgenommenen Personen um Kriminelle handelt. Ihre Vergangenheit wurde nicht verschwiegen, es wurden ihnen aber auch keine Schwerverbrechen angelastet. Über jeden wurde nur die reine Wahrheit gesagt. Die Regierung Kubas erklärte, keiner denke daran, sie aufzuhalten oder zu verfolgen, sie bekämen die Ausreiseerlaubnis, sobald sich eine Regierung zu ihrer Aufnahme bereit erkläre.

Die wahrheitsgetreuen Informationen behagten aber den reaktionären Kräften nicht, die die Kampagne gegen Kuba geplant hatten und sie führten. Die US-Presse nannte die asozialen Elemente Andersdenkende und ihre Ansammlung in der peruanischen Botschaft einen Protest der Volksmassen gegen die Regierung Kubas und gegen den Sozialismus.

Nach einigen Tagen aber erkannte man in den USA, daß von einem Aufstand auf Kuba keine Rede sein kann, daß es sich vielmehr um einige

Tausend Ausreisewillige handelt. Da kam die Nachricht, daß die kubanische Regierung den Hafen Mariel öffnete. Gleich bei den ersten Emigrantengruppen, die in Florida eintrafen, stellte es sich heraus, daß an der Verzögerung der Ausreise bei den meisten die USA schuld gewesen waren, Kuba hatte ihnen die Ausreisepapiere längst ausgestellt gehabt.

Zwischen Kuba und den USA begannen Hunderte private Motor- und Segelboote hin- und herzu pendeln. Nun versuchte Washington, den Pendelverkehr zu unterbinden. Im Weißen Haus hoffte man noch auf eine Zuspitzung in Kuba. Die noch auf die Ausreise Wartenden konnten man ja zu regierungsfeindlichen Aktionen aufhetzen und in Wort und Schrift über eine Schmälerung ihrer Rechte zetern.

In den USA verlangte man eine internationale Konferenz und versuchte, die Einrichtung von Durchgangslagern und die Aufnahme kubanischer Flüchtlinge in verschiedenen Ländern nach bestimmten Quoten zu vereinbaren. Zugleich begannen an der Küste Kubas Manöver der US-Marine. In Florida wur-

den Kubaner, die illegal in gekaperten Motorbooten und anderen Fahrzeugen über die Bucht herübergekommen waren, als Helden aufgenommen. Anders gesagt, wurde jeder Gewaltakt, jeder Verstoß gegen die Gesetze gefördert. Äußerst gefährlich wurde die Provokation der USA auch deshalb, weil das Pentagon eine Truppenlandung auf dem Stützpunkt Guantánamo angekündigt hatte. Die Regierung Kubas versetzte darauf, am Tag der Truppenlandung werde in den Gebieten, die an den Stützpunkt stoßen, mobilgemacht.

Die mächtvollen Kundgebungen für die Regierung und für die Revolution auf Kuba im April sowie die Kundgebung vom 1. Mai in Havanna, die über eine Million Teilnehmer hatte, zeugten von der Entschlossenheit des kubanischen Volkes, seine revolutionären Errungenschaften zu behaupten. Die USA mußten die geplante Übung der Truppenlandung in Guantánamo absagen. Die internationale Konferenz für Flüchtlingsfragen faßte keinen Beschluß — kein Land will die Kriminellen und heruntergekommenen Elemente aufnehmen. Die Teilnehmer beschränkten sich darauf, geldliche Hilfe für die „Flüchtlinge“ zuzusagen. Am treffendsten hat über die Ausreise der Emigranten aus Kuba wohl die US-Presse selbst geschrieben: „Castro hat Carter eine Retourkutsche geschickt.“ Die Regierung Kubas hat den Emigranten die Ausreise mit Segel- und Motorbooten erlaubt, die die kubanische Kolonie stellt. Die Folge ist, daß der von den USA geplante Konflikt zwischen Kuba und Peru ein Konflikt zwischen dem Weißen Haus und der kubanischen Kolonie geworden ist, die darauf bestand, daß die US-Regierung wie versprochen die Emigranten aus Kuba aufnimmt.

Da goß das Weiße Haus wieder Öl ins Feuer und erklärte übereilt, die USA würden alle, die kommen wollen, mit offenen Armen aufnehmen. Es nannte sogar eine Zahl: 250 000 und spielte so darauf an, daß es soviel Emigranten werden können. Die Erklärung widersprach aber den wahren Absichten Washingtons. Es stiftete bald darauf zwei schwere Provokationen der auf die Ausreise nach den USA wartenden Konterrevolutionäre an, damit die kubanische Regierung die Ausreise aufhält. Die erste ereignete sich am 2. Mai. Das Amt für die Interessen der USA, dessen Sitz die ehemalige US-Botschaft in Havanna ist, trommelte einige Hundert auf die Ausreise wartende frühere Häftlinge und Konterrevolutionäre zusammen und teilte ihnen mit, ihre Ausreise



Kubanische Konterrevolutionäre in einem Ausbildungslager im US-Staat Florida

Foto: UPI-TASS

vokationen aufgehetzt, nach Kuba eingeschleust und mit Waffen, Sprengstoff etc. versehen hatten. Dennoch durften fast alle (Batistas Henkersknechte ausgenommen, die Revolutionäre gefoltert und ermordet hatten) mit ihren Familien ausreisen.

Das verfügte die Regierung Kubas. In den USA beeilte man sich aber mit den Einreisevisa nicht. Dort nahm man, entgegen den der kubanischen Kolonie gegebenen Versprechen, nur einige Dutzend Emigranten im Monat auf. Die Prozedur zog sich anderthalb Jahre hin. Wozu das nötig war, zeigten die Vorgänge in der peruanischen Botschaft in Havanna, die von den USA in die antikommunistische Provokation verwickelt wurde. Am 1. April ermordeten sechs Kriminelle den Wachposten, drangen in die Botschaft ein und wurden dort als „politische Flüchtlinge“ aufgenommen. Darauf gab die kubanische Regierung ihren Beschluß bekannt, die Wache von der Botschaft abzuziehen und allen, die hinein wollen, nichts in den Weg zu legen. Nun strömten in der Botschaft Verbrecher und Lumpenproletarier zusammen.

werde von den Behörden Kubas aufgehalten. Das Gesindel reagierte wie geplant: Direkt am Portal des Gebäudes, in dem sich das besagte Amt befindet, rottete es sich zu einer konterrevolutionären Kundgebung zusammen. Die kubanischen Massenmedien haben sie in allen Einzelheiten auf Videoband festgehalten. Nicht einmal die US-Presse konnte behaupten, daß die Konterrevolutionäre vom kubanischen Sicherheitsdienst auseinandergejagt worden seien. Entrüstete Passanten und die Einwohner der nahen Häuser brachten sie dazu, Ruhe zu halten. Die Provokation verpuffte. Da wurde am 8. Mai in Havanna ein Kindergarten angezündet, und es hätte zu einer großen Tragödie kommen können, wenn die Feuerwehr den Brand nicht so schnell gelöscht hätte. Das Leben von 600 Kindern und 150 Angestellten dieser größten Kindereinrichtung Havannas hatte auf dem Spiel gestanden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Vandalenakt die Kubaner zu einer Aktion gegen die in Mariel zusammengeworfenen Emigranten provozieren sollte.

Bekanntlich kam es zu keinem Zusammenstoß, und das Weiße Haus, das die Provokation geplant hatte, geriet sozusagen in die Zwangslage, den Degen mitsamt dem Knauf schlucken zu müssen. Den Amerikanern in Florida wurde immer mehr klar, daß die meisten eintreffenden Immigranten Kriminelle und deklassierte Elemente sind. Der Protest in den USA schwoll an. Es fragt sich, warum das Weiße Haus kubanischen Kriminellen gegenüber so großzügig, dagegen für die Bedürfnisse der eigenen Staatsbürger blind ist. Das fragten sich viele. Und nicht umsonst, was die Vorgänge in Miami sehr deutlich gezeigt haben. Über die Entrechtung und Not verzweifelt, erhoben sich dort schwarze US-Bürger. Der Augenblick des Degenschlucks war da: Präsident Carter erklärte schon einige Tage nach der Aufforderung kubanischer Emigranten, nach den USA zu kommen, daß die für „Flüchtlinge“ gastlich aufgetanen Tore des Landes zugeschlagen worden sind.

Die gegen das Ansehen der kubanischen Revolution und gegen die sozialistischen Errungenschaften dieses Landes gerichtete Provokation, die die normalen diplomatischen Beziehungen Kubas zu den anderen Ländern Lateinamerikas stören sollte, ist also gescheitert. Und das dank der Festigkeit der Regierung Kubas, dank der Bereitschaft des ganzen Volkes, die revolutionären Errungenschaften zu schützen, dank der internationalen Solidarität mit dem kubanischen Volk.

CHINESISCHE „GEWERKSCHAFTSARBEIT“

Michail SEMENEJEW

Zunächst etwas Geschichte. Vor 13 Jahren, während der „Kulturrevolution“, wurden die Gewerkschaften Chinas zusammen mit den Partei- und Staatsorganen vernichtet. Von der maoistischen Führung aufgepuscht, besetzten die Hongweibings im Januar 1967 das Haus des Allchinesischen Gewerkschaftsbundes (ACGB) in Peking und lösten diesen auf. Erst zwischen 1973 und 1975 erlaubte die Führung, die zusätzliche Hebel zur Einwirkung auf die Werktätigen brauchte, die Wiederherstellung der Gewerkschaftsorganisationen in Landkreisen und Städten mit Provinz- und Landesleitungen. Sie wurden als paramilitärische Körperschaften gebildet und von den verschiedenen Gruppierungen oft im Machtkampf benutzt. Ziel und Zweck der damals aufgezogenen Verbände war es, Arbeitergruppen gegeneinander aufzuhetzen, Gemetzel unter Regimegegnern in Form „politischer Kampagnen“ zu veranstalten, jedes Andersdenken unter den Werktätigen aufzuspüren und auszumerzen und ihnen die „Ideen Maos“ einzuhämmern.

Nach Maos Tode und nach der Ausschaltung der berüchtigten „Vierbande“ aus der Politik kündigte die neue Führung eine neue Entwicklung der chinesischen Arbeiterbewegung an. Das löste gewisse Hoffnungen auf ein normales Funktionieren der Gewerkschaften, auf eine Rückkehr zu den Arbeitsformen und -methoden aus, die vor der Kulturrevolution bestanden hatten. Das traf aber nicht ein.

Als die Maoisten 1978 die Gewerkschaften im Landesmaßstab wiederherstellten, waren sie sich darüber klar, daß das Regime der Militärs und der Bürokratie nicht stabil sein kann, wenn es sich nur auf die Armee und den Staatsapparat stützt. Sie wollten aus der Massenorganisation der Werktätigen eine Handhabe zur Umwandlung Chinas in einen militaristischen Staat machen und mit ihrer Hilfe die Arbeiterklasse kontrollieren. Im Zeichen dieser Zielsetzungen, vor allem der Mobilisierung der Werktätigen zur Ausführung des Programms der „vier Modernisierungen“, wurde im Oktober 1978 der 9. Allchinesische Gewerkschaftskongreß abgehalten.

Da fehlte es nicht an sozialer Demagogie. Es hieß, die Gewerkschaften müßten sich rege an der „De-

mokratisierung des ganzen Lebens“ beteiligen. Die Leiter von Betriebsabteilungen, Arbeitsabschnitten, Brigaden und Feldbaugruppen müßten von den Arbeitern gewählt werden. Vollversammlungen der Belegschaften oder aber Konferenzen ihrer Vertreter hätten über alle wichtigen Produktionsfragen zu beraten. Den Gewerkschaften wurde aufgetragen, die Produktion zum Schwerpunkt ihrer Tätigkeit zu machen, einen Arbeitswettbewerb zu veranstalten, für eine größere Effektivität der Arbeit von Arbeitern und Angestellten zu sorgen, eine Kontrolle der Gewerkschaften über strikte Sparsamkeit einzuführen usw.

Auf dem Kongreß erklärte die Führung der KP Chinas, daß die Gewerkschaften für das Wohlergehen der Werktätigen, für eine Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensverhältnisse und dafür zu sorgen hätten, daß ihr Bildungs- und Kulturniveau höher wird. Für die Sozialversicherung und Freizeitgestaltung der Werktätigen sollen die Gewerkschaften zuständig sein.

Können sie aber unter der militärisch-bürokratischen Diktatur, die im Lande herrscht, die ihnen vom Kongreß zugewiesene „wichtige Rolle bei der Demokratisierung des Lebens der Gesellschaft“ spielen? Natürlich nicht.

Die Wahl der Leiter von Betriebsabteilungen und -brigaden wird aber noch immer „rein experimentell“ vorgenommen und wirkt oft farcenhafte. Hier ein Beispiel aus dem Hongkonger Nachrichtenblatt „China News Analysis“: Als die in einem Betrieb von Guangzhou (Kanton) von der Belegschaft gewählten Abteilungsleiter auf die Meinungen der Arbeiter hörten, erklärten das Parteikomitee und die Betriebsleitung die Wahlen für ungültig.

Das Gewerkschaftsblatt „Gongren ribao“ mußte zugeben, daß die Leitungen vieler Betriebe auf Weisung von oben oft willkürlich das Arbeitslohn heraufsetzen, Überstunden nicht bezahlen und für Nichterfüllung des Solls Geldstrafen erheben. Möglichkeiten dazu haben sie mehr als genug. In China gibt es ja faktisch keine Arbeitsgesetze und keine durch Rechtsbestimmungen verfügbare gewerkschaftliche Kontrolle über Arbeitsverhältnisse und Arbeitsschutz. Außerdem feuert die „Gongren ribao“ die Arbeiter zum Patrio-

tismus und zum Verzicht auf Überstundengeld und Zuschüsse für Schwerarbeit an.

Wie Tatsachen erkennen lassen, nimmt die ACGB-Führung keineswegs die Interessen der Arbeiterklasse wahr, umgekehrt, sie hält die Gewerkschaftsfunktionäre zur weiteren Schmälerung der Rechte der Werktätigen Chinas an. Beschlüsse des ACGB-Exekutivkomitees schreiben ihnen vor, tagtäglich das Verhalten der Gewerkschaftsmitglieder zu überwachen, Unzufriedene festzustellen und den Behörden Meldung zu erstatten sowie den Leitungen der Betriebe, in denen die Arbeiter Aktionen für bestimmte Forderungen durchgeführt haben, „Ordnung“ schaffen zu helfen.

Vom ACGB wird auch gar nicht verlangt, daß er die Interessen der Werktätigen wahrnimmt. Er hat der chinesischen Führung bei der Unterdrückung der Arbeiterklasse zu helfen. Mit Dazutun der Gewerkschaftsführer werden weiter junge Menschen in weltabgeschiedene Landesgebiete ausgesiedelt. Wissend, daß der Gewerkschaftsbund die Werktätigen nicht schützen wird, legt Peking es ausländischen Konzernen nahe, im Ausland chinesische Arbeiter zu beschäftigen — sie brauchten ihnen nur einen Bruchteil des verdienten Lohns zu zahlen. In Fragen, die eine Besserstellung der Werktätigen betreffen, haben die Gewerkschaften faktisch nicht mitzureden.

Eine wichtige ideologische Aufgabe der Gewerkschaften ist es, die Arbeiter zum getreuen Festhalten am Maoismus, zum aufopfernden Kampf für ein „großes China“ und zum Haß gegen die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder zu erziehen.

Die Behörden tun alles, um die Gewerkschaften in die politische Struktur des Militär- und Beamtenregimes einzubauen, das verhindert, daß die Arbeiterklasse Chinas in der Gesellschaft führend wird.

Peking stellt die gesamte Tätigkeit des ACGB im In- und Ausland auf seine Hegemoniepläne ein. Der Einzugs des ACGB auf dem internationalen Schauplatz wird von Peking vor allem für Wühlakte in der Weltgewerkschaftsbewegung ausgenutzt. Politisch sind die Gewerkschaften auf weite Sicht auf den Antisowjetismus orientiert worden. Davon ausgehend, sucht der ACGB, die Gewerkschaften der sozialistischen Länder zu spalten, u. zw. mit Vorliebe durch ein „differenziertes Herangehen“ an sie.

Nach der „Theorie der drei Welten“ stellen die Maoisten als den Erzfeind der westlichen Arbeiter-

klasse die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder hin, während doch das Monopolkapital dieser Feind ist. Was hinter dieser Provokation steckt, ist klar. Peking will mit seiner Politik der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder gegenüber diese zu einem Bündnis mit der Monopolbourgeoisie verleiten. Auch die ACGB-Führung hält sich an diese Politik.

Seit dem Kongreß haben sich die Gewerkschaftsführer Chinas wiederholt ostentativ bereit erklärt, Kontakt zu den größten Gewerkschaftsbünden Westeuropas aufzunehmen und dabei behauptet, an den Grundsätzen der proletarischen Solidarität festzuhalten. In Wirklichkeit wird der gewerkschaftliche Austausch von der ACGB-Führung dazu benutzt, separatistische und antisozialistische Stimmungen in der europäischen Gewerkschaftsbewegung zu schüren und das Ansehen des Weltgewerkschaftsbundes zu erschüttern.

Besonderes Gewicht wird auf engere Beziehungen zu den amerikanischen Gewerkschaftsbossen auf dem Boden des Antisowjetismus gelegt. Unschwer ist auch zu verstehen, warum die ACGB-Führung regere Verbindungen mit den japanischen Gewerkschaften anstrebt. Sie will die Kampagne für Gebietsansprüche Japans an die UdSSR, gegen die KPJ und die anderen de-

mokratischen Organisationen Japans und für die Militarisierung dieses Landes aufheizen.

Bei der Aufnahme von Kontakten zu den Gewerkschaftsbünden von Entwicklungsländern versuchen Vertreter der ACGB sie zum Abbruch der Verbindungen mit den Gewerkschaften der sozialistischen Länder und dazu aufzuhetzen, als Gegenpart zum WGB eine Gewerkschaftsvereinigung zu bilden, in der der ACGB tonangebend sein soll. Davon war z. B. bei einer Tournee die Rede, die eine chinesische Gewerkschaftsdelegation 1979 durch eine Reihe von Ländern Afrikas machte.

International sucht die ACGB-Führung die Gewerkschaftsbewegung unverkennbar zu spalten und zu unterminieren und schädigt damit diese und den Befreiungskampf der Völker. Das Bestreben Pekings, die Werktätigen des Westens mit ihren Klassenbrüdern in den sozialistischen Ländern zu entzweien, zeigt so recht, wie gefährlich diese Politik für den Frieden und die Entspannung ist. Seine Beteuerungen, es halte sich getreulich an die Grundsätze des Sozialismus und proletarischen Internationalismus, sind keinen roten Heller wert. Es ist nach wie vor arbeiterfeindlich, antikommunistisch und chauvinistisch.

BIOGRAPHISCHES



GEORGIOS RALLIS
MINISTERPRÄSIDENT GRIECHENLANDS

und Minister für Öffentliche Ordnung (1967). Stand in Opposition zur Militärdiktatur (1967—1974) und war damals Repressalien ausgesetzt.

Nach der Beseitigung der Militärdiktatur war er zweimal Parlamentsabgeordneter der regierenden Nea-Dimokratia (1974 und 1977), wurde zu deren Generalsekretär gewählt. Georgios Rallis war Minister ohne Geschäftsbereich (1974—1977) und Minister für Bildungsfragen (1976—1977), Minister für Koordinierung und Planung (1977—1978) und Außenminister (1978 bis 1980). Am 8. Mai wurde Georgios Rallis zum Vorsitzenden der Nea-Dimokratia gewählt und laut Verfassung zum Ministerpräsidenten ernannt.

Im September 1978 stat-

ete Georgios Rallis als Außenminister Griechenlands der UdSSR einen offiziellen Besuch ab. Er unterzeichnete eine Konsularkonvention sowie ein Abkommen über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit. Zum zweiten Mal besuchte Georgios Rallis im Oktober 1979 die UdSSR, als er Ministerpräsident Konstantin Karamanlis begleitete. Georgios Rallis unterzeichnete ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Griechenland.

Anfang Mai wurde nach der Wahl von Exministerpräsident Karamanlis zum Präsidenten der Republik eine neue Regierung unter Georgios Rallis gebildet.

WIE DIE ZUKUNFT AUSSIEHT



Es wird niemanden frapieren, wenn gesagt wird, die Kunst sei ein Spiegel der menschlichen Gesellschaft, und die Futurologie könne mit einem Parabolspiegel verglichen werden. Es liegt in ihrer Natur, die Wirklichkeit zu parabolisieren, d. h. deren reflektiertes Licht im rauchenden Brennpunkt ihres Hohlspiegels zu bündeln.

Daher die verblüffende Übereinstimmung der untendenziösen Prognosen der Autoren von Science-Fiction-Romanen und der planmäßigen Prognosen der Futurologen. Diese wie z. B. der Engländer Jungk räumen jenen im Hinblick auf die Prognosen sogar den Vorrang ein, um so mehr, als auch die modernen englischen und amerikanischen Science-Fiction-Romane immer deutlicher eine tendenziös gesteuerte Spannung und Angst ausströmen.

Gründe zur Angst sind mehr als genug vorhanden: die Ungewißheit,

was der morgige Tag bringen wird, die Arbeitslosigkeit, die Unruhen in den Negervierteln, die überhandnehmende Kriminalität, die Wirtschaftskrisen, Energie- und Umweltkrisen usw. usw.

Hierher gehört auch die Schwarzmalerie der reaktionären Futurologen. Wie malen sie die Zukunft aus? Beispielsweise als technologisches Fließband, von dem Säuglinge purzeln, deren Genen künstlich programmierte Informationen über Geschlecht, Charakter, Äußeres und geistiges Niveau in sich tragen. Vom einen fallen den „glücklichen“ Eltern zukünftige Supermen in die Arme, die zum Führen, Leiten und Bahnbrechen berufen sind, vom anderen „Untermenschen“, die nur begrenzte Aufgaben zu erfüllen fähig sein werden. So etwas schreiben nicht etwa ein Orwell und ein Huxley, sondern der bekannte bürgerliche Soziologe und Popularisator der Wissenschaft

Alvin Toffler aus den USA.

Über die Futurologie ist heutzutage schon viel geschrieben worden. Der bekannte sowjetische Forscher und Publizist Georgi Schachnasarow nimmt in seinem neuen Buch, „Das Fiasko der Futurologie“* die Theorien der namhaftesten westlichen Futurologen unter die Lupe. In einer gründlich argumentierten Polemik enthüllt er die Geistesarmut der bürgerlichen und reformistischen Vorstellungen von der Gesellschaft der Zukunft. Die heute im Brennpunkt des ideologischen Kampfes stehenden Kardinalfragen des Aufbaus der Gesellschaft werden in dem Buch einer marxistisch-leninistischen Analyse unterzogen: Revolution, Reform, Freiheit, Gleichheit, der demokratische Zentralismus und der Pluralismus, die Vielgestaltigkeit oder die Einheitlichkeit des weltumspannenden revolutionären Prozesses.

Das vorliegende Buch setzt gewissermaßen das vorige Werk desselben Verfassers — „Das sozialistische Geschick der Menschheit“ — fort, das im In- und Ausland ein starkes Echo gefunden hat. Schachnasarow analysiert darin eingehend die wichtigsten Entwicklungstendenzen der modernen Gesellschaft. Folgerichtig untersucht er die nichtmarxistischen Varianten, auf die sich die Futurologen stützen.

* G. X. Schachnasarow. Fiasko der Futurologie (Критический очерк немарксистских теорий общественного развития). M., 1979 g.

INTERVIEW

ALLES BEREIT FÜR DIE OLYMPIADE

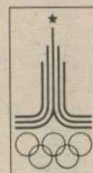


Sportler und Sportfans aller Erdteile sehen voll Ungeduld der Eröffnung der Moskauer Olympiade entgegen. Inzwischen wird eine letzte Hand an die Vorbereitungen gelegt. Hierüber interviewte unser Korrespondent W. Rosen den ersten Vizevorsitzenden des Organisationskomitees und Vizepräsidenten des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) Vitali Smirnow.

Welches waren die wichtigsten Fragen, die in der kürzlichen Sitzung des IOC-Exekutivkomitees behandelt wurden?

Sie tagte am 9. und 10. Juni in Lausanne und war die letzte vor den Spielen.

Zur Debatte stand der Bericht des Organisationskomitees über die Vorbereitungen, den unsere Delegation unter dem Vizevorsitzenden des Ministerrats der UdSSR und Vorsitzenden des Organisationskomitees Ignati Nowikow unterbreitet hatte. Er wurde einstimmig posi-



tiv bewertet. Lord Killanin, der Präsident des IOC, berichtete über seinen kürzlichen Besuch in der UdSSR und seine Zusammenkunft mit Leonid Breschnew. Er stellte höchst befriedigt fest, daß die Sowjetregierung alles für eine tadellose Vorbereitung der Spiele und dafür tut, daß die Teilnehmer und Gäste in vollem Einklang mit den gegebenen Garantien und mit den Bestimmungen des IOC aufgenommen werden.

Erörtert wurde das Szenarium für die Eröffnungs- und Schlußfeier und für die Auszeichnung der Sieger. Den Wünschen einiger Nationaler Olympischer Komitees entgegenkommend, hat ihnen das IOC gestattet, nicht unter ihren Landeslagern, sondern unter ihren eigenen Komitees oder der des IOC anzutreten. Die Namen der Länder auf den Spruchbändern sollen russisch und französisch gegeben werden.

Damit alles klar ist, schickt das IOC den Delegationen Rundschreiben mit den Regeln für die Beteiligung an den Spielen und an den Veranstaltungen laut Protokoll. Sollten Erläuterungen notwendig sein, so wird sie als Chef des Protokolls der IOC-Direktor erteilen.

„Es bedarf wohl keines Beweises“, schreibt er mit Recht, „daß ein Meinungsstreit, wie er für jede wissenschaftliche Forschung wichtig ist, bei Versuchen, in die Zukunft zu sehen, ganz besonders wichtig ist. Man kann von der Allgemeinheit keine wahren und fortschrittlichen Ideen beibringen (und damit ihre Verwirklichung fördern), wenn man dafür nicht das Terrain geebnet, die verschiedenen Hypothesen nicht kritisch ins Auge gefaßt und Irrtümer nicht widerlegt hat.“

Daher der durchaus zutreffende Titel des Buches: Im Westen hat die Futurologie tatsächlich schmählich mißachtet gemacht. Der kürzlichen Euphorie über ihre vermeintliche Allmacht ist eine schwere Depression gefolgt, was selbst die Urheber der verworrenen komplizierten Modelle von der Zukunft eingestehen müssen. Unter der Wucht der jetzigen sozialen Wandlungen sind diese Modelle wie Kartenhäuser zusammengefallen.

Nicht von ungefähr fordert man jetzt dazu auf, die Futurologie „eher als ein Suchen, denn als ein Finden anzusehen, eher als ein ungewisses Spiel mit Vermutungen, denn als Verkündung von Definitivem, eher als Projekt denn als Plan“. Ein Projekt geht aber bekanntlich nicht nur einem Plan voraus, sondern ergänzt ihn auch. Das Wortspiel kann den wahren

Sachverhalt kaum bemänteln, daß nämlich die Futurologie eine theoretische Hybride ist, die von der bürgerlichen Soziologie in gutbezahltem sozialem Auftrag gezüchtet worden ist. Zum Unterschied von der wirklichen Wissenschaft, die die Wahrheit ergründen will, ist die Futurologie auf ein vorbestimmtes Resultat abgestellt, nach dem beliebige Tatsachen zurechtgebogen werden.

Bei kritischer Betrachtung verschiedener „technischer Idyllen“ nagelt Schachnasarow nicht nur ihre theoretischen Schwächen, sondern auch ihre Diskrepanzen, ihre Zufallsschnörkel und ihren unstreitigen Voluntarismus fest. Weder die „technische Idylle“, noch die Theorie von einer Konvergenz oder der Begriff eines „demokratischen Sozialismus“ können ernsthaft mit der Zukunftsperspektive konkurrieren, die der Marxismus-Leninismus bietet. Sie sind nur vermeintliche Alternativen. Dieser Schluß ergibt sich folgerichtig aus dem vorliegenden Buch. Als ebenso irrig erweisen sich nach gründlicher Analyse die sonstigen Alternativen, die die bürgerliche Futurologie präsentiert, solche wie z. B. Gleichheit oder Freiheit. Die Demokratie ist kein doppelgesichtiger Janus, dessen eines Gesicht eine zum Totalitarismus führende Gleichheit und deren anderes eine Freiheit ist, die Humanismus ausstrahlt. Es liegt kein Grund vor, das Ganze Gleichheit und Freiheit gewaltsam

zu zerteilen. So ist es auch mit den anderen Pseudoalternativen: Revolution oder Reformen, Mannigfaltigkeit oder Einheitlichkeit.

Das Buch schließt mit einem glänzend geschriebenen Kapitel „Die schöne neue Welt in dem bewußten Jahr 1984“. Es enthält die Bezeichnungen für die bekanntesten Antitopien des Jahrhunderts. Durchaus mit Recht. Die gescheiterte Futurologie greift umsonst wieder wie der Ertrinkende nach dem Strohalm nach der Science Fiction. Die Menschen haben es längst gelernt, eine sei es auch nur wahrscheinliche Realität von Ausgedachtem zu unterscheiden. Die pessimistischen Zukunftsschilderungen haben zwangsläufig ein eigenes Genre mit deutlich antiutopischen Formen gebildet. Alles, worauf die früheren Utopisten gehofft hatten, ist der Hindu Gottheit Mahale, der alles verschlingenden Zeit, zum Opfer gefallen.

Die Sache ist aber die, daß dieser hyperbolische Spiegel die Zukunft der modernen kapitalistischen Welt, manchmal sogar recht glaubhaft, zeigt. Die sozialistische Gesellschaft hat eine andere Zukunft. Die ewige Frage der Menschheit „quo vadis?“, „Wohin gehst du?“ ist vom Marxismus-Leninismus beantwortet worden. Mit diesen Worten schließt das ganz seinem Titel entsprechende Buch.

J. PARNOW

Können Sportler auf Einzelmeldung hin an den Spielen teilnehmen, falls diese vom olympischen Komitee ihres Landes gebilligt ist!

Auch darüber wurde in Lausanne debattiert. Das IOC ist dafür, daß die olympischen Komitees der Länder bei sich über alle mit den Vorbereitungen zu den Spielen zusammenhängenden Fragen entscheiden.

Was die Meldungen betrifft, so wird darüber je nach den Umständen entschieden und laufend debattiert. Einzelmeldungen werden nicht angenommen. Wohl aber werden solche in Erwägung gezogen, die nach der Regel Nr. 36 eingereicht werden. Sie besagt, daß ein Sportler, der mit dem Beschluß des olympischen Komitees seines Landes nicht einverstanden ist, über seinen Landesverband an das IOC herantreten kann.

Was den Termin für Meldungen und eine eventuelle Auswechslung von Mannschaften in einzelnen Sparten betrifft, so hat das IOC seinen technischen Berater Arpad Csanadi aus der Ungari-

schen Volksrepublik beauftragt, mit dem Organisationskomitee Kontakt zu halten und über solche Fragen praktisch zu entscheiden.

Gibt es neue Nationale Olympische Komitees!

Ja. Voll anerkannt sind neuerdings diejenigen von Mosambique, Qatar und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Das Organisationskomitee hat sie zur Olympiade 80 eingeladen. Auf Wunsch der Regierung Libyens ist dessen Olympisches Komitee in Olympisches Komitee der Sozialistischen Libyschen Arabischen Volksjamahiriya umbenannt worden.

Wie sollen Pressevertreter der Länder akkreditiert werden, die nicht an den Spielen teilnehmen!

Die Quote für die Presse solcher Länder wird um 50% gekürzt, und zu den 50% sollen nur Journalisten gehören, die sich bis 1. Juni gemeldet haben.

Wo sollen die nächsten Sommerspiele stattfinden! Wie steht man zu dem Vorschlag Griechenlands!

Sie sollen 1984 in Los Angeles stattfinden. Aber auf der unmittelbar vor Eröffnung der Spiele in Moskau angesetzten IOC-Tagung wird wahrscheinlich zur Debatte stehen, ob ein Nationales Olympisches Komitee zur Abhaltung der Spiele berechtigt ist, das die Teilnahme an den vorhergehenden verweigert hat. Zu entscheiden hat die Tagung.

Aber an sich bleibt das frühere Verfahren gültig, und nächstes Jahr wird der Olympische Kongreß darüber debattieren, wo die Spiele 1988 stattfinden sollen.

Was das Angebot der griechischen Regierung betrifft, so ist zu seiner Erörterung eine Kommission gebildet worden.

In diesem Zusammenhang gibt es viele Probleme. Nach allgemeiner Ansicht sollen an der Debatte neben dem IOC auch Nationale Olympische Komitees und internationale Sportverbände teilnehmen. Wahrscheinlich wird die Frage auf die Tagesordnung des kommenden Olympischen Kongresses gesetzt.



NICHT NUR UM MEDAILLEN

Die XXII. Olympischen Spiele in Moskau rücken immer näher. Zu dem Sportfest rüsten Sportler aller fünf Erdteile. Auch die 60 indischen Olympioniken, die nach Moskau kommen, trainieren intensiv. Sie werden an den Wettkämpfen in Leicht- und Schwerathletik, Ringen, Boxen, Schießen und Rasenhockey teilnehmen. Von diesem letzteren Sport erhoffen die Fans in Indien am meisten.

Es ist unbekannt, wo und wann das Rasenhockey aufkam. Nach Indien brachten es in seiner modernen Form die britischen Kolonialisten, wenn Kenner auch behaupten, ein Spiel mit Namen Khiddo khundi — Stoffball und Hakenstock — habe es im Punjab lange vor den Engländern gegeben. Allmählich führte sich das Rasenhockey ein und gewann viele Verehrer. Aber selbst die eifrigsten sehen darin nicht den Sport Nr. 1. Dieser ist in Indien der Fußball, mit dem es das Hockey selbst in seinen besten Zeiten nie aufnehmen konnte, obwohl Indien darin Weltruf hat und große internationale Erfolge vorweisen kann. Man braucht hier nur das Hockey zu erwähnen, da wird einem sofort erzählt, daß die indische Auswahl bei sieben Olympischen Spielen Gold davontrug, was kein anderes Land von sich sagen kann. Weiter erzählt man von den glänzenden Siegen bei den Weltmeisterschaften in Kuala Lumpur

und von den vielen Pokalen, die die indischen Hockeyspieler von großen internationalen Spielen heimgebracht haben. Ältere Fans erwähnen bestimmt den grandiosen Sieg von 24:1, den die indische Mannschaft bei den Olympischen Spielen von 1928 in Amsterdam über die USA davontrug, und die kuriöse Tatsache, daß die Engländer, bis Indien unabhängig wurde, auf keinen Fall gegen die Hockeymannschaft der damaligen Kolonie antreten wollten, aus Furcht, die sichere Niederlage könne dem Ansehen Großbritanniens schaden.

Anders ist die Situation beim indischen Hockey jetzt. Die dortigen Fans machen aus ihrem Kummer kein Hehl. Jeder träumt von Siegen, aber seit Kuala Lumpur (1975) sind die Siege viel dünner als die Niederlagen gesät. In Montreal nahm Indien nur den sechsten Platz ein.

Der mehrjährige Tiefstand macht nicht nur den Fans Sorgen. Selbst in diesen heißen Sommermonaten, wo im Sport Indiens Flaute herrscht, dauert in der Presse der hitzige Wortstreit zwischen Journalisten und Sachverständigen an, von denen jeder das beste Rezept dafür zu haben glaubt, Indien wieder auf den Hockeyolymp zu bringen. Dabei wird die Situation in diesem Sport in allen Einzelheiten erörtert. Selbst das indische Oberhaus hat unlängst darüber debattiert.

Leiter der indischen Auswahl und Präsident des indischen Hockeyverbandes haben im Kreuzfeuer der Kritik abgedankt.

Ein Sportkommentator der Zeitschrift „Illustrated Weekly of India“, Khalid Ansari, meint, die untüchtige Leitung sei an allem Unglück schuld. Andere Sachverständige sagen, es liege daran, daß man den in Jahrzehnten erarbeiteten indischen Stil vernachlässigt habe, der hauptsächlich auf Angriffen der Außenstürmer, auf ausgezeichneter Beherrschung des Schlägers und einem vorzüglichen Dribbling beruht. Dritte wiederum halten eine größere Fitness der Spieler für ausschlaggebend.

Eine Ursache für die relativen Mißgeschicke des indischen Hockeys wird aber von Fans ebenso wie von Sachverständigen genannt: das Fehlen von Hockeyfeldern mit Kunststoffrasen in Indien. In den letzten Jahren werden alle großen internationalen Turniere auf solchen Plätzen ausgetragen. Der Belag — der Astro-Turf — stellt übrigens härtere Anforderungen an die Fitness der Spieler und verlangt auch eine etwas andere Technik. Diesen Standpunkt teilt auch Balkishen Singk, der Cheftrainer im Sportcamp von Bangalore (Staat Karnataka), wo jetzt die indische Auswahl trainiert. Er meint aber, man dürfe nicht unbedingt schwarzsehen, das intensive Training habe bewirkt, daß die Spieler schon jetzt gut in Form sind.

Wie mir viele Repräsentanten der Sportöffentlichkeit aber sagten, sind nicht die Siege die Hauptsache, so erwünscht sie auch sein mögen, sondern die Teilnahme an den Spielen, an diesem Fest des Sports, der Jugend und des Friedens. Nicht von ungefähr sind die Versuche der US-Regierung, die olympische Bewegung für ihre eigennützigen Zwecke zu mißbrauchen, in Indien entschieden verurteilt worden.

Voriges Jahr nahm eine indische Hockeymannschaft in Moskau an internationalen Spielen teil und weiß, wie objektiv und wohlmeinend die Moskauer Fans sind, worauf die Auswahl — wie mir beim Landeshockeyverband gesagt wurde — sehr rechnet.

S. IRODOW
Eigenbericht

Delhi, im Juni

Die Rolle der ausländischen Investitionen in Lateinamerika, die in der Vergangenheit negativ war, hat sich, wie ich meine, grundlegend gewandelt. Früher plünderten die Monopole tatsächlich unsere Länder aus, sahen in ihnen nur ein Agrar- und Rohstoffanhängsel. Jetzt aber finanzieren ausländische Investoren unsere vielseitige Entwicklung und tragen so zum wirtschaftlichen und technischen Fortschritt bei.

Alberto VARGAS GARCÍA
Buenos Aires, Argentinien



Es diskutiert
NZ-Kommentator
Alexander
BARYSCHEW

Ja, Señor García, die Rolle eines Lieferanten von billigen Rohstoffen und Agrarprodukten, die die imperialistischen Monopole früher Lateinamerika zuwiesen, wandelt sich seit Beginn der 60er Jahre. Jetzt investieren die Multis große Beträge in verarbeitende Industrie, Hüttenwesen, Chemieindustrie, Maschinenbau... Auf 40 Md. Dollar werden die direkten ausländischen Privatinvestitionen geschätzt, überwiegend in die verarbeitende Industrie.

Warum nun haben die ausländischen Monopole eine solche Umorientierung vorgenommen? Nur deshalb, weil sie den ideologischen-politischen, den wirtschaftlichen Interessen des Imperialismus unter veränderten Bedingungen entsprach. Hat ja der frühere Kurs darauf, die Region als Agrar- und Rohstoffperipherie der kapitalistischen Welt zu halten, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der lateinamerikanischen Länder immer mehr gebremst. Bereits Anfang der 60er Jahre geriet dieser Kurs in Widerspruch zu den objektiven Erfordernissen der Entwicklung der Produktivkräfte auf dem Kontinent. Jetzt konnte der Imperialismus Lateinamerika nur verstärkt ausbeuten, indem er die alte Nahrungsmittel- und Rohstoffbasis durch ein industrielles Fundament ersetzte. So wurde Lateinamerika allmählich aus einem Agrar- und Rohstoffanhängsel eine Industrie- und Rohstoffperipherie der kapitalistischen Industrieländer.

Investitionen in die Industrie Lateinamerikas hatten einige Vorzüge ge-

genüber unternehmerischen Aktivitäten in den USA und in anderen großen kapitalistischen Industrieländern. Erstens die relativ niedrigen Löhne. Zweitens wirkte sich die Nähe von Rohstoff- und Energieressourcen und eines wenn auch nicht besonders aufnahmefähigen Absatzmarktes günstig aus und ließ die Transportkosten geringer werden. Hierzu kommen eine „liberalere Einstellung gegenüber den Unternehmern beim Umweltschutz als in den engbesiedelten kapitalistischen Industriestaaten und schließlich die Gesetzgebung vieler lateinamerikanischer Staaten, die diverse Privilegien für das Auslandskapital vorsieht. Ebendeshalb begannen südlich des Rio Grande ausländische Industriebetriebe aus dem Boden zu schießen — wie Pilze nach dem Regen.

Eine solche Umorientierung bewirkte natürlich ein gewisses wirtschaftliches Wachstum in den lateinamerikanischen Ländern, das vor allem für die größten „mittelentwickelten“ Staaten des Kontinents charakteristisch wurde. Die ausländischen Investoren sollten gelinde gesagt von der „Modernisierung“ den Schaden nicht haben. Nach westlichen statistischen Angaben (1976) haben Lateinamerikafilialen von US-Firmen Produkte für 60,6 Md. Dollar abgesetzt, dabei allein auf den lateinamerikanischen Märkten für 42,1 Md. Ihre Profite erreichten im gleichen Jahr mehr als 2 Md. Dollar. Davon landeten ca. 800 Millionen in den Safes der Wall Street, der Rest kam erneut in Umlauf und brachten von Jahr zu Jahr neue Profite.

Die französische Wochenzeitung „Monde diplomatique“ schlußfolgert: „Die US-Investitionen stellen keinen Kapitaltransfer aus einem Industriestaat in Entwicklungsländer dar, sondern gründen sich vielmehr auf die Ausnutzung der finanziellen Ressourcen der lateinamerikanischen Länder.“ Das zu Ihrer Behauptung, die ausländischen Investoren würden eine „allseitige Entwicklung finanzieren.“ Die Profite der ausländischen Konzerne werden also vor allem von den Lateinamerikanern bezahlt. Werden ja gerade mit den Profiten aus der Ausbeutung ihrer Arbeit neue Investitionen in diesen Ländern finanziert.

Natürlich fällt dabei auch für manche Ihrer Landsleute etwas ab — so für die Latifundistas von gestern, die eine Klasse von Großunternehmern und Kapitalisten geworden sind, eng liiert mit Bankiers und Industriellen. Dazu gehören ferner die einheimischen Großkapitalisten, die ihre schwachen Konkurrenten geschluckt haben. Der überwiegenden Mehrheit der Argentinier, der Brasilianer, der Chilenen und den anderen Lateinamerikanern aber bringt die Aktivierung der Auslandsinvestoren nur eine starke Einschränkung des Verbrauchs und Arbeitslosigkeit. Wirtschaftliches Wachstum und technischer Fortschritt bedeuten für sie eine Umverteilung des Nationaleinkommens zugunsten der herrschenden Klassen, eine Benachteiligung nicht nur der Arbeiter und Bauern, sondern auch der Mittel- und Kleinbourgeoisie, eine Verschlechterung der Lage der armen Bevölkerungsschichten.

EHRENDES GEDENKEN

Am 23. Juni starb im 66. Lebensjahr Lew Schejdin, ein bekannter Journalist, der sein Talent, seine Schaffenskraft in den Dienst der „Neuen Zeit“ gestellt hat, wo er 23 Jahre arbeitete.

Mit 17 Jahren begann Lew Schejdin seine Tätigkeit bei den sowjetischen Gewerkschaften, mit 21 wurde er verantwortlicher Sekretär der Zeitung „Stalinogorski Proletarij“. Seitdem war sein ganzes Leben untrennbar mit der kommunistischen Presse verbunden. Er gehörte den Redaktionskollegien der „Trud“, der „Neuen Zeit“ und des „Kommunist“ an, war Abteilungsleiter in der Redaktion „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ und berichtete als Sonderkorrespondent von vielen internationalen Foren. Als Redakteur und Journalist propagierte Lew Schejdin aktiv die Außenpolitik der KPdSU, des Sowjetstaates. Mitglied der Partei seit 1944, stellte er seine Erfahrungen und seine publizistische Leidenschaft in den Dienst der geliebten Arbeit. Trotz seiner schweren Krankheit war Lew Schejdin bis zu seinem Tode journalistisch tätig. Seine Bescheidenheit und Güte, seine kommunistische Prinzipientreue werden für alle, die ihn gekannt haben, stets unvergessen bleiben.

Immer auf dem Kien



Der Ausbruch des St. Helens-Vulkans im Bundesstaat Washington raffte 26 Menschenleben hin und richtete Schäden in Höhe von 2,7 Md. Dollar an. Leute, die immer auf dem Kien sind, haben sich auch aus der Katastrophe ein Geschäft gemacht. Sie kennen ihre Pappenheimer und waren deshalb sicher, daß sich viele Amerikaner den Anblick nicht entgehen lassen würden. Im Umkreis des Vulkans betrieben sie einen schwunghaften Handel. Reißenden Absatz soll laut „Business Week“ ein T-Shirt mit der Aufschrift gefunden haben: „Habe St. Helens' Ausbruch überlebt“.

Die gute alte Zeit

„Steuerfreiheit für den Fürsten“, „Rettet die Monarchie“, „Schluß mit dem Gewerkschaftsstaat — Leibeigenschaft war doch viel schöner“, „Erlöst die fürstlichen Güter im Osten“, „Für das Fürstenrecht auf die erste Nacht“ — Tafeln mit diesen spöttischen Aufschriften trugen Regensburg zum Dom, als dort ein erlauchtes Paar getraut wurde: Johannes Baptista de Jesus Maria Louis Miguel Friedrich Bonifazius Lamoral, ein Sproß derer von Thurn und Taxis, und Maria Gloria, Gräfin von

Schönburg-Glauchau. Bezopfte und befrackte Diener geleiteten das Paar zur Galakutsche, und es fuhr ins Schloß, das 500 Säle und Gemächer hat. Etwa 1000 hohe Gäste — Diplomaten, Geschäftsleute usw. — kamen, um einem der reichsten Bundesbürger, dem Besitzer von Latifundien in Europa und Amerika sowie einigen Bierbrauereien, untätigst zu gratulieren. Und das heute!

Lieber keinen ersten Preis

Die südkoreanische Botschaft in London hat ein Preisausschreiben für das beste Essay veranstaltet. Über das Thema — „Meine Vorschläge für eine friedliche Welt in den 80ern“ — spotten die Londoner. Die „Times“ schreibt sarkastisch: „In der jetzigen unsicheren Lage dürfte einer der fünf zweiten Preise dem ersten vorzuziehen sein.“ Auf jeden zweiten Preis fallen 200 Dollar, der erste ist eine 10tägige Reise nach Südkorea, wo eine blutige Diktatur besteht.

Safari ins Warenhaus



Vor kurzem sah man in London Leute in voller Tropenausrüstung, die eine Expedition ins Dschungel — eines großen Warenhaus-

ses unternahmen. Der Leiter erschrak aber umsonst, die „Löwenjäger“ rührten nichts an. Sie waren Mitglieder eines Naturschutzvereins, dessen Leiter, ein gewisser Mc-Kenna, danach erklärte, sie hätten viele Kunden davon überzeugen können, keine Modeartikel zu kaufen, deren Fabrikation zur Ausrottung seltener Tiere führen kann. Ob die Mahnung auch solche Leute überzeugt hat, die sich einen Krokodillederkoffer für 2600 und eine Schildpatthandtasche für 850 Pfund Sterling leisten können?

Publicity über alles



Bei der brasilianischen Zeitung „O Estado de São Paulo“ erschien ein Mann und teilte den staunenden Zeitungsleuten mit, er habe einen Bankraub vor. Offenbar genügte ihm die erwartete Beute nicht, er wollte außerdem Publicity. Die Redaktion setzte die Polizei in Kenntnis und schickte dem Bankräuber in spe einen Reporter und einen Bildberichterstatter nach. Sie nahmen den Bankraub in allen Einzelheiten auf, und es klappte alles wie am Schnürchen — die Polizei schien die Sache nicht ernst genommen zu haben und war nicht eingetroffen.

Umsichtige Patres

Papst Johannes Paul II. war unlängst vier Tage in Frankreich. Der Vatikan versicherte ihn laut Reuter-Agentur für diese Tage gegen ein Attentat oder einen Unfall, der ihn das Leben oder 66% seiner Arbeitsfähigkeit kosten würde.

auf 4 Mio Franc. Für die Taube auf dem Dache wurde auch gleich Verwendung gefunden: Sollte etwas passieren, so wollte man für die Summe das Konklave zur neuen Papstwahl einberufen und abhalten.

Fußgänger oder Fahrer?

Michael Magee aus Hamilton (Kanada) kam vor Gericht, weil er eines Morgens um 6 Uhr 15 auf Rollschuhen eine Straßenkreuzung bei Rotlicht überquert hatte. Der zürnende Verkehrspolizist sagte aus, Magee habe sich bald auf dem Bürgerstreig, bald auf dem Fahrdamm fortbewegt. Aber der Richter befand: „Ein Rollschuhläufer ist eher ein Fußgänger als ein Fahrer.“ Magee erklärte, er laufe seit zehn Jahren Rollschuhe, ein anderes Verkehrsmittel könne er sich nicht anschaffen, denn der Führerschein sei ihm wegen Nichtzahlung von Geldstrafen abgenommen worden. Schließlich wurde er freigesprochen.

Verdächtige Brände

Brandstiftungen in Betrieben, Wohnhäusern usw. zum Zweck des Versicherungsbetrugs sind in den USA so häufig wie noch nie. In New Haven (Connecticut) stieg die Zahl der „verdächtigen Brände“ zwischen 1973 und 1976 auf das Fünffache. Sie sind tadellos organisiert und sehr einträglich. Ein Brandstifter, der trotzdem auf die Anklagebank kam, sagte, er habe auf einen Gewinn von 175 000 Dollar gerechnet. Die Bekämpfung der Brandstiftungen ist auch nicht billig, in New Haven sind dafür 97 000 Dollar bereitgestellt.

Zeichnungen:
V. Trintschenko

Kürzester Weg von Europa nach Iran über die UdSSR

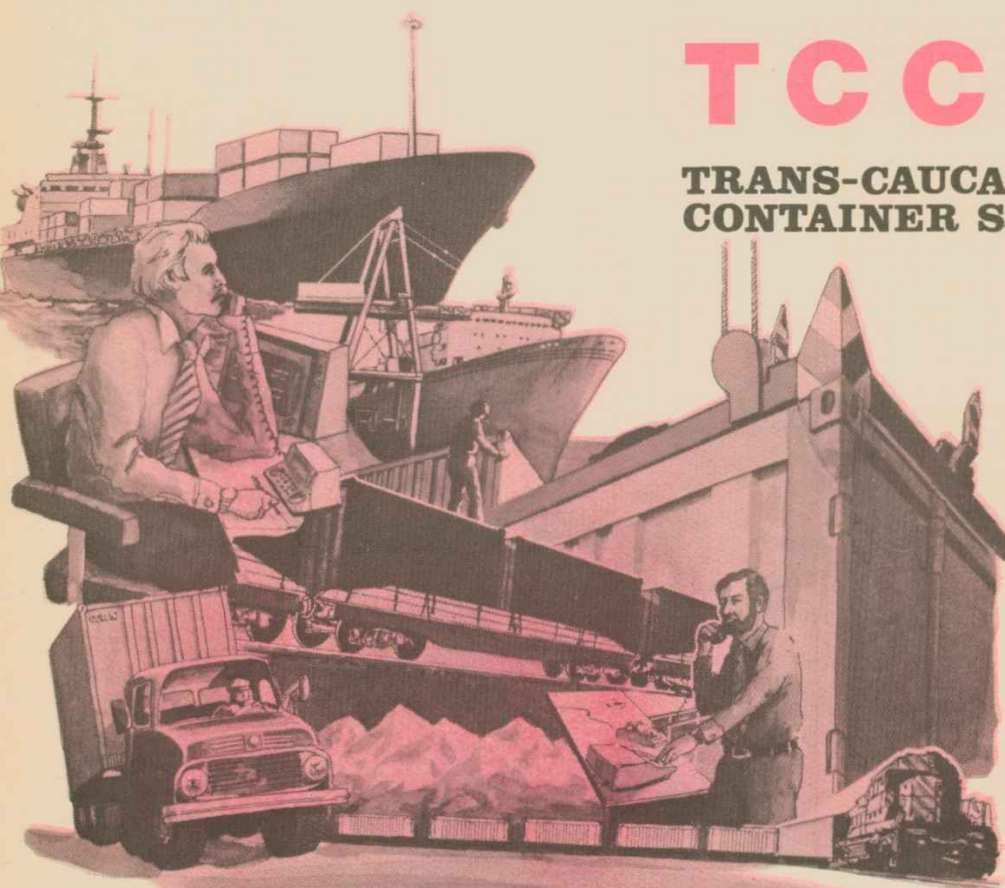
Transport von Containern aus jedem großen nordwesteuropäischen Hafen nach Leningrad, Riga, Tallinn und Klaipeda über die Ostseereederei

Lettsche Reederei

Estnische Reederei

TCCS

TRANS-CAUCASIAN CONTAINER SERVICE



ABFAHRT EINMAL WÖCHENTLICH!

Weiter per Bahn nach Dshulfa

Auskünfte über das Verladen und die Abfahrten aus den Häfen erteilen:

Ostseereederei

UdSSR, Leningrad

Meshewoi Kanal 5.

Telegrammanschrift:

Morflot, Leningrad

Telex: 501, 502, 503

Lettsche Reederei

UdSSR, Riga

Boulevard Padomju 2,

Telegrammanschrift:

Morflot, Riga

Telex: 1119, 1170

Estnische Reederei

UdSSR, Tallinn

Boulevard Estonia 3/5.

Telegrammanschrift:

Morflot, Tallinn

Telex: 173123

Anfragen an Generaldispatcher des TCCS der V O „Sojustransit“

UdSSR, Moskau, Smolenskaja-Sennaja 32/34

Telegrammanschrift: Wneshttrans Moskwa, Telex: 7291, 7292

Im Objektiv: BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

In ihrer landschaftlichen Schönheit und ihren Baudenkmalern steht die Bundesrepublik Deutschland kaum hinter Ländern wie der Schweiz oder Italien zurück, die bekanntlich viele Touristen anziehen. Ein sowjetischer Journalist aber, der hier tätig ist, findet selten Zeit, den Lesern gerade darüber zu berichten. Seine Themen sind vor allem politisch.

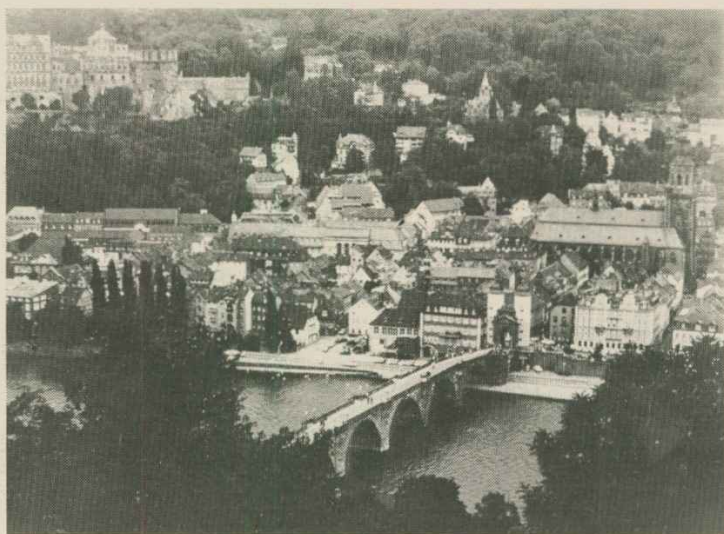
Das hat seine Gründe, in erster Linie den, daß in der Bundesrepublik leider noch ein gewisser Einfluß der Kreise feststellbar ist, die sich mit den Ergebnissen des Krieges und mit den positiven Erscheinungen der Nachkriegsentwicklung noch immer nicht abfinden wollen.

Die demokratische Öffentlichkeit aber läßt in ihrem Kampf gegen Äußerungen des Neonazismus, eines politischen Abenteuerertums und des Militarismus, für Entspannung und Frieden nicht nach. Die Stimmungen der meisten Bundesbürger kommen in der neuen Ostpolitik zum Ausdruck, die eine Wende zur Normalisierung der Beziehungen zur UdSSR und zu den anderen sozialistischen Ländern darstellt. Die Versuche, sie an der Wurzel zu kappen, stoßen bei den friedliebenden Kräften auf entschiedenen Widerstand. In der jetzigen komplizierten Weltlage wissen die Bundesbürger die moralischen und materiellen Vor-

teile, die ihnen die Entspannung geboten hat, erst recht zu schätzen. Sie wissen: Wenn in der Bundesrepublik neue Raketen aus Übersee stationiert werden, wird nicht nur das Landschaftsbild darunter leiden.



Gegen ein Wiederaufkommen des Faschismus hat in Mannheim eine Massendemonstration stattgefunden



Heidelberg, eine der ältesten Universitätsstädte, hat sich sein romantisches Aussehen bewahrt



Am Marktplatz in Bremen

Blohm & Voss hat schon wiederholt Schiffe für die UdSSR gebaut



Auf dem Hamburger Dom



Fotos von unserem ständigen Korrespondenten in Bonn K. Karagesian und TASS

Haus eines Winzers in Rüdesheim. Die hiesigen Rheinweine sind weltberühmt